

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Dienstag, den 20. November 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis (Pränumerando):
Eichendruck 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus,
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat,
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
zeile oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (jelli-
gedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlei-
ßen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die Fleischnot nicht dringlich!

Als heute, Montag, im Reichstag die Fleischnot-Interpellationen zur Sprache gebracht werden sollten, glänzte des Reiches redelustiger Kanzler durch Abwesenheit. Der würdige Bosa erklärte an seiner Stelle, daß die Regierung sich heute noch nicht zu den Interpellationen äußern könne, doch werde sie geruhen, im Laufe von 14 Tagen Stellung zu nehmen! Und der Grund dieser Verschleppung der momentanen dringlichsten Frage der inneren Politik? Bosa's Nachfolger sei noch nicht zur Stelle und ohne neuen Landwirtschaftsminister könne die Regierung in dieser Angelegenheit nichts unternehmen!

Der Regierung erscheint also die Fleischnot nicht sonderlich dringlich. Sie setzt die Verschleppungstat fort, die bei der Verabschiedung Bosa's Triumphe der Volksverhöhnung gefeiert! Das ganze Land, mit Ausnahme von ein paar hunderttausend Brot- und Fleischwucher-Stipendiaten, verlangte seit dem Tippelstich-Scandal die Entlassung des ministeriellen Mitinteressenten des monopolisierten Kolonialwuchers. Bosa blieb — weil des Volkes Wille niemals als oberstes Gesetz gelten darf. Aber das man ihm nur eine Galgenfrist gewähren konnte, stand schon damals fest. Man hatte also mehrere Monate Zeit, sich nach einem Nachfolger Bosa's umzusehen! Aber man beistete sich nicht. Je später dieser Nachfolger auf der Bildfläche erschien, desto länger konnte man ja die Frage des Fleischwuchers verschleppen, desto länger sicherte man unseren Junkern die Wucherprofite aus den Taschen des ausgehungerten Volkes!

Heute nun ist endlich der neue Mann gefunden worden. Er stammt aus dem Geschlechte der Arnim, deren einer seinerzeit über die Arbeiterkassette den dreifachen Junckerhohn von den „vollgeoffenen Kerlen“ ausgegossen hatte. Es ist ein Herr v. Arnim-Griewen, eine politisch noch wenig hervorgetretene Persönlichkeit, der erst kürzlich die Ehre zuteil wurde, ins Herrenhaus berufen zu werden. Was freilich von dem neuen Landwirtschaftsminister, der heute vom Kaiser empfangen wurde, sonst bekannt ist, ist keineswegs geeignet, dem Volke besonderes Zutrauen einzuflohen. Er ist einer der Leiter der Spirituszentrale und der Spiritusverwertungs-Gesellschaft, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Preussischen Landesökonomie-Kollegiums, also Angehöriger gerade derjenigen Körperschaften, in denen die agrarische Politik des Brot- und Fleischwuchers stets Anregung und rücksichtslose Förderung erfahren hat. Obendrein soll er zu den Vertrauten des verabschiedeten Landwirtschaftsministers gehören und von Bosa selbst für seine Nachfolge empfohlen sein! Es ist also hundert gegen eins zu wetten, daß v. Arnim-Griewen alles aufbietet wird, um sich gleich seinem Vorgänger den Dank seiner agrarischen Junkerengenossen zu verdienen und jede Maßnahme zu hintertreiben, die die unerhörte Fleischsteuer wirklich zu lindern vermöchte!

Wie stark die agrarischen Einflüsse sind und wessen man sich von dem neuen Landwirtschaftsminister zu gewärtigen hat, verrät zudem folgende offiziöse Notiz in der Sonntagsnummer des Scherl-Blattes, jenes Blattes also, dessen sich Bosa mit Vorliebe zu seinen Kluggebungen bediente, vermutlich, weil es das einzige deutsche Blatt ist, das dem Kaiser vollinhaltlich zu Gesicht kommt. Diese Notiz lautete:

„Zahlreich in allen Ministerien, die ja sämtlich mehr oder weniger bei der Angelegenheit beteiligt sind, alles Material zur Vorbereitung der Entscheidung in großer Menge gesammelt und sorgsam geprüft werden. Das Kriegsministerium und das Reichsmarineamt wünschen zum Beispiel naturgemäß im Interesse einer billigeren Friedensversorgung der Truppen eine baldige Herabsetzung der Fleischpreise; andererseits müssen sie sich aber sagen, daß Deutschland, wenn seine Viehbestände durch Seuchen dezimiert würden, im Falle eines Krieges leicht in die Lage einer belagerten Festung geraten könnte, die vom Feinde ausgehungert wird. — Auch die Frage der Veterinäruntersuchung der aus dem Ausland einzuführenden Tiere und Fleischstücke, die Errichtung von Grenzschlachthäusern, in denen sehr große Viehmengen geschlachtet werden können, zwingt zu vorherigen eingehenden Beratungen. Dazu kommt, daß man noch gar nicht absehen kann, wie teuer das ausländische Vieh sein wird, wenn erst eine sehr große Nachfrage von deutscher Seite sich geltend macht. Die Angaben des letzten amtlichen Marktberichts zeigen, daß in Berlin die Engrospreise zurzeit nicht erheblich höher sind als im Ausland an den Grenzen, und es sind bei einem dortigen Einkauf noch der Transport und die Kosten an der Grenze zu berücksichtigen. — Die Mitglieder des Staatsministeriums können auch während der jetzigen Balance des Landwirtschaftsministeriums — der Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg ist bekanntlich nur mit der vorübergehenden Vertretung betraut — einen Wechsel nicht lassen, da die Ansicht des künftigen Ministers, als des Vertreters der preussischen Landwirtschaft wegen der Folgen der Entscheidung, von besonderer Bedeutung sein wird. Deshalb dürfte sich auch der Reichskanzler zur Beantwortung der von verschiedenen Parteien eingebrachten Interpellationen in betreff der Fleischnot erst bereit erklären, wenn der neue Landwirtschaftsminister ernannt sein wird. Diese Ernennung ist jedoch in den nächsten Tagen zu erwarten.“

Der Verlauf der heutigen Reichstagsdebatte hat ja bewiesen, wie trefflich das Scherl-Blatt unterrichtet war. Ganz wie es hier angekündigt war, hat Bosa's Nachfolger die sofortige Beantwortung der Fleischnot-Interpellationen abgelehnt, sogar

mit der im Scherl-Blatt gegebenen Begründung. Es ist also kaum noch ein Zweifel möglich, daß auch die übrigen Informationen der Anschauung und der Absicht der Regierung entsprechen! Ist das aber der Fall, so besteht keinerlei ernste Absicht, den Protesten des empörten Volkes irgendwie nachzugeben! Dafür ist zu erwarten, daß die Regierung sich in der Tat die ebenso läppischen wie frivolen Einwendungen des Scherl-Offiziosus zu eigen machen wird! Es ist deshalb am Platze, schon heute gegen eine solche Argumentation den nachdrücklichsten Einspruch zu erheben. Gibt es einen gemeingefährlicheren Blödsinn als die Furcht, bei der Öffnung der Grenzen durch Seucheneinschleppung die heimische Viehproduktion derart gefährden zu können, daß in einem Kriegsfall Deutschland „ausgehungert“ werden könne? Ganz abgesehen von dem Junkermärchen von der Verführung des ausländischen Viehes — würde etwa in einem Kriegsfall die österreichische, die holländische und die dänische Grenze für uns gesperrt sein? Und besteht nicht eine viel größere Gefahr der militärischen Schwächung Deutschlands darin, daß infolge der wachsenden Unterernährung des deutschen Volkes die Gesundheit der Nation untergraben wird?

Aber noch frecherer Junkerhohn spricht aus dem Einwand, daß durch eine „sehr große Nachfrage“ auch bei einem infolge der Grenzöffnung steigenden Fleisch- und Viehangebot der Fleischpreis nicht herabgehen werde. Man befürchtet also, daß die Arbeiter sich durch einen übermäßigen Fleischgenuß Magenbeschwerden zuziehen würden! Welcher Jynismus von Leuten, die sich — anspruchlos, wie sie nun einmal sind — mit einem Diner mit drei oder vier Fleischspeisen zu begnügen pflegen!

Die Stimme der Massen ist offenbar noch nicht deutlich gehört worden. Das Volk muß es deshalb machen wie die Agrarier: es muß noch viel lauter schreien, es muß noch viel energischeren Protest erheben, um den Junkern das Spiel zu verderben!

Die Fleischpreise sind ins unerträgliche gestiegen, als Folge macht sich immer rapider Rückgang des Fleischverbrauchs bemerkbar. Ist doch der gesamte Fleischverbrauch im 3. Quartal 1906 gegen das entsprechende Quartal des Jahres 1904 von 577.518 Tonnen auf 546.765 Tonnen zurückgegangen. Und das trotz eines Bevölkerungszuwachses von mindestens einer Million!

Die Junker reiben sich bereits schmunzelnd die Hände. Die Vorkämpferin des deutschen Brot- und Fleischwuchers, die „Deutsche Tagesztg.“, begrüßt die Berufung des neuen Landwirtschaftsministers von Arnim mit den Worten: „Der Nachfolger des Staatsministers hat in praktischen Fragen der Landwirtschaft ein hervorragendes Verständnis bewiesen. Es ist zu hoffen, daß er sich dementsprechend auch als Wirtschaftspolitiker bewähren wird.“

Will sich das Volk noch länger zum Vorteil einer kleinen Minorität ausbeuten und aushungern lassen? Soll die Aera Arnim nur eine agrarische Transaktion des Tippel-Gründers Bosa darstellen?!

Die russische Revolution.

Das Gefändnis.

Petersburg, 15. November. (Eig. Ber.) Also doch bankrott! So muß man unweilfürlich ausrufen, wenn man die in den hiesigen Blättern abgedruckten Auszüge aus einer Denkschrift des Finanzministeriums über die Finanzlage liest, die nun den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat und gewiß nicht verfehlt wird, selbst die verworrensten Köpfe über den Bankrott der russischen Staatswirtschaft aufzuklären. Es handelt sich da um Weisungen des Finanzministers an die Budgetkommissionen der verschiedenen Verwaltungen, denen klargemacht wird, daß die finanzielle Lage jede Erhöhung in den Voranschlägen unmöglich mache.

Gleich eingangs der Schrift erklärt der Finanzminister, daß nur bei äußerster Vorsicht bei der Aufstellung der Ausgabenposten es möglich sein werde, das kommende Jahr ohne ein bedeutendes Defizit abzuschließen! Die verschiedenen Verwaltungszweige fordern aber immer neue Kredite, oder sie verlangen die Wiederherstellung der alten, die während des Krieges ausgeschaltet waren. Der Krieg mit Japan hat allein die Zinsenlast des Reiches um 95 Millionen vergrößert. In derselben Zeit ist aber die russische Wirtschaft auch durch die inneren Wirren arg mitgenommen worden. Der Finanzminister sagt wörtlich:

„Für das wirtschaftliche Leben des Landes haben diese Wirren eine noch schädlichere Wirkung gehabt als der Krieg, was unter anderem auch deutlich ihre Wirkung auf die Preise der Börsenwerte zeigt, die noch nie so tief gefallen waren wie jetzt. Eine solche Lage droht mit den schwersten Verwicklungen, und wenn diese Wirren fortleben, so können bald selbst die Mittel für die notwendigsten Bedürfnisse fehlen. Man muß im Auge behalten, daß das Jahr 1906 mit einem rechnerischen Fehlbetrag von 481 Millionen Rubel abschließt. In Wirklichkeit wird diese Ziffer eine viel bedeutendere sein, weil in einigen Orten die Agrarunruhen fortbauern. Dazu kommt noch die Mißernte in vielen Gouvernements, die auf den Zufluß der Abgaben äußerst schädlich einwirken wird. Gleichzeitig damit werden aber größere Ausgaben für Volksernährung in den Mißerntegegenden auf den Staat gewälzt werden.“

Wände Einnahmequellen hörten, so heißt es weiter, vom nächsten Jahre an überhaupt auf, wie z. B. die sog. Bauernloskaufgelder, das sind etwa 35 bis 40 Millionen. Auch die japanischen Forderungen seien noch nicht erledigt, und doch zwingt die politische Lage im fernem Osten den Zarismus, seine militärische Streitmacht dort zu vergrößern. Mit den Anleihen siehe es ganz schwach. Die Anleihe dieses Jahres sei nur unter großen

Schwierigkeiten und unter sehr unvorteilhaften Bedingungen abgeschlossen worden. Obgleich die aus der Anleihe erhaltene Summe eine recht bedeutende sei, so genüge sie nicht einmal zur Bedung des Fehlbetrages vom vorigen Jahre.

Es folgt nun ein Passus, der von sehr aktueller Bedeutung ist; denn er spricht offen die Unmöglichkeit einer neuen Anleihe aus:

„Die Vereinbarung einer neuen Anleihe 1906—1907 ist für uns sowohl im Ausland als im Inland unmöglich aus Gründen, die im allgemeinen Zustand des Geldmarktes und in unserer ungeklärten Lage liegen.“

Das Finanzministerium gibt, so wird zum Schluß konstatiert, auch jede Hoffnung auf neue Steuern auf. Es war schon lange kein Geheimnis mehr, daß die Lage verzweifelt ist — das hatte Stoloffzow auch in der Dumakommission zur Feststellung der Summe für Verpflegungszwecke in den Mißerntegegenden ausgesprochen —, daß aber nun die Bureauftraite offen eingestekt, daß ihr alle Wege abgeschnitten sind, das hat übertraucht. Schon heute zirkulieren Gerüchte, daß, wenn nicht in letzter Stunde eine Anleihe gelingt, die Regierung eine Zwangsliquidation der Renten vornehmen werde! Zur Stunde ist allerdings schwer zu sagen, ob hinter all diesen Gerüchten nicht eine finanzpolitische Intrigue steckt, die einen Druck auf die französischen Regierungs- und Finanzkreise ausüben soll, wie das ja bei der letzten Anleihe der Fall war. Das ist aber doch kaum anzunehmen; denn der Trick hätte diesmal wohl nicht die von ihm erwartete Wirkung. Wenn man also die Denkschrift des Finanzministeriums auch mit kritischen Augen betrachtet und vielleicht manches darin tendenziös dargestellt finden könnte (etwa um die Veranschlagungskommissionen „zur größeren Einsicht“ zu zwingen), selbst unter diesem Gesichtswinkel gesehen bleibt in ihr noch so viel übrig, daß auf Grund jenes Schriftstückes nur ein Urteil übrig bleibt: das Gefändnis des Bankrotts!

Die Reaktion.

Am Sonntag hielt der „Verband vom 30. Oktober“ in Petersburg seine Generalversammlung ab. Wir versagen es uns, die Ausführungen der einzelnen Redner wiederzugeben. Wir glauben das Entsewolle jener Versammlung nicht besser charakterisieren zu können als durch Abdruck folgender Wolff-Depesche:

Petersburg, 19. November. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Die gestrige Versammlung des Oktoberverbandes gewinnt an Interesse dadurch, daß die gehaltenen Reden nicht nur den früheren Ausführungen des Organs des Ministerpräsidenten Stoloffzow, der „Nostija“, entsprechen, sondern, wie aus guter Quelle verlautet, auch die gegenwärtigen Anschauungen der Regierung wiedergeben. Das erklärt auch den Umstand, daß der Beamte zu besonderen Aufträgen im Ministerium des Innern, Polowzew, der gestrigen Versammlung beiwohnte und sich in längerer Rede im Sinne des Oktobristenprogramms äußerte. — — —

Ein Jahr der Diktatur.

Die „Russ. Korresp.“ stellt folgende, nach dem 30. Oktober 1905 erlassenen amtlichen Verordnungen zusammen:

„Scharfe Patronen nicht sparen! Unterzeichnet General Treptow.“ — „Unberühliglich mit Feuerwaffen die Aufreißer austrotten und im Falle eines Widerstandes ihre Wohnungen anstecken. Verhaftungen erreichen nicht ihr Ziel; beurteilen kann man Hunderte, aber nicht Tausende. Das einzige, was jetzt notwendig ist, ist, daß das Heer diese Bestimmungen sich zu eigen macht. Unterzeichnet Minister des Innern Durnowo.“ — „Die Bewohner einzelner Ortschaften erlauben sich, Drohungen von bevorstehenden Unruhen zu verbreiten; falls die Dorfgemeinden oder auch nur einige ihrer Mitglieder sich erdreisten sollten, solche Drohungen in Erfüllung zu bringen, so werden sämtliche Wohnhäuser der betreffenden Gemeinde mit all ihrem Gut auf meinen Befehl verbrannt. Unterzeichnet: Moskauer Generalgouverneur Dubassow.“ — „Für einen Schuldigen werden 10 Unschuldige bestraft werden. Unterzeichnet: Kautziffer, Generalgouverneur Michanow.“ — „Verhaften Sie weniger und schicken Sie nieder. Unterzeichnet: Tambower Biwegouverneur Bogdanow.“ — „Diejenigen Ortschaften, deren Einwohner sich irgend welche Gewalttat erlauben, sollen durch Artilleriefeuer beschossen werden. Unterzeichnet: Der Generalgouverneur von Armentischug.“ — „Für eine bei jemandem gefundene Flinte wird das ganze Dorf völlig vernichtet. Unterzeichnet: Der Generalgouverneur von Gori (Kaukasus) Bauer.“ — „Versammlungsbesucher, die von den Soldaten nicht niedergeschossen sind, werden vor das Kriegsgericht gestellt werden. Unterzeichnet: Der Generalgouverneur von Tiflis Timofejew.“ — „Die Ueberredungsversuche können Sie unterlassen, sperieren Sie nur mit dem Feuergewehr. Je mehr Lote, desto größer Ihre Verdienste bei Ihren Vorgesetzten. Machen Sie auf die Bevölkerung Eindruck! Bezirksvorsteher Lomandly.“

Diese Verordnungen übten nicht nur auf dem Papier, wie es mit dem Manifest vom 30. Oktober der Fall war, sondern wurden „pflichtgemäß“ und eifrigst in die Praxis eingeführt und verwirklicht. So tritt die Regierung in die Wahlen, Danfagung und Anerkennung der Bürger erwartend. Wie groß wird ihre Enttäuschung sein! —

Die Eisenbahner.

Die bundistische „Volkszeitung“ (Nr. 103) meldet, daß das Polizeidepartement an die Eisenbahndirektoren ein geheimes Rundschreiben folgenden Inhalts versandt hat:

„Gemäß den eingelaufenen Meldungen werden in der letzten Zeit auf den Eisenbahnen Konferenzen und Kongresse der territorialen Organisationen des Eisenbahnerverbandes abgehalten, wobei diejenigen Fragen erörtert werden, welche auf dem bevorstehenden Eisenbahnerkongress im November zur Beratung gelangen sollen. Sie und Delegierte für diesen Eisenbahnerkongress gewählt werden. So werden ersucht, zwecks Entbedung des Ortes der Beratungen Maßregeln zu ergreifen und sofort, wenn die Beteiligten während einer Versammlung erseht worden sind, den Organisationen ein Ende zu machen.“

Petersburg, 10. November. Anlässlich des Jahresfestes der Einführung der Sonntagsruhe sollte gestern auf Anregung der Wandlungsbahnen in der Kaiserlichen Kathedrale auf dem Viktualienmarkt ein Dankgottesdienst stattfinden. Mehrere Tausend Wandlungsbahnen strömten aus allen Stadtteilen nach der Kathedrale zusammen, fanden sie aber dicht von Polizei umstellt, welche ihnen den Eingang verwehrte. Die Menge umfand lange die Kirche und folgte schließlich der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen.

Die Regierung hat offenbar solche Furcht vor ihren „getreuen Untertanen“, daß sie gar schon die Gottesdienste inhibiert, um nur nicht eine größere Menschenmenge auf einem Platz zusammenkommen zu lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. November.

Ein Tag für die Agrarier und Zünftler!

Die Sorge um die Agrarier lastet gegenwärtig schwer auf der Regierung. Empörung über die künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel, speziell der Fleischnahrung, schreitet durch das Reich. Immer unzufriedener wird die Stimmung der zugunsten der Agrarier ausgeplünderten Konsumenten landwirtschaftlicher Produkte. Und selbst dem Unternehmertum wird es bange vor den Folgen dieser Teuerung, die die Krisis beschleunigt. Da muß die Regierung Mittel und Auswege suchen, um einerseits die Empörung des Volkes zu dämpfen, andererseits den Agrariern den Zollraub zu sichern; denn die letzteren murren laut darüber, daß die Regierung dem Drängen des Volkes nachgeben und ihnen ein Stück aus dem überbollen Fleischtopf nehmen könnte. Bei dieser Sachlage erscheint es als ein Glück für die Regierung, daß kein Landwirtschaftsminister da ist. Könnte sie doch gegenüber den heute auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen gegen die Lebensmittel- resp. Fleischverteuerung die bekannte Ausrede gebrauchen, sie vermöge die Interpellationen nicht eher zu beantworten, bis ein neuer Landwirtschaftsminister an Stelle des edlen Bod gefunden sei. Und wohlgerne! Mit der Beantwortung der Interpellationen, die Graf Posadowsky für die nächsten 14 Tage in Aussicht stellte, ist noch keine Maßnahme gegen die Fleischverteuerung getroffen! So wird die Angelegenheit verschleppt, und inzwischen säckeln die Agrarier weitere ungezählte Millionen ein, die dem Volke ungeniert abgeknöpft werden. Inzwischen hat die Regierung auch Zeit, mit den Agrariern und ihrem Vertrauensmannen — denn das wird der neue Landwirtschaftsminister sein — zu unterhandeln, wie man das ausgepörrte Volk mit statistisch verballhorntem Material täuschen und befähigen kann.

Auch die Interpellation des Abg. Speck (Zentrum), betreffend Verwendung der als „Futtergerste“ verzogeten Gerste als „Malzgerste“, wurde auf die Erklärung des Schatzsekretärs v. Stengel hin, daß die Regierung sich in vorbereitenden Verhandlungen über diese Angelegenheit befinde, zurückgestellt.

Wie trefflich die Regierung für die Agrarier sorgt, davon legte die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Bemessung des Kontingentsfußes für landwirtschaftliche Beemereien, Zeugnis ab. Die unversorgten Empfänger der Verantwörtungsgebühren gebärden sich, als ob sie durch das Kontingentierungsgesetz benachteiligt würden, und sie verlangen eine festere Sicherung, ja eine Erhöhung der Beute! Die konservativen Abgeordneten v. Brochhausen und Gohy gaben diesem Verlangen offenen Ausdruck, wurden aber durch die sachverständigen, die Liebesgabenpolitik der Regierung scharf kennzeichnenden Ausführungen unseres Genossen Wurm hart bekämpft, der darlegte, daß das raffinierte Kontingentierungssystem durch den vorliegenden Gesetzentwurf zugunsten der Liebesgabenempfänger noch komplizierter gestaltet werde. Achtshundert Millionen bereits kostet das Gesetz dem Volke, und durch den neuen Entwurf sollen den Armen der Armen zugunsten der Bremer noch mehr Millionen abgenommen werden. — Die konservativen wollten den Gesetzentwurf im Plenum durchschleppen, der Reichstag beschloß aber Verweisung an eine Kommission.

Der Vogelstuhlgesetzentwurf wurde ohne Debatte an eine Kommission verwiesen.

Darauf begann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Gewerbeordnung in Verbindung mit den Beschlüssen der Petitionskommission, betreffend den Befähigungsnachweis für das Handwerk und die Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen für weibliche Gehilfen usw. Zuerst kam der Abgeordnete Teimborn, der Sozialpolitiker des Zentrums, zum Wort, der für die Einführung des Befähigungsnachweises im Bau- und Gewerbe zugunsten — der Arbeiter ist. Mit dieser Quintessenz seiner Ausführungen ist die sanftere Sozialpolitik des Zentrums gezeichnet, die zugleich den Zünftlern und den Arbeitern aus wahlpolitischen Gründen Scheinergötzen macht.

Nachdem Graf Posadowsky die Erklärung abgegeben hatte, daß dem Reichstage ein Gesetzentwurf zugehen werde, der Bestimmungen über die Erwerbung des Meistertitels enthalte — also ein kleiner Befähigungsnachweis! — wurde die Beratung vertagt!

Landtagswahlen und Schulreform in Württemberg.

Stuttgart, 15. November. (Fig. Ver.)

In der Wahlbewegung, die im vollen Gange ist, steht die Frage der Schulreform, als der wichtigsten Aufgabe, die dem neuen Landtag gestellt werden wird, im Vordergrund. Jede Partei ist gezwungen, sich über ihre Stellung in dieser Frage zu erklären.

Denn bei der Verfassungsrevision stets gesagt wurde, daß ihr Gelingen schon deshalb notwendig sei, weil sonst die so bitter nötige Schulreform nicht gelänge, ist jetzt von einem Reformeifer, die Verbesserung der Schule durch die Kirche endlich einmal zu befeitigen, keine Spur mehr zu finden. Im Gegenteil! Sei es aus Angst vor der Wählerschaft des flachen Landes, die sich viel leicht in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlen und fahnenflüchtig werden könnte, sei es aus Angst vor den Folgen einer freieren, besseren Volksschulbildung, die die politische Gängelung des Volkes erschweren würden — kurz, in den auf die Schulreform bezüglichen Teilen ihrer Wahlprogramme haben sich fast alle Parteien Konzeptionen an das dicke und streberhafte Publikum, wie es in Württemberg besonders heimisch ist, geleistet.

Der Geist des bekannten Tübinger Stifts wirkt lähmend auf den Gang der württembergischen Politik ein, da sowohl das höhere Beamtenum wie auch die politischen Führer des Bürgertums ihn als Bildungsgrundlage in sich angenommen haben. Während in Norddeutschland selbst der Rationalismus bisweilen mit philosophischer Aufgeschlossenheit lokettiert und sogar den antikerischen naturwissenschaftlichen Theorien eines Hädel hie und da Reverenz erweist, empfindet der schwäbische Liberalismus es in viel höherem Maße als seine Pflicht, in angemessenen Zwischenräumen das Gelächris überminderter Frömmigkeit abzulegen.

Nicht zu verwundern ist natürlich die pleistifische Tonart, die den Wahlkreis des Bauernbundes vor allen anderen auszeichnet. Schlimmer steht es schon um die Deutsche Partei, die württembergische Spielart des Rationalisierens, die in ihrem Programm verkündet: „Die sittlich-religiöse Grundlage der Jugendzucht werden wir nicht antasten lassen.“ Und ferner: „Entschieden werden wir die Bestrebungen, die Religion aus der Schule zu entfernen, bekämpfen.“ Die fetter aus der liberalen Seite vertretene Auf-

fassung, daß die Schule dazu da ist Wissen und Erkenntnis zu verbreiten, wird nun Märchen aus allen Zeiten.

Zwischen dem deutschparteilichen und dem Zentrumprogramm zeigt sich hier eine große Befehdsverwandtschaft, wenn gleich die Formulierung des Zentrums natürlich noch viel apodiktischer ist. Da heißt es: „Das wichtigste Kampfsfeld zwischen Ungläube und Christentum bildet die Schule.“ Sodann: „Diese erzieherische Aufgabe fordert bei der Volksschule... mit ganz besonders zwingender Notwendigkeit den Aufbau des gesamten Schulwesens auf religiöser und daher (!) auf konfessioneller Grundlage, und sie erfordert folgerichtig auch einen angemessenen Einfluß der Kirche auf die Heranbildung der Volksschullehrer sowie auf die Aufrechterhaltung der geistlichen Schulaufsicht.“ Hier ist wenigstens Mly und Lar ausgesprochen, was das Zentrum will. Es will das Volk beherrschen, und zwar gründlich, ohne die Herrschaft mit einem anderen, und sei es der Staat selbst, teilen zu müssen. Dem Führer des württembergischen Zentrums, dem Abg. Gröber, wird eine Aeußerung nachgesagt, die er bei der Gründung der schwäbischen Parteiorganisation geton haben soll. Sie lautet: „Es ist nicht gut, wenn in die jugendlichen Gehirne zu viel Wissenschaft eingepflanzt wird; es geht dann gerade wie bei einer gemästeten Gans, sie werden dabei dumm und stolz und tragen den Kopf hoch.“ Es soll hier nicht erörtert werden, was eher „dummstolz“ machen kann, die „Mästung“ mit Wissenschaft oder die mit Wilselnsprüchen und Gesangbuchversen. Aber es verdient darauf hingewiesen zu werden, daß das Zentrum die oben gekennzeichnete unbedingte Herrschaft der Kirche nur über die Volksschule fordert, während es den Mittel- und Hochschulen nur die mehr platonische Forderung einer „eifrigen Pflege des christlichen Geistes“ auferlegt, sie aber im übrigen getrost dem Staat und der Fachschulaufsicht überläßt. Die „zwingende Notwendigkeit“, von der die Kirche beherrscht zu werden, liegt also nur bei der Masse des Volkes vor, deren Kinder die Volksschule besuchen.

Wie erquickend wäre es, wenn angeichts dieses nackten Bestrebens, die Religion als Mittel politischer und sozialer Herrschaft über das Volk anzuwenden, wenigstens eine bürgerliche Partei vorhanden wäre, die jede Gemeinschaft mit solchen Bestrebungen weit von sich wiese und die konsequente Trennung von Religion und Politik, von Kirche und Staat und von Schule und Kirche als programmatische Forderung in prinzipieller Klarheit aufstelle. In Württemberg hat die bürgerliche Demokratie eine politisch nicht unerhebliche Bedeutung. Mit 28 Mandaten war sie in dem abgelaufenen Landtag die stärkste Partei. Sie ist stolz darauf, bei der Entscheidung der drei großen Reformen, Verfassung, Gemeinde- und Steuerreform, „führend“ mitgewirkt zu haben. Dätte man von ihrem Wahlprogramm nicht erwarten dürfen, daß es keiner Partei auch bei der in Aussicht stehenden Reform des Verhältnisses von Staat, Schule und Kirche eine führende Rolle zuweist? Nichts davon tut das Programm der württembergischen Volkspartei. Nichts wird gesagt von allgemeiner Fachschulaufsicht, nichts von der konfessionellen Schule! Ja, nicht einmal die Simultanschule wird gefordert, während die volksparteiliche Presse sich sonst doch so gern als die Gesinnungsgenossin der französischen Radikalen aufspielt, die so erfolgreich am Werke der Trennung von Staat und Kirche arbeiten. Mit Recht muß sich die Volkspartei, ob dieser Lahnheit, ob dieses Manöses, das durch noch so pathetische Hinweise auf Leistungen der Vergangenheit nicht wett gemacht werden kann, vom führenden Organ der Deutschen Partei, dem „Schwäbischen Merkur“, bittere Sottisen sagen lassen: „Im ganzen vertrat das Programm das Bestreben, sich nach rechts hinüber lieb Kind zu machen.“ Die Volkspartei beginnt auch in diesem Stück nationalliberale Politik zu treiben und „sie gibt ein Programm heraus, daß offensichtlich nach den Wählern der Deutschen Partei angelt.“

Das ist nur zu richtig, wenn gleich natürlich die Deutsche Partei am allerwenigsten zu einer solchen Kapuzinerpredigt berufen ist. Wie sie doch in einem Artikel der Berliner „Nationalzeitung“ über ihre Stellung im bevorstehenden Landtagswahlkampf erklärt: „Die deutsche Partei muß sich ihrer ganzen Natur und ihrer historischen Stellung nach den Ansprüchen nach rechts offen halten; das ist keine Schaukelpolitik (!), sondern die einzig richtige im Wesen der Mittelpartei begründete Taktik.“ Man sieht der württembergische Liberalismus demokratischer wie deutschparteilicher Konfess hat sich gegenseitig nichts vorzuerwerfen.

Demgegenüber ist das Wahlprogramm der Sozialdemokratie ganz offen und zweifelsfrei. In ihm heißt es: „Freisetzung der Schule, als einer weltlichen Anstalt, von jeder geistlichen Beaufsichtigung und Einmischung.“ Im Sinne dieser Forderung wird von uns der Kampf um die bevorstehende Schulreform aufgenommen werden.

Deutsches Reich.

Auch eine Arbeiterlandung.

Im Vikus Busch hatte sich am Sonntag ein gemischtes Publikum versammelt. Angeblich waren es christlich-nationale Arbeiter, die den Raum „bis unter Dach“ gefüllt haben, wer aber die Stärke besagter christlicher Arbeiterbewegung kennt, der wird nicht daran zweifeln, daß selbst bei fleißiger Heranziehung auswärtiger Kräfte, die in den Verichten zugegeben wird, noch viele Leute, die als Pöhlmaterial dagewesen sein müssen, sich sehr pifflig fühlen würden, wollte man sie als Arbeiter anreden. Zur Dekoration waren auch Reichstagsabgeordnete der Rechten und des Zentrums erschienen, sowie Stabentendationen in vollem Wapp. Staatssekretär Graf Posadowsky war mit mehreren Räten erschienen, die die Christlichen genähigam eine Massenlandung der christlichen Arbeiterschaft nennen, galt dem kaiserlichen Erlass von 1881. Es war die Jubelfeier eines nicht eingelösten Versprechens.

Die Reden des Lic. Rumm, der Reichstagsabgeordneten Hofprediger a. D. Stöcker und Arbeitersekretär Giesberts, R. Glöckner sowie des Prof. Dr. Adolf Wagner feierten natürlich die Tat, die diese kaiserliche Vorkehrung bedeutet haben soll, in lobenden Worten. Daneben gab es allerlei Klagen und Enttäuschungsseufzer über die böse Sozialdemokratie, die die Hand des Kaisers schnöde zurückgestoßen und ihm mit Beschimpfungen geantwortet habe. Königstreue und Kirchengläube wurden feierlich gelobt und zum Schluß eine Guldigungsadresse an den Kaiser abgelesen, die da lautet:

„5000 nationale Arbeiter danken Ew. Majestät für den erneuten Ausdruck des festen Willens, die geistliche Sozialreform auf christlicher Grundlage fortzuführen. Wir stehen in unwandelbarer Treue zum sozialen Kaiserthum der Hohenzollern.“

Ueberdem ward noch eine Resolution angenommen folgenden Wortlauts:

Wir erkennen dankbar an, was Staat und Parlament an Sozialreform geschaffen haben. Wir verurteilen die Verfleinerungssucht und Verächtlichmachung dieser Kräfte geistlicher Sozialreform durch die Sozialdemokratie. Wir stellen aber bei aller Anerkennung dessen, was bisher geschehen ist, fest, daß der Inhalt der kaiserlichen Vorkehrung und der kaiserlichen Erlasse von 1880 erst zum Teil erfüllt ist. Einen Weg zu dieser Erfüllung sehen wir in den Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft Deutschlands, insbesondere in der Ausdehnung der Versicherungsversicherung auf die Heimarbeiter, in der Durchführung eines besseren positiven Vereins- und Koalitionsrechtes, in der Errichtung von Arbeiterkammern usw. Wir richten deshalb den dringenden Appell an Regierung und Parlamente im Sinne der kaiserlichen Vorkehrung, die deutsche Sozialreform tatkräftig fortzuführen.

Das interessanteste an der Kundgebung war die Rede des Herrn Giesberts. Sie war die Rede eines Zentrumsmannes. Vorn sankt oppositionelle Töne, hinten rosarotes Vertrauen. Keun Rechnet

der Rede war eine Aufzählung von Beschwerden über die Mangelhaftigkeit der Sozialreform, über die Verflümmung des Koalitionsrechtes, über die Gollstriede der Vereinsgesetzgebungen usw., zum Schluß aber kam die Entbedung, daß der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ein Schritt zum Ziele eines — freieren Reichsvereinsgesetzes sei! Dieser Gesetzentwurf, der in der Tat ein veritables Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter ist, wurde von Herrn Giesberts für das Angehen eines „Umschwunges“ erklärt, diesen legitimen Sprößling der Zuchtstausvorlage bezeichnete der Herr Reichstagsabgeordnete für Essen als den Beweis, daß die Periode der Zuchtstausvorlage vorbei sei! Einzelne Bestimmungen der Vorlage stellten einen erheblichen Fortschritt dar. Von den Ungeheuerlichkeiten der Vorlage, daß sie großen Kreisen der Arbeiter das bisher innegehabte Koalitionsrecht nehmen will, daß sie den Landarbeitern den Zugang zum Koalitionsrecht noch fester ver-rammeln will, davon sagte Herr Giesberts kein Wort. Man kam dann schließlich, wie sich das Zentrum zu dem Entwurf stellen wird, wenn sich schon einer der Leiter der christlichen Gewerkschaften also äußert. Und man kann daraus ersehen, wie ernst es diesen Herren war, als sie, um den christlichen Arbeitern den Brot- und Fleischwucher schmackhaft zu machen, versprochen, für die Gewährung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter eintreten zu wollen. Auch ein Versprechen, das nicht eingelöst werden wird. Sie sprechen mit gespaltener Zunge, diese christlich-nationalen Arbeitervertreter und an dieser Doppelzüngigkeit, wozu ihre schiefe Stellung sie verurteilt, wird die sogenannte christlich-nationale Bewegung, die keine Arbeiterbewegung ist, zugrunde gehen.

Von der Fleischnot, von der Lebensmittelverteuerung hat man im Vikus Busch, dem Schauplatz der Landtags-Veranstaltungen nicht geredet. Obgleich das so nahelegend gewesen ist, wo Arbeiter sich in dieser Zeit versammelten. Aber die Erwähnung der Post- und Grenzposten-Buchergattungen hätte in das Loblied auf das „soziale Königium“ einen argen Rißklang gebracht. Und was hätten die Reichstagsabgeordneten von der Rechten und vom Zentrum dazu sagen wollen! —

Eigenartige Arbeiterfreunde.

Die bürgerliche Presse, an der Spitze die Kronsbainloake, die „Post“, kann sich im Anschluß an die Auseinandersetzung des Genossen Fischer mit Reichhäuser nicht genug tun in blöden Beschimpfungen der Sozialdemokratie. Nicht nur entleitet sich die „Post“, deren Knutensthemerlei schon ans Herberse grenzt, über Fischers „Knutensthemerlei“, seine „Thranerei“ und seine „Despotenloune“, sondern sie selbst sich auch im Pöhlertil allerlei über die Thranerei der Sozialdemokratie überhaupt zusammen. Aber nicht nur die Blätter für gewerbmäßige Sozialisten-entpöbelung, sondern auch liberale Organe echauffierten sich im schönsten Mugdanesentil über die in sozialdemokratischen Betrieben an den Arbeitern geübte „Thranerei“.

Wir wollen demgegenüber nur feststellen, daß Reichhäuser selbst zugeben mußte, daß die Verhältnisse in der Vormärtsdruckerei, was Entlohnung, Arbeitszeit, Ferien usw. anlangt, mindestens so gute seien, wie in irgend einem kapitalistischen Zeitungsbetrieb. Aber nicht nur die Druckerei des Zentralorgans gewöhnt den Arbeitern derartig günstige Bedingungen, sondern die sozialdemokratische Presse überhaupt ist den bürgerlichen Zeitungsbetrieben auf diesem Gebiete weit voraus. Im Jahre 1904 hatte der sozialdemokratische Parteivorstand eine Erhebung über die Verhältnisse in den sozialdemokratischen Zeitungsdrukereien angestellt. Es ergab sich folgendes Resultat:

19 Druckereien gewährten den Wählern den Tag	8 1/2 Stunden
2 Druckereien gewährten eine Arbeitszeit von	8 1/2 „
6 „ „ „ „ „ „ „ „	8 „
20 „ „ „ „ „ „ „ „	9 „

Ferner gewährten 26 sozialdemokratische Druckereien ihren Lesern je eine Woche Ferien; 5 Druckereien je 3 Tage Ferien, nur in 16 Geschäften waren Ferien noch nicht eingeführt.

In der auf Veranlassung des Parteivorstandes am 18. und 19. März 1904 abgehaltenen Zusammenkunft der Geschäftsleiter derjenigen Druckereien, in denen Parteiblätter hergestellt werden, wurde beschlossen, den Arbeitsordnungen folgende Bestimmungen beizufügen:

1. Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Dienste der Parteidrukereien beschäftigt sind, erhalten bei militärischen Leistungen den Nachschuß von nicht mehr als 14 Tagen zwei Drittel des Lohnes, wenn sie verheiratet oder Ernährer von Familienangehörigen sind.

2. Allen Arbeitern wird bei Arbeitsübernahme infolge von Teilnahme an Kontrollversammlungen, Aushebungen und Musterungen sowie infolge von Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten für die Dauer der hierzu notwendigen Abwesenheit der Lohn weiter gewährt (abzüglich der für solche Funktionen anderweitig gewährten Entschädigungen).

Des weitern wurde bei dieser Zusammenkunft der Geschäftsleiter der Parteidrukereien folgende Resolution angenommen:

- Die Parteigeschäfte verpflichten sich, tunlichst bald
- a) die achtstündige effektive Arbeitszeit in ihren Betrieben einzuführen;
 - b) für alle mindestens ein Jahr im Betrieb beschäftigten Arbeiter Ferien bis zur Dauer von einer Woche zu gewähren unter Fortzahlung des Lohnes;
 - c) die Beiträge zur Invalidenversicherung ganz zu bezahlen;
 - d) die Differenz zwischen Lohn- und Krankenlassenentschädigung bei im Geschäft erlittenen Unfällen zu vergüten.

Eine neuerliche Statistik wird zweifellos ergeben, daß bereits die Mehrheit der Parteigeschäfte diese Forderungen zur Ausführung gebracht hat.

Wähten vom Schlage der „Post“, des „Reich“ usw. wollen wir nicht zumuten, ihren Lesern von diesen Tatsachen Kenntnis zu geben. Sie mögen getrost fortfahren, die Rechte der Arbeiter gegen die Thranerei — in sozialdemokratischen Betrieben zu verteidigen! Über die liberale Presse hat vielleicht die Liebesswürdigkeit, uns nachzuweisen daß diese in sozialdemokratischen Betrieben dem Personal gewährten Bedingungen auch in der Mehrzahl der liberalen Zeitungsbetriebe durchgeführt sind! Haben sie diesen Beweis erbracht, so wollen wir gern in eine weitere Konkurrenz mit ihnen eintreten!

Stöcker, Post, und wie Reichhäusers Konfession alle heißen, haben, wie übrigens schon kurz erwähnt, in die Welt hinausposaunt: dem Geschäftsführer der Vormärtsdruckerei Fischer sei die Procura entzogen worden, ergo seien die Verleumdungen Reichhäusers wahr. Diesem verführten Nubel liegt faktisch eine Tatsache zugrunde: Die Procura des Genossen Fischer für die Buchhandlung Vorwärts ist tatsächlich letzter Tage im Handelsregister gelöscht worden. Und zwar aus ganz einfachen Gründen. Als Fischer bei Gründung der Druckerei die Zeitung derselben übernahm, befiel er die Buchhandlung bei. Im letzten Jahre betrug ihr Umsatz über 1 1/2 Millionen Mark — konnte er sich der Buchhandlung

Weniger und schließlich gar nicht mehr widmen, und seit vorigem Herbst hat Fischer auch formal den Posten aufgegeben. Es ist daher nur selbstverständlich, wenn in der Buchhandlung deren tatfächlicher Leiter, Genosse Bruns, auch die Prokura erhielt. Die Robroy- und Depechengebühen, die Stöckers „Reich“ und Genossen zur Weiterverbreitung dieses wichtigen Ereignisses ausgaben, sind also wegge worfenes Geld! Und der „Reichsbote“ und die „Post“ haben es doch so nötig! —

Die Hamburger Polizei auf der Anklagebank.

Die Polizeischlacht nach der großen Wahlrechtsdemonstration unserer Hamburger Genossen vom 17. Januar dieses Jahres bildet den Hintergrund des Prozesses gegen die bürgerliche Frauenrechtlerin Fräulein Dr. Anita Augspurg, der am Montag vor der Strafkammer I des Landgerichts Hamburg begann. Wie unser Genosse Wabersky vom Hamburger „Echo“, der vor längerer Zeit schon wegen der Kritik der Polizei in jener Strafschlichtung neben einer hohen Geldstrafe zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, soll auch Fräulein Dr. Augspurg die brave Hamburger Polizei beleidigt haben. Einmal durch eine Sprechsaalnotiz, die sie im Hamburger „General-Anzeiger“ veröffentlichte. Außerdem soll sie aber auch, so behaupten Polizei und Anklage, als sie am Abend jenes „roten Mittwochs“ dem Treiben der Schuppleute zusah, auf die drabten Sicherheitswächter „geschimpft“ haben, was sie indes entschieden bestreitet.

In ihrer Vernehmung sagte die Angeklagte u. a., sie habe, auf der Treppe des Lokals „Siechenbräu“ stehend, genau gesehen, wie ein etwa 25jähriger Mann von fünf bis sechs Schuppleuten zu Boden gestoßen und von dem einen mit dem Säbel traktiert wurde. Dann sei der Verletzte hochgehoben und nach dem Alsterdamm geschoben worden. Kurz darauf kam derselbe Mann zurück und versuchte in eine andere Straße einzubiegen; er habe schrecklich ausgesehen und wie eine vom Hintertopf bis zur Stirn reichende, mehrere Zentimeter breite Verletzung auf, aus der das Blut in Strömen hervorquoll. Ihre Begleiterin, Fräulein Yvda Heymann, sei von einem Beamten beim Arm gepackt und von der Treppe des Lokals geschleudert worden. Auf sie habe das Vorgehen der Polizeibeamten den Eindruck gemacht, als wenn sie unter dem Einfluß von reichlichem Alkoholgenuss ständen. Die Beamten sollen ja auch im Rathaus, während der Bürgerchaftsverhandlung, Getränke auf Staatskosten erhalten haben.

Am Schluß der Vernehmung stellte der Staatsanwalt die Frage: Ich möchte fragen, ob Fräulein Augspurg schon öfter Kopfwunden gesehen hat? — Angekl.: Nein. — Staatsanw.: Sie sind doch Studentin gewesen, haben Sie vielleicht einer Verbindung angehört? — Angekl.: Ich war bei keiner schlagenden Verbindung. (Heiterkeit.) — Staatsanw.: Ich würde dies nur anführen, um darauf hinzuweisen, daß auch geringfügige Verletzungen das Fleisch offenlegen können. — Angekl.: Ich wollte nicht sagen, daß die Verletzungen des Mannes schwere waren; aber er war total blutüberströmt.

In der Zeugenvernehmung erklärte Polizeihauptmann Riemann, daß die Beamten erst spät am Abend ein bis zwei Flaschen Bier und Butterbrot erhalten hätten, also nicht berauscht sein konnten. Von den 250 Beamten, die an dem Tage im Dienst waren, hätten 75 Mann Verwundungen gehabt, zum Teil schwere.

Der Zeuge Polizeiwachtmeister Schmidt hatte das Kommando bei Siechen. Ein Schuppleute habe ihm gesagt, daß eine Dame auf der Treppe bei Siechen geschimpft habe; er wisse aber nicht, was. Zeuge selbst hat gehört, wie einige Herren riefen: Wir wollen keine Weibervirtschaft, schmeißt die Weiber in die Alster! (Heiterkeit.) Mehrere Herren aus dem Publikum erhoben sich, als die Damen mit Weichworte drohten, zu Zeugen. Seines Wissens sei auch der Polizeiknäppel an diesem Tage von den Schuppleuten nicht gezogen worden.

Zeuge Schuppleute Sauerlich hat gegen einen Mann, der sich zur Wehr setzte, blank gezogen, aber von dem Säbel nicht Gebrauch gemacht. Der Mann sei dann zu Boden gefallen und es sei möglich, daß er sich dabei blutig geschlagen habe. Zwei Herren wollten zu Siechen hinein, man habe sie durchgelassen, der eine Herr wollte dann aber anders wohin gehen und wurde zurückgewiesen. Er verlangte meine Nummer, die ich ihm gab. Ich hörte, wie die Angeklagte sagte: Lassen Sie sich das nicht gefallen, ich bin Zeugin! Ich hörte, wie eine Dame, Fräulein Augspurg, sagte: „Sehen Sie sich diese Gefellen an! Diese Frechheit! Schuftigkeit! Wie Wölfe fallen sie über die Menschen her. Das tief sie den Herren zu, die für uns Partei genommen hatten.“ — Vorsitzender: Wie weit waren Sie entfernt? — Zeuge: Drei Schritte. — Vors.: Ist es sicher, daß die Worte von der Angeklagten gefallen sind? — Zeuge: Jawohl. Ich wußte nicht, wie die Dame heißt. Aber als die Damen weggegangen waren, sagte ein Herr: Wissen Sie, mit wem Sie zu tun hatten? Das waren die Augspurg und Heymann. — Vors. (zur Angeklagten): Wollen Sie vortreten. Herr Zeuge, sehen Sie sich die Angeklagte an. Können Sie bestimmen sagen, daß die Angeklagte die Worte gebraucht hat? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Können Sie das auf Ihren Eid nehmen? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Wissen Sie genau, daß Fräulein Heymann ähnliche Schimpfworte gebraucht hat? — Zeuge: Jawohl. Infolge des Ständlerens forderten wir die Damen auf, von der Treppe wegzugehen, sie weigerten sich aber. Ich und ein anderer saßen jeder eine der Damen am Arm und führten sie die Treppe herunter. — Vors.: Fräulein Augspurg sagt, daß sie von keinem Schuppleute fortgeführt sei, sie sei freiwillig hinuntergegangen. — Zeuge: Ich habe sie tatsächlich am Arm gefaßt und zwei Stufen heruntergezogen.

Dasselbe behaupten noch mehrere Schuppleute. Alle wollen erst dann Gewalt angewendet haben, wenn einer die Schuppleute durchbrechen suchte. Schuppleute Brothorb bezeugt: Zwei Damen schimpften. Es fielen die Worte: Schufte, Palmen, dumme Gefellen usw. Ich stand zwei Schritte von der Treppe. Besonders das Fräulein mit den langgeschorenen Haaren schimpfte fortwährend. Das andere, größere Fräulein mit den langen Haaren (Fräulein Heymann) schimpfte auch und rief: Schufte, Palmen! — Vors.: Nahmen Sie keine Veranlassung einzufahren? — Zeuge: Wir sollten möglichst wenig Sittierungen vornehmen. Die Damen suchten das Volk aufzureizen, deshalb wurden sie aufgefordert, wegzugehen. Da dies aber nichts half, suchte sie Plac und noch ein Schuppleute am Arm und zogen sie herunter.

Die Zeugen Kaufmann Reinert, Leutnant a. D. Graf Sahn-Wafedow behaupten, daß sich die Schuppleute sehr häßlich benommen hätten und daß sie deshalb sich freiwillig den Schuppleuten bei Beschwerden als Zeugen angeboten haben. Kaufmann Andresen stand auf der Treppe neben den Damen. Beide waren sehr erbost, schimpften und gestikulierten. Als er der Augspurg sagte, sie würden eingelockt werden, wenn sie weiter schimpften, antwortete diese: „Das sollen sie nur machen, die Waide.“ — Vors.: Sie soll auch gesagt haben, das sei ja schlimmer wie in Rußland. — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Wie erlitten Ihnen das Vorgehen der Schuppleute? — Zeuge: Die Schuppleute gingen mit Lammesgeduld vor. — Vors.: Was sagen Sie zu dieser Aussage? — Angekl.: Ich habe nichts gesagt.

Zeugin Frau Regina Ruben bekundet, daß sie gesehen habe, wie verschiedene Leute von den Schuppleuten gepackt und gestochen wurden. Ein Mann, der von der Bergstraße kam, wurde geschlagen, daß er zu Boden fiel, später sah sie den Mann mit Blut bespritzt. — Verteidiger: Glauben Sie, daß die Schuppleute, wenn Frau Augspurg geschimpft hätte, sich ihr gegenüber ruhig verhalten hätten. — Zeugin: Wenn die Angeklagte laut gesprochen hätte, würde sie mindestens 10 Säbelschläge bekommen haben. (Heiterkeit.) — Vors.: Ich bitte, doch nicht allzusehr Ihrer Phantasie freien Spielraum zu lassen. — Zeugin: Das ist meine feste Ueberzeugung.

Zeugin Fräulein Gustava Heymann hat gesehen, wie 3 bis 4 Schuppleute über einen Mann herfielen, und ihn mit ihren Polizeiknäppeln bearbeiteten. — Vors.: Wir haben aber hier gehört, daß die Knüttel garnicht gezogen worden sind. — Zeugin: Ich habe es doch aber mit meinen eigenen Augen gesehen. — Vors.: Die Beamten haben aber alle gestritten, den Knüttel gezogen zu haben. — Zeugin: Eine Täuschung meinerseits ist ausgeschlossen. — Nach weiteren belanglosen Zeugenansagen wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Gewerkschaftsführer und Scharfmacher.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Düsseldorf sind in der zweiten Abteilung die Ultramontanen gegen die Liberalen mit 800 Stimmen weniger unterlegen. So ist Herr Mathias Schiffer, der in der dritten Abteilung als Zentrum-Stadtverordneter gewählte Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, vor dem Schicksal bewahrt geblieben, Arm in Arm mit Herrn Schlossermeister Krieger, dem Führer der kleinen Scharfmacher von Rheinland-Westfalen, in das Düsseldorf Stadtparlament einzuziehen.

Die Protestbewegung gegen den Lebensmittelwucher.

In Baden ist jetzt eine umfassendere Bewegung gegen den Lebensmittelwucher, wie gegen die reichspolitischen Zustände überhaupt, im Gange. Von der badischen Landesorganisation sind ca. 130 bis 140 Versammlungen arrangiert worden, die sich auf das ganze Land verteilen; dabei ist der große Mannheimer Kreis noch nicht einmal eingerechnet, der bei Gelegenheit des Parteitag eine große Zahl Versammlungen abhielt und auch jetzt selbständig an der Protestbewegung teilnimmt. Soweit Versammlungen bereits stattgefunden haben (wir haben schon über einige berichtet. Die Red.), wird allgemein sehr starker Besuch und guter Verlauf gemeldet. Es ist selbstverständlich, daß der Protest in städtischen Kreisen einen lebhaften Widerhall findet — haben doch auch in Baden die Oberbürgermeister vor kurzem eine ziemlich entschiedene Eingabe an die Regierung um Abhilfe der Fleischnot gerichtet — aber auch in rein ländlichen Kreisen verschlägt man sich der Einsicht nicht, daß es so nicht weiter gehen kann. Die agrarische Agitation, die in Baden wesentlich vom Zentrum mit allen Mitteln des gewissenlosesten Volksbetruges getrieben wurde, hat eine Zeitlang selbst die Kleinbauern fortzuziehen können. Jetzt kommt die Ernüchterung, diese kleinen Partisanenbauern, die weder Getreide noch im nennenswerten Umfange Vieh für den Markt produzieren, sehen ein, daß sie keinen Nutzen von der agrarischen Taxipolitik haben und sie hängen lebhaft zu, wenn unsere Redner ihnen auseinandersetzen, daß es ganz andere, wirtschaftliche und politische Mittel gibt, den wirklich notleidenden Kleinbauern zu helfen, als den Lebensmittelwucher, unter dem Millionen Industriearbeiter und sie selbst mitleiden. Die Erfolge der jetzigen Bewegung zeigen sich in der Gründung sozialdemokratischer Vereine, einem schönen Mitgliederzuwachs bei den bestehenden Vereinen und zahlreichen neuen Abonnenten auf unsere Parteiblätter. —

Ausland.

Oesterreich.

Brünn, 19. November. Landtagswahlen. Bei den gestrigen engeren Wahlen zum mährischen Landtag sind in neun tschechischen Wahlbezirken sechs Tschechen und drei Sozialdemokraten, darunter ein Tscheche in zwei Wahlbezirken, gewählt worden. In drei deutschen Wahlbezirken sind drei Deutsch-Portschrittliche gewählt worden. —

Frankreich.

Der Abschluß der kirchenpolitischen Debatte.

Paris, den 14. November. (Fig. Ber.) Die Regierung — oder genauer: Briand — hat gestern für ihre Kirchenpolitik ein Vertrauensvotum von einer ungenügenden Majorität erzwungen. Wenn wir es unlängst als das Wesen der gegenwärtigen bürgerlichen Politik bezeichnet haben, daß der kleinbürgerliche Radikalismus nicht mehr den Willen zur verantwortlichen Herrschaft hat und sie in die Hände einer demokratischen Diktatur niederlegte, so brachte die gestrige Abstimmung den schlagenden Beweis dafür. Die Bourgeoisparteiern segneten, was sie bisher und bis in die letzte Stunde verflucht hatten. Wäre das Ministerium ein Ausfluß der Mehrheitspartei, so hätte Briand seinen Plan, den Katholiken noch ein Jahr Frist zur Gründung von Kultusassoziationen mit Anspruch auf die Kirchengüter zu gewähren, fallen lassen müssen. Aber Briand blieb fest, und die Radikalen hatten nicht die Energie, ihre Meinung in der Abstimmung gegen das Ministerium zu betätigen. Damit soll nun keineswegs gesagt sein, daß das Resultat bedauerlich sei. Vielmehr repräsentiert Briand gegenüber dem radikalen Wurf, daß die politische Vernunft und in gewissem Sinne auch den sozialen Fortschritt. Sein Sachverständigen, der allerdings der Ergänzung durch einen großen historischen Blick bedürftig wäre, um ihn vor dem Wege zur persönlichen Erfolgspolitik zu bewahren, hält ihn von dem trivialen Pfaffenrespectum fern, das den verfaulenden Rest des Jakobinismus darstellt.

Daß das kirchenpolitische Problem im Sinne der Toleranz gelöst werden muß, wenn die Bahn für die soziale Reform frei werden soll, hat auch Jaurès in einer großen Rede ausgeführt. Unserem Genossen ist es jedenfalls zu danken, daß der Blick des Parlaments auf einen — vom Kultusminister bisher selbstamerweise verhäutet — Punkt gelenkt wurde, von dem möglicherweise eine friedliche Lösung des Konflikts mit der Kirche ausgehen wird. Der Erzbischof von Bordeaux hat nämlich eine Assoziation gegründet, die bei der Handhabung des Trennungsgesetzes von großer Bedeutung sein kann. Diese diözesane Assoziation ist nicht mit den Pfarr-Assoziationen im Sinne des Gesetzes von 1906 zu verwechseln, sie hat sich jedoch in ihren Statuten den entscheidenden Bestimmungen dieses Gesetzes angepaßt. Zwar hat auch sie die Aufgabe, wenn auch nicht direkt, für die Aufrechterhaltung des katholischen Kultus zu sorgen, aber sie kann in keinem Falle Anspruch auf die Kirchengüter erheben. Doch würde sie tatsächlich eine vom Minister anerkannte kirchliche Aufsichtsbehörde bei der Organisation der neuen Kultusassoziationen darstellen, um diese an der Verletzung kanonischer Grundsätze zu hindern. Briand hat gestern erklärt, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, daß eine solche diözesane Assoziation nur aus Geistlichen bestehe. Da der Papst als Haupteinwand gegen das Trennungsgesetz die Gefährdung der geistlichen Autorität in der Kirche geltend gemacht hat, fielen bei einer rechtsgültigen Wirksamkeit solcher vom Bischof geleiteter diözesanen Assoziationen ein wichtiges Argument der Merikalen gegen die Kultusassoziationen weg. So wäre eine Ausfaltung der Kirchengüter an diese von der Anerkennung durch die diözesanen Assoziationen abhängig, also vor allem die Beteiligung schismatischer Gründungen mit Gütern ausgeschlossen, die bisher zur Verfügung der katholischen Kirche gestanden haben.

Die sozialistische Partei hat sich auch bei der gestrigen Abstimmung gehalten. 18 ihrer Mitglieder stimmten für das Vertrauensvotum, 27 — darunter Allemane, Allard, Guesde, Sembat, Vaillant — dagegen; 7 enthielten sich, darunter Jaurès und Pressensé. Unter den Gegnern des Ver-

trauensvotums waren solche, die einer bürgerlichen Regierung prinzipiell das Vertrauen verweigern, während manche wohl ihre besondere antireligiöse Tendenz zum Ausdruck bringen wollten.

Ein neuer Antimilitaristenprozeß.

Paris, 17. November. (Fig. Ber.) Das Organ der Arbeitersolidarität, die „Voix du Peuple“, hat anlässlich des Eintreffens der Rekruten in diesem Jahre eine illustrierte Sondernummer herausgegeben, die einige Beiträge aus der im vorigen Jahre konfiszierter Nummer reproduzierte. Die noch unter dem Kriegsminister Etienne eingeleitete Strafuntersuchung hat zur Erhebung einer Anklage geführt, die vor den Geschworenen des Seine-Departements zur Verhandlung kommen wird. Angeklagt sind der verantwortliche Redakteur Brigneau und die Sozialisten Delesalle, Desplanques und Yvetot wegen Beleidigung der Armee und Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam. Der Zeichner Grandjean, der das Blatt illustriert hat, wird nur wegen Armbelbeleidigung angeklagt. Die Verteidigung haben die Anwälte Herzé und Lafont übernommen. —

Allerhand Sozialisten.

Die „Unabhängigen“ und ihre Unterarten. — Das Zerzett der Minister. — Ein renommierter Deserteur.

Paris, 17. November. (Fig. Ber.)

Gestern stellte sich Viviani den Senatoren vor. Seine Antiklerikale war die Antwort auf den Angriff des Generals Lamazelle, eines der gebildeteren Konservativen, der nicht ganz mit Unrecht auf den Widerspruch der marxistischen Geschichtsauffassung und der humanitär-demokratischen Betrachtungsweise Vivianis hinwies. Doch wollte er in Vivianis Ablehnung der Gewalt eine Preisbeurteilung finden. Am liebsten aber griff er die atheistische Erklärung Vivianis an. Die Antwort des Ministers war in diesem Punkte ein wenig verlegen, da Vivianis neuliche Erklärung, die Republik sei nicht antireligiös, sondern nur areligiös (religionslos), ihn recht deutlich desavouiert hatte. So mußte er sich mit der Gegenüberstellung der „göttlichen“ und der „menschlichen“ Religion und mit der Unterscheidung zwischen Religion und Merikatismus befassen. Im übrigen wiederholte er seine Kammerrede und schloß mit einem Appell an die alten Republikaner, die „Republik der Brüderlichkeit“ zu errichten.

Eine bemerkenswerte Episode ergab sich, als der Arbeitsminister sagte: „Ich bin Sozialist und der Ministerpräsident nicht. Was liegt daran?“ Clemenceau rief nämlich dazwischen: „Verzeihen Sie. Ich bilde mir ein, Sozialist zu sein!“ worauf der Redner sagte: „Ich nehme diesen Beitritt zur Kenntnis.“ — Bekanntlich hat sich Clemenceau schon unlängst den Leuten des Südens als „unabhängiger Sozialist“ präsentiert. Man wird also jetzt zwischen den eigentlichen „unabhängigen Sozialisten“ wie Briand, Geraud, Richard usw. und den uneigentlichen wie Clemenceau unterscheiden müssen. —

Die „Eigentlichen“ hielten gestern zu Ehren ihrer zwei Minister Briand und Viviani ein Bankett ab, bei dem auch Millerand das Wort ergriff und die beiden Gefeierten der Unterstützung der parlamentarischen Sozialisten versicherte. Da Millerand, wie jedermann weiß, zu dieser Regierungspartei trotz seiner formellen Zugehörigkeit nur sehr lose Beziehungen hat, mit den Reaktionsären aber sehr oft zusammenarbeitet und Herrn Clemenceau selbst nicht grün ist, so kann man sich vorstellen, welche Bedeutung die gestrige Bratenrednerlei hat.

Die Bourgeoisblätter haben eine sensationelle Nachricht aus der sozialistischen Partei empfangen: Der ehemalige Sekretär des „Parti Socialiste Français“, Orny, hat der geeinigten Partei den Rücken gekehrt und fordert seine alten Parteigenossen auf, ihm zu folgen und die aufgelöste Organisation wiederherzustellen. Der komische Witz des offenbar sehr selbstbewußten Mannes wird — ebenso wie der Eifer, den die bürgerliche Presse daran setzt, um ihn zu verbreiten — bei den Parteigenossen den verdienten Heiterkeitserfolg haben. —

Paris, 19. November. Die Inventarisierungen haben heute — wie angekündigt — in den verschiedenen Departements begonnen. Aus Riort sind 150 Mann des 7. Husarenregiments nach Dressfurt abgegangen, um dort die Inventarisierung vorzunehmen. In Perpignan sind die Truppen zusammengezogen, um eventuell bei zwei Inventarisierungen in demselben Bezirk und bei drei in dem Bezirk von Ardes mitzuwirken. In Villeneuve haben sich die Gläubigen in der Kirche eingeschlossen, nachdem sie alle Wertgegenstände entfernt haben. Man befürchtet hier ernste Unruhen. Mehrere Abteilungen Infanterie und Genietruppen sind aus Avignon abgegangen, um die Inventarisierungen in Corpentès und Orange vorzunehmen. Es heißt, daß der Kabinettschef Clemenceau beschloffen habe, die Inventarisierungen unbeeinträchtigt in allen Departements mit erstem Nachdruck vornehmen zu lassen und die kirchlichen Behörden von seinem Beschlusse informiert und andererseits die Gemeindebehörden aufgefordert habe, die notwendigen Maßregeln zur Durchführung des Gesetzes zu treffen. —

England.

London, 17. November. Der junge jüdische Pflanzling, der vor wenigen Wochen aus Warschau in Grimshy eingetroffen und auf Antrag der russischen Behörden verhaftet worden war, wurde jetzt nach einer Woche Haft außer Verfolgung gesetzt. Der Polizeirichter kam zu der Ueberzeugung, daß der Verhaftete nicht mit dem Bombenwerfer identisch sein kann. —

Schweden.

Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer fanden am Freitag in Stockholm im ersten und im vierten Wahlkreise statt. Im ersten Wahlkreise, der bisher liberal vertreten war, siegte der sozialdemokratische Kandidat Charles Lindley mit 1971 Stimmen über den Liberalen, Dr. Elmquist, der 1198 Stimmen erhielt. Seit den allgemeinen Wahlen im vorigen Jahre ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen hier um 666 gewachsen. Genosse Lindley war früher Seemann und hat — abgesehen von seiner Tätigkeit für die politische Bewegung — mit größtem Eifer für die Organisation der Seeleute und den Transportarbeiterverband gewirkt, dessen Vertrauensmann er ist. Am Wahltag wurde durch die Straßen am Hafen auf einem Wagen ein großes Boot gefahren, dessen Segel in riesigen Buchstaben die Aufforderung, für Lindley zu stimmen, aufwies. Dem Pferde vor dem Wagen hatten die Arbeiter den Namen „Klassenkampf“ gegeben.

Im vierten Wahlkreise siegte der konservative Kandidat Karl Hildebrand mit 1898 Stimmen über den Liberalen Fürst, der 1684, und den Sozialdemokraten Rastrom, der 998 Stimmen erhielt. — Es wäre den Liberalen möglich gewesen, diesen konservativen Wahlsieg zu verhindern und sich eins der beiden Mandate zu sichern. Da ihre beiden Kandidaten als ziemlich radikale und sozial gesinnte Männer bekannt sind, waren unsere Parteigenossen bereit, im vierten Wahlkreise auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten, aber die Liberalen lehnten ein solches Abbindnis ab. — Am selben Tage fand Ergänzungswahl in Växjö statt. Hier siegte, wie bei der Hauptwahl, der konservative Kandidat über den Liberalen. —

Gewerkchaftliches.

Der Belegschaftswechsel auf den Ruhrzechen.

Im zweiten Quartal 1908 war der Belegschaftswechsel ein recht starker gewesen; es gingen zu 86 910, es kehrten ab 86 594 Personen; der Gesamtwechsel betrug mithin 73 504. Da kamen die Bedenker her und verhängten die Sperre. Das Wort hat keinen guten Klang und ist verpönt in der Öffentlichkeit, darum haben die Herren für ihre Maßregel nunmehr die Bezeichnung „Freiwilliger Belegschaftswechsel“ erfinden. Allerdings ist auch in der Sache ein Unterschied vorhanden. Zur Zeit der eigentlichen Sperre konnte der abgehende Bergmann auf keiner anderen Zeche mehr in Arbeit treten, es war geächtet und mußte seinen

Veruf aufgeben. Bei der „freundnachbarlichen Abmachung“ handelt es sich auch um eine Sperre, aber um ein anderes System. Der abkehrende Bergmann wird noch zur Bergarbeit zugelassen, aber nicht auf den Felsen in einem gewissen Umkreise seiner bisherigen Arbeitsstelle. Durch die „freundnachbarliche Abmachung“ soll der Bergmann gezwungen werden, mit der Arbeitsstelle auch seinen Wohnort zu wechseln. Will der Bergmann abkehren, dann sollen ihm auch jedesmal die Kosten des Umzuges entfallen. Diese Kosten des Umzuges sollen die Strafe sein für das Verbrechen, daß der Bergmann es wagt, seine Arbeitsstelle zu wechseln. Und durch diese Strafe soll nicht nur der Bergmann, sondern auch seine Familie empfindlich getroffen werden.

Die Felsenbesitzer suchen ihre Maßregel der Dessenlichkeit gegenüber zu rechtfertigen; sie führen an, die „freundnachbarliche Abmachung“ sei geboten, um eine ständige und gesunde Belegschaft zu erhalten; der starke Wechsel erhöhe die Unfallgefahr und beeinträchtige die Leistung des Bergmanns. Das ist alles ganz richtig. Wir haben immer die Nachteile des starken Belegschaftswechsels hervorgehoben; wir haben es immer verurteilt, wenn Felsenbesitzer das beschwerdeführende Vergleite mit der brutalen Redensart abfertigten: „Wenn es Euch nicht paßt, könnt Ihr ja gehen!“ Es stimmt vollständig, daß durch den starken Belegschaftswechsel die Unfallgefahr steigt; der abgehende Bergmann ist eben mit den Eigentümlichkeiten der Gebirgsverhältnisse seiner neuen Arbeitsstelle nicht vertraut. In der Tagespresse des Industriebezirks kann man sehr oft lesen: „Der Bergmann R. A. ist durch Steinfall aus dem Hängen und zu Tode gekommen. Der Bergwerksbesitzer war erst seit dem 1. dieses Monats auf der Besche in Arbeit getreten.“ Und bei der Kohlenbergung gilt es auch jedesmal neues zu lernen, und so dauert es immer eine gewisse Zeit, ehe man von dem neuangelegten Bergmann volle Leistung beanspruchen kann. Die Vorteile einer ständigen Belegschaft werden von uns also keineswegs verkannt, nicht bloß der Unternehmer, auch der Arbeiter profitiert dabei. Es wäre auch gar nicht so schwer, eine ständige Belegschaft zu schaffen, es liegt nur an dem guten Willen der Unternehmer. Sollten sie nur ein wenig ihren Herrenstandpunkt außer acht lassen, würden sie die berechtigten Forderungen der Vergleite anerkennen, die Mißstände beseitigen und für eine menschenwürdige Behandlung der Vergleite Sorge tragen, dann hätten sie eine ständige Belegschaft. Das gibt's aber nicht, einen solch vernünftigen Standpunkt darf man von unseren Grubenprogen nicht erwarten. Sie sinnen auf andere Mittel und treffen „freundnachbarliche Abmachungen“. Sie schränken die Freizügigkeit ein und strafen den Wechsel der Arbeitsstelle mit einem kostspieligen Umzug, zu dem der abkehrende Bergmann gezwungen ist, wenn er in seinem Verufe weiterhin Beschäftigung haben will.

Kann aber weiter. Es entsteht nun die Frage, war die „freundnachbarliche Abmachung“ der Felsenbesitzer ein taugliches Mittel, den starken Belegschaftswechsel einzukümmern? Die loben vom Allgemeinen Knappheitsverein zu Bochum herausgegebene „Nachweisung über den Belegschaftswechsel im 3. Quartal 1906“ gibt die Antwort. Sie ist eine deutliche Antwort, eine vernichtende Antwort für die Unternehmer. Der Belegschaftswechsel hat nicht abgenommen, er ist nicht mal auf der Höhe des 2. Quartals stehen geblieben, sondern ist noch ganz erheblich stärker geworden! Und zwar hat er sich wie folgt vollzogen:

	Zugang	Abgang
im Juli	12 888	12 273
• August	11 579	11 872
• September	15 437	13 624
Summa	41 884	37 789

Es ist also im dritten Quartal ein Gesamtschäftswechsel von 79 673 zu verzeichnen. Er hat einen Umfang angenommen, den man im übrigen Deutschland sich nur schwer vorstellen können. Es sei vorweg bemerkt, daß der größere Zugang eine Vermehrung der Gesamtschäftsbelegschaft von rund 4000 Personen bedeutet. Im zweiten Quartal war eine nennenswerte Vermehrung der Belegschaft nicht zu verzeichnen, im Monat Mai war der Abgang sogar größer gewesen als der Zugang.

Was soll man nun dazu sagen, daß trotz der „freundnachbarlichen Abmachungen“ der Belegschaftswechsel noch immer größer geworden ist? Zunächst: Schon zu ruhigen Zeiten wechselt der Bergmann niemals zum Vergnügen die Arbeitsstelle, stets nur Notgedrungen. Und immer war der Wechsel der Arbeitsstelle noch besonderen Erschwernissen, sehr oft mit kostspieligem Wohnungswechsel verknüpft. Da ist gerade durch den starken Belegschaftswechsel der Beweis erbracht, daß die Vergleite bis auf Blut geschunden, bis zum Erzech ausgedehnt werden und daß die Mißstände zum Himmel schreien müssen. Die Nachweisung des Allgemeinen Knappheitsvereins über den Belegschaftswechsel im dritten Quartal ist neues Anklagematerial gegen die Grubenprogen. Die Zahlen reden hier eine deutliche Sprache, sie legen Zeugnis ab für die Berechtigung der Unzufriedenheit der Bergarbeiter.

Es ist nun nicht uninteressant, daß in der „Nachweisung“ diejenigen Felsen den größten Belegschaftswechsel verzeichnen haben, die sonst mit ihren Mißständen die Spalten der Arbeiterpresse des Ruhrreviers füllen. Die Mißstände werden zwar regelmäßig bestritten, die Arbeiterpresse wird unter Mißbrauch des berühmten § 11 des Preßgesetzes mit „Verichtigungen“ förmlich bombardiert, aber das verschlägt nichts. Es wird eben laut Beschluß der Felsenbesitzer alles bestritten und alles „berichtigt“, das heißt die Dessenlichkeit längt. Die Mißstände sind doch vorhanden, sie sind greulicher denn je, dafür zeugt der ungeheure Belegschaftswechsel, den die „freundnachbarlichen Abmachungen“ nicht einzukümmern vermochten.

Einige größere Felsen mit starkem Belegschaftswechsel seien hier mit ihrem Zugang und Abgang namentlich angeführt: „Adolf von Hanielmann“ 489; 202; „Wachtstraße“ 342; 339; „Concordia“ 1417; 921; „Konstantin“ 717; 777; „Konstantin der Große“ 603; 839; „Dahlbusch“ 339; 300; „Dannenbaum“ 886; 562; „Deutscher Kaiser“ (Abfassen) 2386; 1785; „Dorfstraße“ 613; 819; „Ewald“ 521; 540; „Friedrich der Große“ 466; 319; „Flabbe“ (Häusliche Gruben) 614; 550; „Graf Bismarck“ 366; 354; „Graf Rolke“ 847; 579; „Gammibal“ 405; 411; „Hannover“ 447; 340; „Holland“ 522; 509; „Dugo“ 580; 479; „Kaiserstuhl“ 811; 692; „König Ludwig“ 567; 634; „Königsborn“ 377; 425; „König Wilhelm“ 552; 476; „Mathias Stinnes“ 645; 368; „Neue Victoria“ 306; 364; „Monte Genis“ 368; 373; „Reinhold“ 1056; 815; „Oberhausen“ 1781; 1508; „Pluto“ 585; 564; „Präsident“ 483; 400; „Preußen“ 357; 362; „Prosper“ 925; 525; „Redinghausen“ 481; 580; „Rheinleibe“ 470; 508; „Scharnhorst“ 321; 284; „Schlagel und Eien“ 395; 521; „Samarod“ 686; 684; „Viktor“ 284; 423; „Westerde“ 540; 487; „Zollverein“ 542; 630.

Diese Auslese einer Anzahl Felsen aus allen Bezirken des Ruhrreviers wird genügen, um den Lesern das Bild der gefährlichen Zustände zu vervollständigen. Bemerkenswert ist aber, daß wir der Stärke halber die verschiedenen Schächte der Felsen nicht einzeln, sondern auf den gemeinsamen Felsenamen geführt haben.

Dieser Belegschaftswechsel bedeutet unter den bewandten Umständen im wahren Sinne des Wortes eine Völkerverwanderung. Und wenn der Leser sich nun vergegenwärtigt, daß in der übrigen Industrie des Ruhrreviers ein ähnlicher Wechsel und Wandel herrscht, daß außerdem täglich Tausende aus allen Gegenden und Ländern der Erde zuziehen, um sich den Grubenunternehmen als willige Ausbeutungsobjekte anzuliefern, dann wird er begreifen, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sich eine Völkerverwanderung vollzieht, wie sie in solchem Umfange wohl kaum jemals zuvor erlebt worden ist.

Das erklärt auch die außerordentliche Schwierigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Aufführungsarbeit und der Organisation der

Massen im dortigen Gebiet. Mit unfähiger Mühe und unter den schwersten Kämpfen muß dort aufgebaut werden. Trotzdem geht es auch dort vorwärts und es fehlt auch nicht an Erfolgen. Und sicherlich kommt auch für das Ruhrrevier der Tag, wo das hochmütige Unternehmertum gebeugt wird, wo das Kapital durch die Macht des Proletariats bezwungen am Boden liegen wird. Dann wird sich die Arbeiterklasse ihre Menschenrechte selbst nehmen und selbst den Frieden diktieren.

Berlin und Umgegend. Achtung! Klempner!

Am Donnerstag, den 22. November, finden im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse der Klempner statt. Es ist Pflicht jedes organisierten Kollegen, welcher Mitglied der Kasse ist, daß er an der Wahl teilnimmt.

Zur Legitimation müssen die Mitglieder sich von ihrem Arbeitgeber das Krankentafelbuch geben lassen, ohne dasselbe kann niemand wählen. Die Agitationskommission. J. A.: R. Weipel.

Zur Aussperrung in der mechanischen Schuhindustrie ist schon vorige Woche berichtet worden, daß verschiedene Schuhfabrikanten bei Wiederaufnahme der Arbeit die Zeit gewonnen glaubten, ihnen mißliebige Personen aus den Betrieben zu entfernen, ohne darauf zu achten, daß der Fabrikantenverband die Bedingung, Maßregelungen nicht vorzunehmen, stillschweigend akzeptiert hatte. Auf eine Besprechung des Verbandes der Schuhmacher beim Fabrikantenverbande erwiderte der Vorsitzende, daß er die Angelegenheit der Generalversammlung seines Verbandes vorlegen werde, und wünschte, daß die Sache bis dahin ruhen gelassen werde. Dem letzteren Wunsch konnte seitens der Gehülften nicht entsprochen werden, da einzelne Firmen in ihrer Maßregelungswut sehr weit gegangen waren, auch war nicht angegeben, wann diese Generalversammlung zusammenzutreten werde und keinerlei Gewehr geboten, ob den berechtigten Beschwerden der Arbeiter Gehör geschenkt werde. Die verhängten Sperren haben wenigstens das gezeitigt, daß die Firma Binner zunächst große Annoncen in der „Volkszeitung“ los ließ, und dadurch dokumentierte, daß sie wohl Arbeiter gebrauchte, und nur Willkür sie veranlaßte, 31 ihrer Leute auf den Index zu setzen, sie aber auch veranlaßte, Verhandlungen anzubahnen. Ergaben diese Verhandlungen auch kein zufriedenstellendes Resultat, so wurde doch eine Einigung erzielt, und wurde die Arbeit Montag in dieser Fabrik aufgenommen. Auch bei der Firma Kuche wurden weitere Einstellungen vorgenommen. Infolgedessen wird die Sperre über sämtliche Firmen, mit Ausnahme der Firma Schlieve, Brunnenstr. 24, aufgehoben. Letztere Firma will ihren Betrieb erst im Januar wieder eröffnen, ein Verfahren, das dem Grundgesetz, Maßregelungen nicht vorzunehmen, vollständig ins Gesicht schlägt. Die Sperre über den Arbeitsnachweis des Fabrikantenverbandes wird gleichfalls aufgehoben, um diesem Verbandsangelegenheit zu geben, seinerseits zu dem Wortbruch seiner Mitglieder Stellung zu nehmen. Ein weiterer Konflikt ist bei der Firma Pfarrer, Adersstr. 14, ausgebrochen. Die vier Arbeitswilligen genießen die größte Freiheit im Fabrikssaal, während dreißig eheliche Arbeiter den Mund zu halten haben. Da Verstärkungen vorliegen, daß bei den Anweisungen von jener Seite schließlich auch den Aussperrten die Schuld ausgehen könne, legten dieselben die Arbeit wieder nieder, denn eine Reklamation bei dem Arbeitgeber selbst hatte keinen Erfolg. Wir ersuchen, die Firmen Schlieve und Pfarrer nach wie vor zu meiden. Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Die Pianofabrik von Bell u. Co., die sich seit nicht weniger als 14 Wochen im Kampfe mit ihren Arbeitern befindet, firmiert jetzt plötzlich Neugebauer Nachfolger. Es wird notwendig sein, daß sich die Klavierarbeiter dadurch nicht täuschen lassen. Zugang von der Firma Bell u. Co. alias Neugebauer Nachfolger ist fernzuzuhalten.

Deutsches Reich.

Achtung! Fabrikarbeiter!

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Gummitanni-Kompagnie Limmer-Hannover und der Wächstuchfabrik von Senke, Birkhorst bei Hannover, befinden sich wegen Lohnabzügen resp. wegen Forderung einer Lohnerrhöhung im Streit. Kollegen allerorts! Sorget für Fernhaltung des Zuguges, das ist die beste Unterstützung in diesem Kampfe.

Fabrikarbeiterverband, Zahlstelle Hannover und Umg.

Die badischen Eisenbahner

Stehen wieder vor einer neuen Lohnordnung, nachdem der vom Arbeiterausschuß eingeführte Tarif bei den Verhandlungen der zweiten Kammer als ungerichtet dargestellt worden ist. Gemäß dem Beschlusse des Landtages findet nun in dieser Woche eine Sitzung der Vertreter der Regierung und der Arbeiterschaft statt. Nach dem von der Eisenbahndirektion vorgelegten Preispostell sollen die Akkordlöhne beseitigt und soll ein Lohnsystem mit bestimmten Anfangslöhnen und einem nach 15 Jahren zu erreichenden Höchstlohn eingerichtet werden. Das Lohndienstalter beginnt mit dem zwanzigsten Lebensjahre der Handwerker, der Anfangslohn ist nach drei verschiedenen Ortssklassen auf 4,50, 4,80, 4,10 M., mit Zulagen bis 7 resp. 6,80, 6,60 M. vorgesehen. Die nichtgewerblichen Arbeiter, deren Lohndienstalter auf 18 Jahre festgesetzt ist, sollen Anfangslöhne von 2,50, 3,30, 3,10 M. erhalten, mit Maximalzulagen bis 5,—, 4,50, 4,60 M. Für die Veratungen sind vier Tage vorgesehen.

Buchdruckerbewegung.

In einer am Sonntag zu Hattingen abgehaltenen Bezirksversammlung nahm der Bezirk Bochum des Verbandes der Deutschen Buchdrucker abermals Stellung zum neuen Buchdruckerarif und dem Organisationsvertrag. Redakteur Schorer-Essen hatte das Defekt übernommen. Mit dem materiellen Teile des Tarifes, sagte Redner, können wir schließlich noch zufrieden sein, wenn auch die Erhöhung keine solche ist, wie sie den gesteigerten Lebensverhältnissen entspricht. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß die Gehältsvertreter von der Gewerkschaftskonferenz den Auftrag hatten, bis zu 10 Prozent Lohnerrhöhung herunterzugehen, um einen Kampf zu vermeiden. Auch auf die Verkürzung der Arbeitszeit sollte aus demselben Grunde verzichtet werden. Auf den Organisationsvertrag übergehend, den der Redner gründlich gerispierte, meinte er: Niemand ist in der 40jährigen Geschichte des Buchdruckerverbandes so von oben herunter behandelt worden, wie hier. Deshalb müssen wir in dieser Hinsicht den Essener Protest aufrecht halten. Die Aufnahme des Passus, daß auch andere Organisationen an dem Tarifadkommen partizipieren können, ist eine Sache der Zentrumsdruckerbeisitzer, geschaffen, um die christliche Buchdruckerorganisation zur Geltung zu verhelfen. Auf der rheinisch-westfälischen Prinzipalversammlung ist das ziemlich unüberhört ausgesprochen worden. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, den Organisationsvertrag außer Kraft zu setzen, aber, wenn das nicht möglich, dem Zentralverband verbieten, nochmals einen derartigen Vertrag abzuschließen. Was den Juristen anbetrifft, so müssen wir diese Einrichtung äußerst pessimistisch ansehen. Schon die Tatsache, daß der Jurist, Rechtsanwalt Lämmerlein, ein ausgesprochener Freund des Herrn Büzenstein ist, gibt uns dazu Veranlassung. Auch die Pastpflicht gibt zu vielen Bedenken Anlaß. Stürmische Entrüstung entstand, als der Redner sagte: Es sind noch mündliche Vereinbarungen getroffen, von denen wir nichts erfahren!!! Auf eine Anfrage des bekannten Scharfmachers Reismann-Grone (Rheinisch-Westfälische Zeitung) hat Büzenstein erklärt, ein Prinzipal kann aus der Prinzipals-Organisation austreten, ohne Tarifbruch zu begehen. Die Diskussion war äußerst lebhaft. Rich. Bochum protestierte gegen die unqualifizierten Angriffe gegen die opponierenden Kollegen durch den Zentralverband und „Korrespondent“.

Er wandte sich scharf dagegen, daß man einem so alten, verdienstlichen Veteranen wie Schorer von Berlin aus vorwerfe: Er sei in seiner Weisheitserschaffung um 50 Prozent gesunken. Ferner machte er politische Bedenken gegen den Vertrag geltend und plädierte für abermalige Ablehnung des Tarifes samt Vertrag. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich Kehler, Steinberg und Meyer-Bochum. Schließlich wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die den materiellen Teil des Tarifes annimmt, den ideellen aber entschieden ablehnt und die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung forderte.

Das Kreisamt des die Provinzen Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen umfassenden Kreises IXa der Deutschen Buchdrucker-Tarifgemeinschaft besaßte sich in einer am Sonntag in Weeslau abgehaltenen Sitzung mit der Festsetzung von Lokalausschlägen auf den neuen Buchdruckerarif. Es wurde beschlossen, die Zuschläge: für Posen auf 8½, für Bromberg auf 8½, für Katowitz auf 7½ Prozent zu erhöhen und für Joppat, Litzitz und Wrieg einen Lokalausschlag von 5, für Bologau und Graudenz einen solchen von 2½ Prozent neu einzuführen.

Die Bergarbeiterbewegung.

Am Sonntag tagte in Lugau die Landeskonferenz der sächsischen Bergarbeiter, soweit dieselben dem deutschen Bergarbeiterverbande angehören. Es wurde eine Resolution angenommen, nach der die Versammlung sich mit den von den vereinigten Organisationsvorständen am 9. November 1906 in Essen gefassten Beschlüssen einverstanden erklärt. In der Resolution heißt es weiter:

Die Konferenz beschließt, an den gestellten Forderungen festzuhalten, überläßt aber die Entscheidung der am 21. November stattfindenden Konferenz der größeren Reviere. Im übrigen verspricht sie, in allen Fragen der Lohnbewegung ihr weiteres Verhalten nur nach den anderen größeren Revieren einzurichten. Die Konferenz spricht ihre schärfste Entrüstung über die ablehnende Haltung der Verbesitzer gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter sowie über die Nichtanerkennung der Bergarbeiterverbände aus. Die Konferenz steht auf dem Standpunkte, daß es den Grubenbesitzern bei einigermaßen gutem Willen wohl möglich gewesen wäre, sich mit den Vertretern der Arbeiter in Verbindung zu setzen und den notwendigen Frieden herbeizuführen.

Eine zweite Resolution wendet sich scharf gegen den eben veröffentlichten Entwurf des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Sie lautet wie folgt:

„Die heutige Landeskonferenz der Bergarbeiter Sachsens protestiert entschieden gegen die der Arbeiterschaft hohnsprechenden Bestimmungen des Gesetzentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Die Konferenz beurteilt einmütig, daß die Regierung versucht, Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen, die dem Spiegel- und Demuziantentum Tür und Tor öffnet, andererseits aber auch das bisherige Koalitionsrecht der Arbeiter, insbesondere aber der Bergarbeiter, zugrunde richtet. Die Anwesenden ersuchen deshalb die Vorstände der Bergarbeiterverbände Deutschlands, sofort Schritte einzusetzen, daß ein solches gegen die Arbeiterklasse, insbesondere aber gegen die Bergarbeiter gerichtetes Ausnahmengesetz niemals Annahme findet.“

Die Tabakarbeiter der Karlsruher Firma Haush erhielten nach Verhandlungen, welche der Gauleiter Heising-Strahburg führte, eine Verbesserung ihrer Akkord- und Stundenlöhne vom 17. November an. Die Firma anerkannte die Berechtigung der Forderungen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine passende Dekoration.

Berlin, 19. November. (B. Z. B.) gibt eine lange Liste der anlässlich des Dänenbesuchs mit einem Orden Dekorierten bekannt. Die ganze Liste wollen wir unseren Lesern ersparen. Interessant ist jedoch die Verleihung des dänischen Elefantensordens an den Reichszentraler Fürsten Bülow. Nach seinem Auspruch muß ein Diplomat mit einer Rhinogeroshaut gepanzert sein. Da Dänemark nur einen Orden aus der Klasse der Dickhäuter zu vergeben hat, so muß Bülow sich schon damit bescheiden.

Eine rührende Geschichte.

Hamburg, 19. November. (B. Z. B.) Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ berichtet: In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde der Dampfer „Berolina“, der mit vier Rähnen der Berliner Lloyd-Aktiengesellschaft bei Biehe vor Anker lag, von einer Anzahl Männer überfallen. Die Angreifer begaben sich mit Handfähen an Bord der genannten Fahrzeuge, schnitten die Schlepptrossen ab, gerhaden sie mit Weilen, warfen dann einen Teil der aus Stützgehältern bestehenden Rahnladungen ins Wasser und bedrohten die Besatzung mit Tätlichkeiten. In dem eingangs angeführten Matte heißt es weiter: Es handelt sich bei dem Ausstand um die Absicht, die Schiffahrtsgeellschaften ganz und gar unter die Botmäßigkeit des sozialdemokratischen Oasenarbeiterverbandes zu bringen und darum wird der Ausstand mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt. Angesichts dessen wird es den von dem Ausstand betroffenen Gesellschaften auf die Dauer unmöglich sein, auch den beschränkten Betrieb in Zukunft aufrecht zu erhalten, da sie nicht instand sind, für die Ablieferung der ihnen übergebenen Ladungen eine Garantie zu übernehmen. Es dürfte demgemäß den Gesellschaften kaum noch etwas anderes übrig bleiben, als nunmehr zum Überleben, ihnen noch zur Verfügung stehenden Mittel zu greifen und eine Totalausperrung eintreten zu lassen. (Da die „Arbeiterzeitung“ sich fast in allen die Arbeiterbewegung betreffenden Dingen als Brutankstalt für Entenfälle erwiesen hat, ist obiges Schauermärchen nur als das zu bewerten, was es ist, als Scharfmacherschwanzel, in die Welt gesetzt, um zu beweisen, wie nötig eine Aussperrung sei. D. R.)

Für das Frauenstimmrecht.

London, 19. November. (B. Z. B.) Eine Anzahl von Frauenstimmrechtlerinnen drang heute nachmittag in den Hof des Parlamentsgebäudes; die Polizei trieb sie auseinander und verhaftete eine Frau. Die Schwester des Generals French zu verhaften, die bei dem Austritt eine führende Rolle spielte, lehnte die Polizei trotz der an sie ergangenen Aufforderung hierzu ab.

Wie Ordnung geschaffen wird.

Barcelona, 19. November. (B. Z. B.) Zwischen Merikalen und Republikanern fanden heute hier Schlägereien statt. Die Zivilgarde machte, als sie zur Herstellung der Ordnung einsetzte, von der Schußwaffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden verwundet, zahlreiche verhaftet.

Ministerkrise.

Gettinje, 19. November. (Weldung des Wiener T. L. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Das Ministerium hat demissioniert; der Fürst hat das Demissionsgesuch angenommen.

Attentat und Selbstmord.

Grodno, 19. November. (B. Z. B.) Der Leutnant Iwanoff eines hier in Garnison stehenden Bataillons verunwet durch zwei Revolverkugeln seinen Bataillonschef Tursoff gefährlich in der Brust und tötete sich dann selbst.

Reichstag.

121. Sitzung, Montag, den 19. November, nachmittags 3 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: Graf v. Posadowsky, v. Stengel. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die beiden Interpellationen über die gegenwärtige Fleischsteuer.

Graf v. Posadowsky: Der Herr Reichskanzler ist bereit, beide Interpellationen zu beantworten. Er hofft, daß die Beantwortung beider Interpellationen im Laufe der nächsten vierzehn Tage wird erfolgen können.

Auf der Tagesordnung steht ferner die Interpellation Speck betr. die Verwendung der als „Futtergerste“ bezahlten Gerste als „Futtergerste“.

Reichskanzler v. Stengel: Der Reichskanzler ist bereit, die Interpellation zu beantworten. Der Inhalt der Interpellation hat zwischen den Beteiligten Verhandlungen zu einigen weiteren Erörterungen. Diese Erörterungen und Erhebungen sind gegenwärtig noch nicht zum Abschluß gediehen. Sobald dies der Fall ist, wird der Herr Reichskanzler die Ehre haben, dem Herrn Präsidenten Mitteilung zu machen, an welchem Tage er bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes, wonach die Höchstkontingente der Alkoholenen für neu entstehende oder sich vergrößernde Brennereien beschränkt werden, und zwar für landwirtschaftliche Brennereien von 80 000 Liter auf 50 000 Liter.

Abg. v. Brodhagen (L.): Meine Freunde werden für das Gesetz stimmen, weil dadurch eine Unbilligkeit des Branntweinsteuergesetzes beseitigt wird, durch welche die neuen Brennereien vor den bestehenden bevorzugt wurden. Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig. (Stuf links: Hurra!)

Abg. Speck (Z.): Auch meine Freunde haben keine Bedenken gegen das Gesetz. Dagegen halten wir es für angebracht, bei dieser Gelegenheit wieder die alte Forderung der Aufhebung der Rückvergütung der Maisbottichsteuer zu erheben.

Reichskanzler v. Stengel: Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Warnungssignal für in nächster Zeit neu zu errichtende Brennereien, damit sie nicht auf eine Lücke in dem bestehenden Gesetz bauen. Ich kann erklären, daß an der Absicht festgehalten wird, wovon ich in diesem Jahre den angelegten Gesetzentwurf wegen Kenderung der Maisbottichsteuer an den Reichstag zu bringen.

Abg. Baasche (natl.): Falls der Abg. Speck im Namen seiner Fraktion gesprochen hätte, würden wir dem Antrage auf Kommissionsberatung nicht widerstehen. Inzwischen wäre die Erörterung der von ihm angeregten Fragen bei Gelegenheit dieses Gesetzentwurfes doch mehr akademischer Art, während sie bei dem angelegten Gesetzentwurf praktische Bedeutung haben.

Abg. Wurm (Soz.):

Wir sind für die Kommissionsberatung des Gesetzentwurfes. Der Gesetzentwurf ist nur eingebracht, um es überhaupt zu ermöglichen, den tatsächlichen Zustand, der sich durch unsere Branntwein-gesetzgebung herausgebildet hat, noch eine Zeitlang aufrechtzuerhalten; es soll durch den Entwurf namentlich demantelt werden, daß das heutige Gesetz der Spiritusbesteuerung haltbar gemacht werden soll auf längere Zeit hinaus, damit es noch so weiter gehen kann wie bisher, daß jährlich 45 Millionen Mark aus den Taschen der Bevölkerung in die Taschen der großen Branntweimbrenner wandert. Das Kontingentensystem ist ein sehr fein ausgelegtes und verwickeltes System, und wenn da eine Waise reißt, so ist die Möglichkeit vorhanden, daß das Ganze nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Es ist ja nur zu dem Zweck gemacht worden, daß nur keine Ueberschneidung entstehe, die den Preis herabdrücken könnte. Der Staat gibt als fürsorglicher Vater eben an, wie viel zu produzieren er für notwendig hält. Das ganze System hat den Zweck, daß den Kontingentbrennern für 50 M. Steuern, die sie zahlen, 70 M. herausgezahlt werden! Seit Jahren ist uns das immer bestritten worden, daß diese 20 M. in die Taschen der Branntweimbrenner fließen. Vor kurzem wurde uns noch hier vorgelesen, daß wenn ein Branntweimbrenner 100 Hektoliter Kontingentspiritus brennt und 100 Liter nicht kontingentierten, daß dann seine Rückvergütung im Durchschnitt ja nur 10 M. beträgt. Aber erstens beträgt der kontingentierte Spiritus 72 Prozent des gesamten Exports, der nichtkontingentierter nur 28 Prozent, und zweitens könnte man ja mit demselben Recht, mit welchem man den nichtkontingentierten Spiritus hier hineinrechnen will, auch die sonstigen landwirtschaftlichen Unkosten — die für Schweinezucht, Ochsenzucht usw. — in dieselbe Rechnung mit hineinnehmen. Nein, meine Herren, soviel man sich auch Mühe gibt, der Bevölkerung zu verschleiern, daß dieses Kontingentensystem zum Schaden der großen Massen in raffiniertester Weise ausgelegt ist, so sehr bleibt es doch wahr, daß es den Brennern große Vorteile auf Kosten der Bevölkerung gewährt.

Neben der Viehesgabe von 45 Millionen jährlich haben wir noch die Maisbottichsteuerrückvergütung. Seit länger als 10 Jahren weise ich auf diese Prämie hin; damals betrug sie 3-4 M., jetzt 7-8 M., 17 1/2 Millionen Mark jährlich fließen durch diese Prämie aus der Reichskasse an die Branntweimbrenner zurück. Wer zahlt die Brennsteuer? Der Brenner legt sie doch nur aus; gezahlt wird sie von demjenigen, der den Spiritus braucht. Auch hierin liegt wieder eine Relativität der Kräfte. Denn die großen Massen des durch schlechte Löhne verblenden Volkes sind es, die den Spiritus brauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist denn der Verbrauch der Kartoffeln für die Spiritusproduktion ein so bedauerlicher, daß von der Kartoffelbrennerei das Gedeihen der Landwirtschaft abhängt? Im Jahre 1904, als eine Missernte in Kartoffeln war, sind 30 Millionen Tonnen Kartoffeln produziert worden. Davon sind für die Spiritusbrennerei verbraucht worden 2 1/2 Millionen Tonnen, nur 8 Prozent. Und da will man dem Volke einreden, daß von dem Gedeihen der Spiritusproduktion, von ihrer Aufrechterhaltung durch Steuergaben die ganze Landwirtschaft abhängig sei. Dazu kommt weiter: Ist es denn wahr, daß die Verwendung der Kartoffeln für Spirituszwecke heute noch so rationell ist, wie man in manchen landwirtschaftlichen Kreisen denkt? Ach nein, es ist nur das interessierte Kapital, das die Brenner zwingt, noch weiter Kartoffeln zu brennen. In Wirklichkeit wäre es viel rationeller, die Kartoffeln durch die gegenwärtig sehr vervollkommenen Trockenapparate zu trocknen. Wenn man auf diesem Gebiete Preise ausgesetzt hätte — wie z. B. für Pferdemehl —, dann würden wir sicher bereits so vollkommene Trockenapparate erhalten haben, daß die so getrockneten Kartoffeln als, wenn auch minderwertiges, Nahrungsmittel verwendet werden könnten.

Wir werden gegen die Vorlage stimmen, weil wir gegen jede Kontingentierung sind. Es könnte als ein Widerspruch erscheinen, daß wir durch unsere Ablehnung der Vorlage darüber erreichen, daß für die neuen Brennereien sogar noch ein höheres Kontingent, als es die Vorlage will, gilt. Dieser Widerspruch löst sich aber dahin auf, daß wir die Kräfte, die in dieser schlechten Spiritusgesetzgebung liegen, entzweien wollen. Sie, die erklären, daß das Branntwein-gesetz mit seinem hohen Kontingent notwendig sei, um die Landwirtschaft zu erhalten, Sie sagen hier: „Beati possidentos!“ („Glücklich die Besitzenden!“) Wir wollen nicht, daß die neuen Brennereien auch von diesem Nutzen Vorteil haben. Das mögen die Herren Agrarier unter sich anmachen. Wir haben nur bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß dieses Gesetz wieder beweist, wie richtig unsere Wortworte und Anklagen gegen das Branntwein-gesetz gewesen sind. Auch die Spirituszentrale hat sich vergeblich

bemüht, den Verbrauch von denaturiertem Spiritus zu heben. Wenn man Spiritus zu technischen Zwecken produzieren will, kann man ihn eben nicht aus Kartoffeln produzieren, weil die Kartoffel dazu zu teuer ist; billiger technischen Spiritus kann man nur aus Melasse gewinnen. Um den Inlandspreis für Spiritus zu halten, ist die Spirituszentrale soweit gegangen, Spiritus nach dem Auslande zu Exportpreisen zu exportieren. Es kam soweit, daß die Kölner Bau- und Cologner-Fabrik ihren Absatz nach Indien verlor, weil aus einmal von England aus die Ware billiger geliefert wurde. Eine ganze Anzahl inländischer Industrien, vor allem die Zelluloseindustrie, leidet darunter, daß der denaturierte Spiritus zu teuer ist. Verbieht doch die Spirituszentrale, die wieder noch ein Kontingent im Kontingent bildet, ihren Mitgliedern, soviel Spiritus zu brennen, wie gesetzlich erlaubt ist, damit ein möglichst hoher Preis erzielt wird. Das alles geschieht auf Kosten der Branntweinfabrik, auf Kosten der Industrie. Wenn es nicht anders geht, wird die Industrie zum Benzin ihre Lust nehmen müssen, das vom Auslande bezogen werden muß. Des klammert alles die Herren, die sonst vom Schutze der nationalen Arbeit reden, nicht; sie stehen auf dem Standpunkte: „Nach uns die Sintflut!“ wenn sie nur ihren Vorteil haben. (Sehr wahr! b. d. Soziald.) Wir dagegen wünschen dringend, daß die Spiritusgesetzgebung von Grund aus geändert, nicht aber daß irgend ein kleiner Flicken aufgesetzt wird, etwa bei der Maisbottichsteuer. Wir wollen auch die Steuern retten, aber nicht für die Herren Branntweimbrenner, sondern indem wir sie in die Taschen des Volkes zurückbringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Majorität, welche die Branntweinsteuern und den Vollwucher bewilligt hat, stimmt alles wieder, was von unserer Seite zugunsten der Bevölkerung beantragt wird. Soweit wir Einfluss haben, werden wir dafür sorgen, daß dieses Gesetz nicht zustande kommt, daß vielmehr eine Abänderung der gesamten Spiritus-gesetzgebung in Angriff genommen wird. Weiter wollen wir dafür sorgen, daß die ungeheueren Summen, welche die Branntweinsteuergesetzgebung gegenwärtig einbringt, nicht für militärische Zwecke ausgegeben werden, sondern im allgemeinen Kulturinteresse. Positive Maßnahmen zugunsten der Bevölkerung, eine gesunde Arbeitererziehung, das ist der beste Kampf gegen den Alkoholismus. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß man dieses Gesetz ein-zubringen sich erlaubt, zeigt offenkundig, daß Ihre Moral ab-gewirtschaftet hat. Man muß es als unmoralisch bezeichnen, daß Gesetze zugunsten einer Gruppe von Interessenten gemacht werden. Daß man aber jetzt, wo die Galligkeit des gegenwärtigen Zu-standes offenkundig wird, auch wieder nur mit diesem Gesetz einen Flicken aufsetzen will, zeigt deutlich, daß von der Regierung nichts zu erwarten ist. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Holz (Sp.): Das Gesetz soll nicht die gesamte Landwirtschaft — eine solche Ueberschneidung hat niemand behauptet — es soll lediglich einer Lücke in der Spiritusgesetzgebung abhelfen.

Abg. Dr. Pahnke (fr. Vg.): Wir werden dem Antrag auf Kommissionsberatung zustimmen, weil wir dort bessere Gründe für das Gesetz hören wollen.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Auch wir sind für Kommissions-beratung, weil wir eine gründliche Erörterung der ganzen Materie wünschen. So harmlos wie die Begründung es hinstellt, scheint uns das Gesetz nicht. Eine Reform der ganzen Kontingentierung ist dringend notwendig.

Abg. Speck (Z.) tritt für schleunige Erledigung des Gesetzes ein. Abg. v. Brodhagen (L.) will sich in nähere Ausführungen über die Materie mit Rücksicht auf die zu erwartende Kommissionsberatung nicht einlassen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Speck, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, wird angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung, das Vogelschutz-gesetz, wird auf Antrag des Abg. Wolff-Metternich (Z.) einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. Abänderung der Gewerbeordnung (Keiner Befähigungsnachweis) in Ver-bindung mit den Kommissionsberichten über die Petitionen betr. den Befähigungsnachweis für das Handwerk und die Einführung obliga-torischer Fortbildungsschulen für weibliche Gehilfen etc.

Die Vorlage, die von der Kommission angenommen ist, ver-lehnt der Landeszentralbehörde das Recht, einem Baunternehmer oder Bauleiter den Betrieb des Baugewerbes oder seiner einzelnen Zweige wegen Unzuverlässigkeit zu untersagen.

Außerdem hat die Kommission folgende Resolutionen an-genommen:

Die Regierung um tunlichst baldige Vorlegung eines Geset-zentwurfes auf Kenderung der Gewerbeordnung zu ersuchen, worin vorgeschrieben wird, daß für die Baukontrolle besondere Beamte in genügender Zahl angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden. — Ferner werden Verordnungen zum Schutze der Bauarbeiter auf Grund des § 120b der Gewerbe-ordnung getroffen und weiter ein Gesetz verlangt, das den ge-werblichen Gehilfen, jugendlichen Arbeitern und Arbeitsuchenden den Besuch einer Fortbildungsschule zur gesetzlichen Pflicht macht. Schließlich erucht die Kommission um schleunige Vorlage eines Gesetzentwurfes, welcher das Recht zur Anleitung von Lehrlingen nur solchen Handwerkern gewährt, die zur Führung des Meistertitels berechtigt sind.

Abg. Trimborn (Z.) beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß sich die verbündeten Regierungen über eine möglichst gleichmäßige Durchführung eines obligatorischen gewerb-lichen Fortbildungsnachweises verständigen.

Ferner beantragen Böhmert und Gen. (Soz.), den ersten Artikel des Gesetzes in folgender Weise zu fassen:

„Der Betrieb des Gewerbes als Baunternehmer und Bauleiter sowie der Betrieb einzelner Zweige des Baugewerbes ist zu unter-sagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche grüßliche, aus Mangel an technischer Befähigung oder aus Leichtsinne resp. Gewissenlosigkeit resultierende Verstöße gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst oder gegen die gesetzlichen, polizeilichen oder beruf-s-genossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften oder Arbeiterschutzbestimmungen oder betrügerische Geschäftspraktiken bei der Bau-ausführung dartun.“

Ferner der Gewerbeordnung folgende Paragraphen beizufügen: Die Baunternehmer und Bauherren sind solidarisch ver-pflichtet, die Materialien, Gerüste, Schutzvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften in solcher Güte anzuliefern, so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind.

Wenn im Winterhalbjahre im Innern der Bauten Arbeiter (Mauer, Stukateure, Ofenheizer, Raler usw.) beschäftigt werden, so sind die Tür- und Fensteröffnungen derjenigen Räume, in denen ge-arbeitet wird, wind- und wetterdicht zu verschließen.

Die Anwendung der offenen Kofenfeuer (Kofenlöcher) zur Aus-trocknung und Erwärnung auch einzelner Räume ist verboten, ebenso offene Holzlohlenfeuer bei Klemmer- und Mechaniker-arbeiten im Innern der Bauten.

Säuren, Laugen, giftige Stoffe und explosionsfähige Stoffe sind in sicheren Gefäßen und gefenderten Räumen unter Verschluß zu halten und nur von den in Absatz 5 dieses Paragraphen ge-nannten verantwortlichen Personen herauszugeben, und zwar in Mengen, die sofort benutzt werden sollen.

Die Bauleitung hat Fürsorge zu treffen, daß täglich vor Arbeitsbeginn die Laufstufen, Leitern, Leitergänge, Gerüste, Maschinen und sonstige Gerätschaften sowie Schutzvorrichtungen aller Art auf ihre Standfestigkeit und Sicherheit geprüft werden, daß die Benutzung mangelhafter befundener Gerüste, Geräte und sonstiger Betriebsmittel unterbleibt. Diese Fürsorge hat sich auch auf Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten und sonstige dem sanitären

Schutze der Arbeiter dienende Einrichtungen zu erstrecken. Insbesondere ist für genügendes gesundes und frisches Trink-wasser Sorge zu tragen. Die Prüfung und Sicherung der Gerüste usw. besorgt, sofern der Baunternehmer sie nicht selbst aus-führt, der Polier oder, falls er nicht vorhanden ist, die von der Bau-leitung besonders beauftragte Person, die mit dem Gerüstbau und der Durchführung der Sicherheitsvorschriften völlig vertraut sein muß. Diese Personen sind den jeweilig beschäftigten Arbeitern und der Bau-polizei bekannt zu geben.

Normalvorschriften sind zu erlassen: für Sicherheitsvorrichtungen bei Abbrucharbeiten, Ausschachtung der Baugruben, Hoch- und Tief-bauten, Herstellung der Gerüste und Transportwege und für den Auf- oder Umbau jeglicher Bauten unter Verantwortlichkeit ihrer Eigen-arten und des zu verwendenden Materials.

Zur Festlegung dieser Vorschriften ist in dem Bezirk jeder höheren Verwaltungsbehörde eine Kommission zu wählen, zu der Vertreter der Unternehmer und Arbeiter des Baugewerbes zu gleichen Teilen hinzuzuziehen sind und die auf Grund der Normalvorschriften Unfallverhütungsvorschriften für ihren Bezirk zu erlassen und jährlich mindestens einmal nachzuprüfen hat.

Die Aufsicht über die Ausführung der Bauten und die Durch-führung der Vorschriften untersteht besonderen Bau-polizeibehörden, die von den Landesregierungen in der Regel für jede Gemeinde mit mehr als 10 000 Einwohnern eingerichtet werden. Diese Behörde besteht aus Baukontrolleuren und technischen Beamten. Die Zahl der Baukontrolleure ist so zu bemessen, daß jeder Bau mindestens einmal wöchentlich kontrolliert werden kann. Die Baukontrolleure werden von den baugewerblichen Arbeitern nach dem Wahlverfahren der Gewerbevereine gewählt. Die Geschäftsführung der Bau-polizeibehörden unterliegt der Oberaufsicht des Reiches. Ihre amtlichen Jahresberichte sind dem Bundesrat und dem Reichstage vorzulegen.“

Abg. Trimborn (Z.):

Detaillierte Vorschläge zur Einführung des allgemeinen Be-fähigungsnachweises sind in der Kommission nicht zutage getreten. Das lag wohl daran, daß die verbündeten Regierungen auf das Bestimmteste erklärt haben, daß sie sich auf einen solchen allgemeinen Befähigungsnachweis im Baugewerbe unter keinen Umständen einlassen würden. Ferner spielte dabei wohl auch die Erwägung mit, daß das Handwerk sich nicht in allen seinen Teilen über diese Frage einig ist. Im Sinne des Reichstages hat viel-mehr ein allgemeiner Vorstoß nach dem kleinen Befähigungsnachweis hin in den Kreisen des Handwerks stattgefunden, der auch in der Kommission seinen Widerhall fand. Graf Posadowsky stellte eine Erklärung zu der Frage des kleinen Befähigungsnachweises in Aus-sicht. — Was die Vorlage selbst anlangt, so ist anzugeben, daß sie in weiterem Umfang eine Sicherheit für solides Bauen schafft, als es durch den Befähigungsnachweis möglich gewesen. Freilich wird ihr der Vorwurf gemacht, daß sie der polizeilichen Aufsicht zu großen Spielraum läßt. Aber dieser Nachteil muß in Kauf genommen werden, wenn man die Gefahr einengen will, die darauf entpringt, daß ungeeignete Personen als Baunternehmer und Bauleiter auftreten. Der sozialdemokratische Antrag will jetzt schon bestimmte Schutzvorrichtungen in die Gewerbeordnung ein-führen; doch geschieht das viel besser bei Gelegenheit des von der Kommission gewählten Gesetzentwurfes über die Einführung eines für den Bauarbeiter. Meine Freunde stellen sich einstimmig auf den Boden des Gesetzentwurfes. (Bravo! im Zentrum.)

Graf v. Posadowsky: Ich möchte heute schon die Erklärung ab-geben, daß dem Bundesrat in den aller-nächsten Tagen eine Gesetzes-vorlage zugehen wird, inhaltlich deren das Recht zur Au-bildung von Lehrlingen an die Erwerbung des Meistertitels ge-bunden wird. Es ist in dieser Vorlage auch vorgesehen, daß dem Titel „Baumeister“ oder „Baugewerksmeister“ in Zukunft ein ent-sprechender gesetzlicher Schutz beigelegt wird.

Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. Zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend das Urheberrecht an Photographien.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Der letzte Generalsekretär der Inter-nationalen.

Am Montag, den 20. Oktober, ist Genosse F. A. Sorge, der letzte Generalsekretär der Internationalen Arbeiterassoziation, in New York zur letzten Ruhe bestattet worden. Eine größere Zahl von Genossen und Freunden des Verstorbenen, so berichtet die „New Yorker Volkszeitung“, hatte sich zusammengefunden, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Besonders stark waren die Reize der Mitglieder der früheren Sektionen der Internationalen Arbeiter-assoziation vertreten, in denen Sorge seinerzeit seine agitatorische Tätigkeit entwickelt hat und die dem Verstorbenen meistens persö-nlich nahegestanden sind. Im Namen der sozialistischen Partei Amerikas hielt Genosse Morris Hillquit eine meisterhafte Ansprache an die Trauerversammlung, in der er den Verstorbenen als einen Pionier der sozialistischen Bewegung in diesem Lande feierte und hervorhob, wieviel leichter von uns Nachfolgern dieser Pioniere die Agitation betrieben werden könne, nachdem die Bewegung große Massen der Arbeiterschaft ergriffe habe. Auf Hillquit folgte Ge-nosse Hermann Schläter mit einer Rede, in der er den Kampfs-Charakter des Verstorbenen hervorhob und besonders auch seine Tätig-keit in der Erkundfrage betonte, bei der der Verstorbene ein uner-müdlicher Helfer des schärfsten Vorgehens gegen die Sklaverei ge-wesen ist. Zusammen mit anderen radikalen Deutschen, wie Karl Heinen u. a., bekämpfte Sorge damals das zahme Vorgehen der republikanischen Partei, die nur mit halbem Herzen gegen die Schmach der Sklaverei vorging und erst zu energischem Vorgehen gedrängt werden mußte. Nach Schläter nahm noch ein Freund des Verstorbenen aus New Jersey das Wort, der auf die pädagogische Tätigkeit Sorges einging und die guten Charaktereigenschaften des Verstorbenen hervorhob. Dann wurde der Sarg geschlossen, in den Leichenwagen gehoben und zum Krematorium nach Fresh Pond gebracht, wo die Feuerbestattung vorgenommen wurde.

Die „New Yorker Volkszeitung“, die das treue Wirken des Entschlafenen aus jahrzehntelangem gemeinsamen Er-leben am besten zu würdigen vermag, hat ihm folgenden ehrenden Nachruf gewidmet:

„Der Abgang des Todes hat eine Innoceze Eide gefüllt. Ein Mann ist dahingegangen, der vor wenig Wochen noch durch seine Frische und Kraft, durch seine Weisheit und durch seine lebhafteste Teilnahme an allem, was mit dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse zusammenhing, die Freude seiner Freunde war.“

Mit Friedrich Adolf Sorge ist einer der letzten Ver-treter der ersten Generation der internationalen Arbeiterbewegung gestorben. Sie werden nicht, die Reihen jener Männer, die der Sturm des Jahres 1848 an Amerikas Strand geschleudert hat; nicht ihr jugendliches Herz gewahrt haben, die auch in der Neuen Welt eine neue Welt erstrebten, die diesseits des Wassers fallenden helfen, was sie drüben über dem Ocean in jungen Jahren be-

Kannem. Mit F. A. Sorge ist einer ihrer letzten Vertreter, wenn nicht der letzte von uns gegangen.

In dem Leben, das jetzt abgeschlossen vor uns liegt, hat der Kampf der Arbeiterklasse eine Rolle gespielt, wie in wenigen Leben nur. Bis zu den Tagen, in denen der Körper den Befehlen des Geistes nicht mehr gehorchen wollte, in denen der Geist selbst schon mürbe ward — bis zu den letzten Tagen dieses langen Lebens also, hat der Verkörperung jede Regung der Arbeiterbewegung mit klarem Auge verfolgt, jede Phase derselben kritisch betrachtet, hat er dem internationalen Befreiungskampfe des Proletariats seine vollste Aufmerksamkeit gewidmet.

Der Kampf der Arbeiterklasse — das war sein Element; das war es, was seinem Leben Inhalt gab. Ihm war das Wort, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst ist, sein Fleisch und Blut übergegangen, und nichts konnte mehr seinen Horn erregen, als wenn irgend jemand aus bürgerlicher Hand Gaben für das Proletariat erwartete.

Wie hätte er die bürgerlichen Reformen, die sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen suchten, um ihre eigenen kleinen Zwecke zu fördern! Wie zornig konnte Sorge werden, wenn jemand auch nur Nebenfähliches für die Arbeiter vom freisinnigen Bürgerium erwartete! Es war etwas Starres in diesem knorrigen Charakter, ein gewisser Zug, der nichts Halbes zuließ, und Sorge ist denn auch nie ein Vertreter der Halben gewesen.

Die volle Liebe dieses Mannes gehörte dem kämpfenden Proletariat. Dessen Kampf zu fördern, galt all sein Streben. Die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Nationen war ihm selbstverständlich, und lange Jahre war seine Tätigkeit dem einen Ziele zugewandt, in der amerikanischen Arbeiterklasse den Ideen der Internationalen Boden zu geben. Wie oft sind die Vertreter und Wortführer der amerikanischen Arbeiter zu ihm, dem Deutschen, nach Hoboken hinübergewandert, um in Fragen der Arbeiterbewegung Rat und Hilfe bei ihm zu suchen!

Und nicht nur die Arbeiter Amerikas, nein, auch die Wortführer der Arbeiter Europas, des internationalen Proletariats haben sich oftmals an Sorge gewandt, um seinen Rat einzuholen, wenn es sich um einen wichtigen Schritt im Kampfe der Arbeit handelte. — Und Marx und Engels gaben etwas auf den Rat ihres Freundes.

Und nun ist auch dieser jenen beiden ins Reich der Schatten gefolgt, und F. A. Sorge ist von uns geschieden!

Er wird von dem kämpfenden Proletariat beider Welten nicht vergessen werden.

In einem Gedenkartikel entwirft unser New Yorker Parteiblatt ein Bild von dem reichen Leben des verdienten Kämpfers.

Mehr als fünf Jahrzehnte lebte Sorge in Hoboken und dessen nächster Umgebung, bis er sich am Ersten dieses Monats (des Oktobers) zur Ueberföbelung nach New York, in das Haus eines Freundes, entschloß. Schon kränzlich, als er den Wohnungswechsel vornahm, wurde er bald darauf dauernd ans Bett gefesselt, bis er gestern ruhig und friedlich einschlummert ist.

Friedrich Adolf Sorge wurde am 9. November 1827 in Tschonewitz bei Wittenberg in Preussisch-Sachsen als Sohn eines finkreichreichen Pfarrers geboren.

Sein Vater war trotz seines Berufes ein freisinniger Mann, der harte Kämpfe mit der orthodoxen Geistlichkeit durchzuführen hatte und der seinen Kindern eine vorzügliche Erziehung gab. Frühzeitig schon wurden die Kinder in das politische Leben eingeführt. Pater Sorge war revolutionäres Geistes, und in den vierziger Jahren war sein Haus längere Zeit eine Station der „unterirdischen Eisenbahn“, die von Frankreich und Belgien durch Deutschland nach Polen führte, wie man den geheimen Weg bezeichnete, auf dem man die revolutionären Agenten Polens von Station zu Station beförderte, um sie nicht den Behörden in die Hände fallen zu lassen.

In dieser Umgebung und unter diesem Einfluß wuchs unser F. A. Sorge auf, der, nachdem er der Schule des Vaters entwachsen war, im Frankeschen Stift in Halle seine weitere Ausbildung erhielt.

War es bei der Umgebung, in der Sorge aufwuchs, ein Wunder, daß der junge Mann, als der revolutionäre Sturm des Jahres 1848 losbrach, voll Interesse und voller Eifer sich in die freiheitliche Bewegung warf, in der auch sein Vater als Redner und Agitator eine Rolle spielte?

Rommersche Truppen besetzten die Provinz Sachsen, und der junge Sorge beschloß, nachdem er sich einen Militärlausub erwirkt hatte, in die Schweiz zu gehen, um die Entwicklung der Bewegung abzuwarten und helfend eingzugreifen, wo Hilfe sich nötig machen möchte. Im Frühling 1849 reiste Sorge ab.

Kaum hatte er den Fuß auf schweizerischen Boden gesetzt, als die Nachricht eintraf, daß der Großherzog von Baden geflohen sei, daß das Militär sich empört habe und daß die revolutionäre Bewegung dort in hohen Flammen emporzuschlage. Sofort eilte Sorge, zusammen mit August Wilsch, der im Sezessionskriege zum General ernannt wurde, nach Karlsruhe. Hier schloß er sich dem Karlsruher Freikorps an und beteiligte sich mit diesem an verschiedenen Gefechten gegen die Preußen, sowohl in der Pfalz, als auch auf badischem Boden, bis die revolutionäre Armee über die Schweizer Grenze ging und entwaflnet wurde.

Mit anderen seiner Kameraden vom Revolutionsheere wurde Sorge in Freiburg interniert. Von dort wandte er sich nach Genf, wo er im September 1849 anlangte.

In Genf herrschte damals ein reges Flüchtlingleben, an dem Sorge nun jugendfröhlich teilnahm. Er suchte seine Existenz durch Musikunterricht zu fristen, aber es ging ihm dabei recht kümmerlich, und recht oft darbe und hungerte er, wie viele seiner Kameraden. Hier war es, wo Sorge zuerst mit der Arbeiterbewegung in Verbindung kam. An der Spitze des Genfer „Deutschen Arbeiterbildungsvereins“ stand damals Wilhelm Liebknecht als Präsident. Diesem Verein schloß sich auch Sorge an und beteiligte sich lebhaft an den Sitzungen und Debatten des Vereins.

Hier in Genf war es auch, wo Sorge zuerst Einsicht in den proletarischen Kampf der Arbeiterklasse erhielt und wo er zuerst mit kommunistischen Ideen in Verbindung kam. Unter den in Genf lebenden Flüchtlingen befand sich ein gewisser Zmandt aus den Rheinlanden, der in Genf eifrige Propaganda für den Kommunismus machte, dessen Ideen er sich aus den Schriften von Marx und aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ angeeignet hatte. Dieser Zmandt vermittelte Sorge die ersten kommunistischen Anschauungen und brachte ihm die ersten Begriffe über die theoretischen Grundlagen der Arbeiterbewegung bei.

In Genf trat Sorge mit einer ganzen Reihe von Männern in Verbindung, die damals schon einen bekannten Namen hatten, oder die sich später einen solchen erworben. Er verkehrte mit Albert Gaefer, dem Gründer des Schweizer Grüllvereins, dann mit dem Kommunisten Rosch Gsch, mit Liebknecht, Dronke, J. Ph. Weller, ferner mit Frey Kamm und Frey Jacoby, die beide in der New Yorker Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren eine Rolle spielten, und mit vielen anderen. Auch mit den leichtlebigen Leuten von der „Schwefelbände“ hatte Sorge Verkehr und beteiligte sich des öfteren an deren Streichen, die sich gegen Spießertum, Regierung, Polizei und alle Welt richteten.

Sorge lebte in Genf bis zum 1. August 1851, nachdem die dortige Polizei ihm wie vielen anderen Flüchtlingen es nahegelegt hatte, daß es besser für ihn sei, wenn er Genf und die Schweiz verlasse.

Ueber Frankreich ging Sorge nun nach Belgien, nach Lüttich, wo ein Bruder von ihm lebte. Dort nahm er Arbeit in einer Schreinerwerkstätte, dann erhielt er einen Posten in einer Privatschule als Lehrer der deutschen Sprache. Doch nicht für lange. Im März 1852 wurde er per Zwangspass aus Belgien ausgewiesen, nachdem er die ganze Zeit über unter Polizeiaufsicht gestanden hatte. Da Sorge von dem Kriegsgericht in Lorgau wegen seiner Veteiligung am badischen Feldzuge zum Tode verurteilt worden war, konnte er nicht nach Deutschland zurückkehren. Er wandte sich deshalb nach London, wo er Karl Marx aufsuchte, den er dort zum erstenmal sah. Friedrich Engels war er schon früher flüchtig begegnet. Bald zeigte sich, daß in Englands Hauptstadt nicht auf eine bürgerliche Existenz für den Flüchtling zu rechnen war. Er beschloß nun, nach Australien zu gehen. Der englischen Sprache unkundig und an einem Choleraanfall leidend, schiffte er sich an Bord eines Schiffes ein, das ihn dann aber nicht nach Australien, sondern nach — New York brachte, in dessen Hafen er am 21. Juni 1852 landete.

In New York hatte Sorge dieselben Erfahrungen zu machen, die Hunderttausende von eben Eingewanderten vor und nach ihm auch schon durchgemacht haben. Entbehrung und Not ärgster Art waren zu Beginn seines Aufenthalts in diesem Lande oftmals seine Begleiter. In den verschiedensten Gewerben war Sorge tätig, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Er war Schneider, Webler, Goldwarenarbeiter, er war Musiker und Hauslehrer und Vieisgeschäfte. Seine erste regelmäßige Arbeit erhielt er im Dezember 1852 in der Bundeshalle des Weillingschen Arbeiterbundes in Beekman Street, wo er auch später noch oft als Klavierspieler zu finden war.

Nach und nach glückte auch unserem Sorge die Schaffung einer bürgerlichen Existenz. Ein tüchtiger Musiker, der er war, gelang es ihm, sich als Lehrer der Musik einen geachteten Namen nicht nur, sondern auch eine erträgliche Existenz zu gründen. Hunderte seiner Schüler leben noch in New York, Hoboken und Umgegend, die ihre musikalische Ausbildung der Tüchtigkeit Sorges als Musiklehrer verdanken. Mehr als ein Jahrzehnt wirkte Sorge auch als Lehrer der Musik an der Hoboken Akademie, zu deren Gründern er gehörte, wie er denn überhaupt in Hoboken eine rege öffentliche Tätigkeit entfaltete, nachdem er Mitte der fünfziger Jahre dahin übergesiedelt war. Im August 1854 verheiratete sich Sorge mit der Frau, die heute als Witwe an seinem Grabe weint. In mehr als fünfzigjähriger Ehe waren Sorge und sein treues Weib Nächstes vereint. Der Ehe entsprossen drei Kinder, zwei Söhne und eine Tochter, von denen ein Sohn und die Tochter, beide schon erwachsen, den Eltern im Tode vorangingen. Der älteste Sohn Adolf lebt in Chicago.

Bis zum Jahre 1857 hatte Sorge um die Erringung einer Existenz zu kämpfen und konnte sich deshalb nur nebenbei mit der Arbeiterbewegung beschäftigen. In diesem Jahre wurde der Kommunistenklub in New York durch Albert Komp gegründet, und bald beteiligte sich Sorge lebhaft daran. Er vertrat den Verein auch in der Öffentlichkeit, z. B. als Redner auf einer Feier der Junischlacht. Nach Beendigung des Krieges, der die Arbeiterbewegung zunächst lähmte, finden wir Sorge hervorragend tätig im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“, der dann als Sektion I der Internationalen Arbeiterassoziation eine so hervorragende Rolle in der New Yorker Arbeiterbewegung gespielt hat.

Vom Jahre 1868 bis 1878 ist der Name Sorges nicht bloß mit der New Yorker, sondern auch mit der Arbeiterbewegung des ganzen Landes aufs engste verknüpft. An der „Sozialen Partei“, die sich 1868 in New York bildete, nahm Sorge als Vorsitzender des Exekutivkomitees und als Redner lebhaften, tätigen Anteil. Dann kam die Zeit der Internationalen, die großen New Yorker Demonstrationen gegen den Krieg des Jahres 1870, die Kämpfe der jungen Arbeiterbewegung gegen das bürgerliche Reformertum, kurz, jene ganzen Vorgänge, die zusammen die Geschichte der Internationalen in diesem Lande bilden. In allen diesen Vorgängen nahm Sorge tätigen Anteil, und oftmals war er der Führer im Kampfe.

Dann kam der Haager Kongreß der Internationalen, und Sorge wurde als einer der amerikanischen Delegaten nach Brüssel geschickt. Dort trat er nun in persönliche Beziehungen zu Karl Marx und Friedrich Engels, mit denen er schon seit einigen Jahren schriftlich verkehrte. Der Verkehr mit diesen beiden Männern erweiterte sich zu einem intimen Freundschaftsverhältnis, das angehalten hat, bis der Tod jenen beiden zuerst die Augen schloß.

Die Korrespondenz, die zwischen Marx, Engels und einigen anderen bekannten Sozialisten und F. A. Sorge geführt wurde, ist dieser Tage bei J. O. B. Dieh in Stuttgart erschienen. Es ist Sorge leider nicht vergönnt gewesen, seinen Briefwechsel, der für die Geschichte der Arbeiterbewegung von bleibendem Werte ist, noch gedruckt vor Augen zu bekommen.

Als der Haager Kongreß den Sitz des Generalsekretariats der Internationalen nach New York verlegte, wurde Sorge bald mit dem Generalsekretariat desselben betraut, eine Stellung, für die er sich seiner Sprachkenntnis, seines Wissens, seines außerordentlichen Ordnungssinnes halber am besten eignete. Die Korrespondenz, die Sorge in dieser Stellung zu bewältigen hatte, war eine ganz außerordentliche, wie denn der jetzt Verstorbene bis zu seinem Lebensende in schriftlichem Verkehr mit zahlreichen Genossen in allen Ländern der Erde geblieben ist.

Als dann der Vereinigungskongreß in Philadelphia im Jahre 1876 die verschiedenen Richtungen der sozialistischen Bewegung in diesem Lande zusammengebracht hatte, da verfolgte zwar Sorge die Bewegung noch mit aufmerksamem Auge, und unter der Hand suchte er wohl auch noch auf sie einzuwirken, aber von der öffentlichen Tätigkeit zog er sich immer mehr zurück. Er ward nur wenig noch in Versammlungen und öffentlichen Zusammenkünften gesehen, aber die paar Freunde, die regelmäßig mit ihm verkehrten, können bezeugen, welche großes Interesse er der Arbeiterbewegung in allen Ländern und in allen ihren Formen bis zu seinen letzten Lebensjahren entgegenbrachte.

Friedrich Adolf Sorges Namen ist mit einem der besten Abschnitte der amerikanischen Arbeiterbewegung aufs engste verknüpft. So lange es eine Arbeiterbewegung gibt, wird auch Sorges Namen damit verbunden sein, nicht bloß hier in Amerika, sondern in der ganzen Welt, soweit unterdrückte Arbeiter um eine bessere Zukunft ringen.

Die Landeskongress der Sozialdemokratie Polens und Litauens.

Warschau, 14. November. (Fig. Ber.)

Anfang November fand in Warschau unsere erste Landeskongress nach dem im Juni abgehaltenen 5. Parteitag statt. An der Konferenz nahmen 19 Personen teil, von denen 4 nur beratende Stimme hatten. Es waren anwesend zwei Delegierte von Lodz, zwei von Warschau, zwei vom Dabrowa-Koßelbuden, zwei vom Gneszowauer, einer vom Radomer, einer vom Lubliner Partei-

komitee, zwei von der Zentralkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Russisch-Polens, einer von der militär-revolutionären Organisation, vier vom Parteivorstand der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens und zwei vom Zentralkomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes.

Die Debatte über die Frage: „Wählen oder nicht wählen?“ bildete den wichtigsten Punkt der Verhandlungen, obwohl natürlich erst der Beschluß der allgemeinen Parteikonferenz für uns maßgebend sein wird. Wie bekannt, waren wir früher aktive Wahlkämpfer. Später geriet ein Teil der Genossen ins Schwanken. Sie bekehrten sich zu der Ansicht, daß der erste Wahlschritt ein taktischer Fehler war, daß die Taktik der Sozialdemokratie Polens die Situation im ganzen Reich im Auge halten müsse und daß vom Standpunkte der Revolution aus fürs ganze Reich am richtigsten sei der Anschluß der revolutionären Bauern-Artilleriegarde an die Arbeiter-Avantgarde.

Eine zweite Gruppe von Genossen betrachtete den ersten Wahlschritt nicht als einen Fehler, erklärte aber, daß die jetzige politische Situation unsere Teilnahme an den Wahlen erfordere. Früher wohlwollterten wir die Wahlen, jetzt will uns die Regierung behindern, an ihnen teilzunehmen! Wir müssen in die Duma gehen, um von der Höhe ihrer Tribüne herab das Volk zum bewaffneten Aufstand für die Reichskongresssituation aufzurufen. Wenn wir nicht wählen, so bleiben wir außerhalb jeder politischen Aktion.

Die dritte Gruppe von Genossen will den Wahlschritt weiter durchführen. Ihr Hauptargument für den Wahlschritt ist das folgende: Die Duma kommt zustande, weil in den Massen der russischen Bauern Demokratie noch konstitutionelle Illusionen leben. Wir können aber unsere Taktik nicht nach den zurückgebliebenen Bevölkerungsanteilen richten. Wir haben keine Illusionen. Sagen wir es den Massen, und bleiben wir außerhalb der Duma. Im Moment, wo der Zusammenstoß der Regierung mit den Bauern erfolgt, werden sie sich an unsere Mahnworte erinnern.

Die Zahl der Wahlkämpfer auf der Parteikonferenz war gleich der Zahl der Anhänger der Teilnahme an den Wahlen. Es wurde kein Beschluß über die Wahlen gefaßt, da die Entscheidung ja sowieso in den Händen der allgemeinen Parteikonferenz liegt. Da sich jedoch alle Delegierten bewußt waren, daß die allgemeine Parteikonferenz höchst wahrscheinlich die Teilnahme an den Wahlen beschließen wird, so wurde eine Resolution gefaßt über die praktischen Schritte, die wir noch vor der Konferenz tun müssen, damit wir die spätere Teilnahme an den Wahlen ermöglichen.

Von großer Wichtigkeit war noch die Frage der Vereinigung mit dem Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund auf dem Territorium von Russisch-Polen. Wegen der taktischen Differenzen zwischen den beiden Organisationen kam keine Grundfrage für die Vereinigung zustande. — Es wurde dann die Frage der Vereinigung unserer Gewerkschaften mit denen des „Bund“ erörtert.

Der Bund gründet gleich sozialdemokratische Gewerkschaften, er ist wie wir Gegner des Nationalitätenprinzips in der Gewerkschaftsorganisation. Aus allen diesen Gründen ist die Vereinigung unserer Gewerkschaften mit denen des Bundes möglich. Der zu diesem Zwecke angenommenen Resolution gemäß wird die Zentralkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Polens die Frage mit der Kommission der Gewerkschaften vom „Bund“ besprechen, wonach unsererseits ein definitiver Beschluß auf dem 1. Gewerkschaftskongreß, der in nächster Zeit stattfinden wird, gefaßt werden soll. Nach einer kurzen Debatte über den Stand unserer Gewerkschaften wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Mit Freude bestätigt die Konferenz, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften trotz ihrer illegalen Existenzbedingungen nicht nur einen verhältnismäßig hohen Stand der Entwicklung erreicht, d. h. nicht nur eine stabile und wachsende Anzahl Mitglieder, die jetzt 35 000 beträgt, gewonnen und verhältnismäßig bedeutende Reserven gesammelt haben, trotzdem sie regelmäßig die durch das Statut vorgeschriebenen Unterhaltungen ausgaben, sondern daß sie auch auf dem Wege schwerer und unermüdlicher Kämpfe trotz der ungeheuren schweren Handelskrisis in der kurzen Zeit ihrer Existenz für die Mitglieder der Gewerkschaften und die arbeitende Masse solche Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen errungen haben, wie sie noch keine ausländische Gewerkschaft unter so schweren Bedingungen und in so kurzer Zeit erreicht hat.“

Die Konferenz bestätigt mit Nachdruck, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre herrliche Entwicklung und ihre Errungenschaften trotz ihrer illegalen Existenzbedingungen und trotz der Handelskrisis ausschließlich der Kampfmethode und dem sie belebenden Geiste der revolutionären Sozialdemokratie verdanken.

Im auch ferner die intimste geistige Einheit der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie, um den bisherigen revolutionären Geist zu erhalten, empfiehlt die Konferenz den Parteiorganisationen und den Vorständen der Gewerkschaften — außer den organisatorischen Mitteln, die auf dem Kongreß der sozialdemokratischen Gewerkschaften unter Teilnahme der Partei beschlossen werden —, sich eifrig zu bemühen, 1. daß in den Gewerkschaften energisch die sozialdemokratische Propaganda entfaltet wird; 2. daß einerseits die Gewerkschaftler Parteimitglieder werden und am Parteileben als Mitglieder der Fabriks-, Mahnmorgens- und Parteivereine Anteil nehmen, andererseits daß die Mitglieder der Partei in die Gewerkschaften eintreten.“

Der Arbeiter-Freund.

Voranschlag für den Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Berlin beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 12. November mit der Etatsberatung für 1907 und mit der Abnahme der Jahresabrechnung für das Jahr 1905. Der stellvertretende Vorsitzende Herr Barntz eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß ein Schreiben des ersten Vorsitzenden des Ausschusses, Ingenieurs Herrn Verharbst, eingegangen ist, in welchem derselbe mitteilt, daß er — A. — sein Amt als Vorsitzender niederlegt, da ihm ein Zusammenarbeiten mit dem Vorsitzenden der Anstalt, dem Herrn Dr. Freund, nicht möglich sei. Ferner sind zwei Beschwerden der Angestellten der Anstalt Lichtberg eingegangen. Eine dieser Beschwerden — eine Verfügung des Herrn Dr. Freund über die Verhaltensvorschriften für die Angestellten — ist im „Vorwärts“ bereits besprochen. (Nr. 237 vom 11. Oktober 1906.) Die zweite betraf das Verhalten eines Oberwärters.

Darauf leitete Dr. Freund die Verhandlungen zu den Voranschlägen des Etats für das Jahr 1907 ein. Er sagte etwa folgendes: Es sei allgemein die Ansicht verbreitet, daß die Anstalt im Gelde schwimme und zu ihrem Vermögen im Verhältnis wenig leiste. Das ist ein Irrtum. Die Einnahmen aus dem Markenerlöse werden auch für die Versicherten ausgegeben. Die Bilanz ergibt eine Einnahme von 9 000 000 M. und eine Ausgabe von 8 822 000 M. Ein Ueberschuß ergebe sich nur aus den Zinsen und den Erstattungen der Krankenlöhne. Nicht unerwähnt wolle er lassen, daß die Berliner Anstalt für die anderen Anstalten in Deutschland die Kosten mit tragen helfe. Trotz der Kosten für die Heilanstalten, Jahnersch, Invaliden- und Altersrenten, die fast die ganzen Einnahmen des Markenerlöses aufbrauchen, haben wir keine Beschränkungen zu begehren. Die Altersrenten sind im Verbesserungszustand eingetreten, der Höhepunkt ist bereits erreicht worden. Wenn auch die Zahl der Invalidenrentner noch im Steigen begriffen ist, so ist dennoch ein bedeutender Rückgang in der Steigerung eingetreten; danach dürfte auch hier in einigen Jahren der Kulminationspunkt erreicht sein. Die Steigerung der Rentner ist von 26 000 auf 10 800 zurückgegangen. Der Bau der Lungenheilstätte Berlin ist beendet; nur das Sanatorium für weibliche Personen soll noch eine Ausdehnung erfahren und er (Redner) hoffe, daß dieses mit 3 000 000 M. zum Abschluß gebracht werden kann.

Bei dieser Gelegenheit wolle er nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß von verschiedenen Seiten und Parteien der Vorwurf erhoben wurde, daß die Veeliker Heilstätten zu luxuriös gebaut wären. Indessen in dem Bau des Wichows-Krankenbaues hat die Landesversicherungsanstalt Berlin eine glänzende Rechtfertigung erfahren, denn die Stadtgemeinde Berlin ist in unsere Fußstapfen getreten.

Große Schwierigkeiten bereitet die Fleischversorgung für die Anhalt. Infolge der Fleischverteuerung ist es nicht nur schwer, Fleisch zu erhalten, sondern es gelingt auch nicht immer, gute Qualität des Fleisches zu bekommen.

Zum Schluß bemerkt Herr Dr. Freund noch, daß infolge einer Statistik, die auf Grund der umgelauchten Anwaltsentarten aufgenommen wurde, der Dienstbotenmangel beständig ist. Ohne Abgang der Beibratungen ist durch die Statistik festgestellt, daß der Uebertritt von Dienstboten in die gewerblichen Berufe im Jahre 1904 von 2298 auf 2225 im Jahre 1905 gestiegen ist. Dadurch würden die gewerblichen Betriebe mit billigen Arbeitskräften überflutet.

Hierauf nimmt Eugen Brüdner, Vertreter der Versicherer, das Wort. Der Redner führt etwa folgendes aus: Bevor ich zum Etat selbst komme, möchte ich auf einige Ausführungen des Herrn Dr. Freund eingehen. Wir, die Arbeitnehmer, haben die Befürchtung, daß einmal die Ausgaben die Einnahmen übersteigen könnten, wie geteilt; wir sind uns darüber völlig klar, daß ein Beharrungszustand in der Zahl der Rentner früher oder später eintreten wird und muß. Wenn unsere Anhalt bis zu einem gewissen Grade die Ausgaben für andere Anhalten tragen muß, so liegt die Ursache hierfür besonders in den ungesunden Verhältnissen in den agrarischen Bezirken. Nicht selten sind hier die Hinterziehungen der Beiträge durch die Arbeitgeber — und oft in großem Maßstabe — zu verzeichnen. Daß hierdurch die Arbeiter besonders schwer geschädigt werden, indem dieselben um ihre Renten kommen, ist wohl einleuchtend. Wir sind einige Fälle bekannt, in welchen die Arbeiter um ihre Rechte gekommen sind, alldieweil den Arbeitern wohl die Beiträge abgezogen wurden, diese indessen an die betreffende Landesversicherungsanstalt nicht abgeführt sind. Wir sind ferner der Meinung, daß für die Heilanstalten in nächster Zeit keine außergewöhnlich hohen Ausgaben mehr gemacht werden können, da nach Herrn Dr. Freund ja nur noch das Sanatorium für weibliche Personen eine Ausdehnung erfahren soll und hierfür die Summe von 3 000 000 M. zu reichen wird. Wenn weiter über die luxuriöse Ausstattung der Veeliker Anstalt in Veelitz geschrieben und gesprochen wurde, dann möchte ich Herrn Dr. Freund bemerken, daß es diejenigen Parteien waren, die gegen jeden Fortschritt sind. Dagegen hat die sozialdemokratische Partei mit ihrer Anerkennung für die Veeliker Heilstätten niemals zurückgehalten.

Ferner legen wir Wert darauf, daß Herr Dr. Freund in seiner amtlichen Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Anstalt bekräftigt hat, daß durch die Grenzsperrung die Fleischsteuerung derartige Dimensionen angenommen hat, daß die Fleischversorgung für die Heilstätten erschwert wird.

Was endlich den Uebertritt der Dienstboten in die gewerblichen Berufe betrifft, so soll hier einmal zum Ausdruck gebracht werden, daß die Ursache hierfür in der Gesamtbevölkerung liegt. Sämtliche diese noch immer vorfindlichen Verhältnisse, nicht aber unserer modernen Zeit angepaßt ist. Wollen Sie nicht, daß die Dienstboten als Lohnbrüder der gewerblichen Arbeiterinnen erscheinen, dann beseitigen Sie die Gesamtbevölkerung, die in unserer modernen Zeit nur eine Schmach bedeutet.

Kun noch einiges zum Etat selbst. Bei dem Besoldungsplan können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Gehaltsstufen ungleich ist, daß die Zulagen zugunsten der höheren Beamten bemessen und die unteren Beamten schlechter bedacht sind. Ganz besonders rügen wir bei den Mehrausgaben für Kanzleiarbeiten, daß es einzelne Beamte gibt, die neben ihrem Pflichtpensum noch so viel Ueberschüsse leisten konnten, daß der Verdienst der Ueberarbeit fast dem Gehalt gleichkommt. Wir wünschen dringend, daß dieser höchst unangehme Zustand beseitigt wird. Weiter möchte ich daran erinnern, daß der Ausschuß im vorigen Jahre beschlossen hatte, für die weibliche Abteilung des Sanatoriums in Veelitz eine Wergin anzustellen. Der Vorstand der Anstalt wurde gebeten, der Anstellung eines weiblichen Arztes näher zu treten. Wir bedauern außerordentlich, daß der Vorstand den Beschlüssen und Wünschen des Ausschusses nicht Rechnung getragen hat, wir erheben hiermit den Wunsch, daß in Zukunft auf unsere Beschlüsse und Wünsche, die doch nur dem Interesse der Anstalt dienen, seitens des Vorstandes mehr Rücksicht genommen wird.

Redner bemängelte dann den Etat bezüglich der Heilstätte B I. In Veelitz sind die bürgerlichen Zeitungen in vier Exemplaren ausgelegt, der „Vorwärts“ dagegen wird nicht nur nicht ausgelegt, sondern es werden den Abonnenten des „Vorwärts“ auch noch Schwierigkeiten bereitet. Wir müssen verlangen, daß hier die strengste Parität gewahrt wird. Wir müssen ferner verlangen, daß der „Vorwärts“ nach unseren Satzungen auch Publikationsorgan ist, daß vom Vorstand eine Verfügung erlassen wird, daß sämtliche Publikationsorgane, also auch der „Vorwärts“, in der Anstalt ausgelegt werden.

Ich wende mich nun zu der rigorosen Verfügung für das Personal in Vichtenberg. Der Rimbud der Arbeiterfreundlichkeit des Herr Dr. Freund, mit welchem derselbe sich zu umgeben wählte, ist durch die Verfügung ein für allemal zerbrochen. Wenn es in dieser Verfügung heißt: „mit Ergebenheit seinen Vorgesetzten begegnen“, so hat die Anstalt als Arbeitgeber der Angestellten von denselben keine „Ergebenheit“, sondern nur Pflichterfüllung zu verlangen. Die Anstalt muß bei ihren Verfügungen doppelt vorsichtig sein, damit jeder Schein, als sollte den Angestellten das Koalitionsrecht verklammert werden, von vornherein beseitigt wird. Derjenige, der Herr Dr. Freund als Vorläufer auf sozialpolitischem Gebiet gehalten hat, ist durch die von Herrn Dr. Freund gebilligten Verfügungen eines anderen befehrt worden. Ferner bringt der Redner einen Fall der Heilstätte Gradowsee zur Sprache und tritt lebhaft für die Bewilligung des Bescheiderechts an die Kranken ein.

Redner interpellierte den Herrn Dr. Freund wegen der Entziehung der Hypothek, die für das Gewerkschaftshaus hergegeben war. In seiner bekannten Broschüre auf Seite 13 behauptet Herr Dr. Freund, daß das Gewerkschaftshaus ein sozialistisches Unternehmen sei. Die Partei hat nicht einen Pfennig zu dem Bau hergegeben. Wir sind Sozialdemokraten und sind stolz darauf, solche zu sein. Dessen ungeachtet werden die Säle für jedermann ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zu Veranstaltungen hergegeben. Das unterscheidet uns zu unserem Vorteil von den anderen Parteien. Das Gewerkschaftshaus mit der Herberge ist ein gemeinsames Unternehmen, welches sehr wohl die Unterstützung der Anstalt verdient. Es kommt mir darauf an, dieses hier festzustellen, weil Herr Dr. Freund die Entziehung der Hypothek vom Gewerkschaftshaus damit motiviert. Die Motivierung entspricht nicht den Tatsachen. Herr Dr. Freund erklärt, die famose Verfügung sei ohne sein Wissen und ohne seinen Willen in die Welt gegangen. Den Angestellten von Vichtenberg sollte durch die Verfügung nur der Weg nach der Redaktion des „Vorwärts“ verlegt werden. Die Arbeiter haben ihr Bescheiderecht, ihre Beschwerden werden entgegengenommen und gewissenhaft geprüft. Wenn die Verfügung heute noch besteht, so soll dieselbe vorläufig bestehen bleiben. Vor dem „Vorwärts“ soll er keine Angst. Die Aufhebung der Verfügung könnte indessen leicht als Schwäche ausgelegt werden. Wenn die Arbeiter sich unter sich besprechen, so habe er nicht dagegen; kann es indes nicht dulden, wenn ein Hundsdienner erklärt, der Pachtergehilfe sei ein Streikbrecher, es soll sich niemand von ihm rollieren lassen. Die Verfügung sei ihm sehr unympathisch; er habe auch den betreffenden Beamten sofort rektifiziert. Wenn der „Vorwärts“ nicht in seiner bekannten (771) Manier gehet hätte, sondern lediglich die Tatsachen gebracht, dann wäre die Verfügung längst aus der Welt.

Herr Israel, Vertreter der Arbeitgeber, wünscht, daß auch statistisch festgestellt würde, wieviel gewerbliche Arbeiterinnen zu den Dienstboten übergehen. (Zwischenruf: Reinel). Er beschränkt

es übrigens, daß die Gefindeordnung die Ursache für den Wechsel sei.

Dahne, Vertreter der Versicherer: Alle die unangenehmen Differenzen wären vermieden worden, wenn Herr Dr. Freund dem mehrfachen und einstimmig gefassten Beschlusse des Ausschusses, Arbeitereinschüsse ins Leben zu rufen, nachgekommen wäre. Daß das Bescheiderecht des einzelnen Arbeiters nur eine Farce sei, ist doch nichts Neues.

Herr Mai, Arbeitgeber, pflichtet dem bei. E. Prädner, Vertreter der Versicherer, weist die Angriffe des Herrn Dr. Freund auf den „Vorwärts“ energisch zurück. Die Vorkommnisse in der gefassten Art zu kritisieren, halte er einfach für seine Pflicht.

Simanowski, Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt, ist der Ansicht, daß die Anstalt auch nach Fertigstellung des Baus in Veelitz noch andere Heilstätten weiter belegen muß. Darauf wird der Etat einer Kommission zur Beratung überwiesen. In die Kommission werden je 4 Arbeitnehmer und Arbeitgeber und je ein Ertrahmann gewählt. Der Kommission sind sämtliche Schriftsätze vom Vorstand zu unterbreiten.

Darauf findet die Abnahme der Jahresrechnung für 1905 statt. Berichterstatter ist Herr Kothe, Vertreter der Arbeitgeber. Bei Titel 5 Kapitel X ist für die Inventarien die Ausgabe im Voranschlag auf 4100 M. vorgegeben. Dieser Betrag ist um 70 399,36 M. überschritten. Nach den vom Ausschuss angestellten Ermittlungen soll diese Ueberschreitung mit der Innenaussattung des Verwaltungsbauwerkes zusammenhängen. Diese Ausgaben sollen auf Mehrausgaben zurückzuführen sein. Da hierfür insgesamt nur Beträge bis 50 000 M. ausgemessen sind, so liegt hier eine Ueberschreitung des Etats von gar 20 000 M. vor. Weiter muß gerügt werden, und wir verlangen Aufklärung, ob es notwendig war, für Ueberstunden an das Bureau- und Kanzleipersonal 8400 M. auszugeben. Es ist festgestellt, daß ein Kanalarbeiter in 25 Tagen täglich 12 Stunden gearbeitet hat. Das sind Zustände, deren Beseitigung dringend gefordert werden muß. Die Anstalt hat durch Beilegung des Gewerkschaftshauses durch die städtische Sparkasse 4 Proz. Zinsen derselben auf 4 Jahre im voraus = 2369 M. zahlen müssen. Daraus geht hervor, daß die Uebertragung der Hypothek für die Anstalt mit Kosten verbunden war.

Dr. Freund teilt mit, daß unter den 70 000 M. die Ausgabe für das Automobil enthalten sei. Bezüglich der Ueberstunden bemerkt der Redner, daß dieselben notwendig waren, sollten die laufenden Arbeiten erledigt werden. Berücksichtigt man noch werden, daß Erkrankung unter den Beamten und der Urlaub mit zu Ueberstunden Anlaß gegeben haben.

Brüdner, Vertreter der Versicherer: Was bei der Ueberstundenarbeit am meisten befremdet, ist, daß die Anstalt die Heimarbeit eingeführt hat. (Zwischenruf: Ja wohl, Heimarbeit, meine Herren, denn die Beamten bekommen ihre Arbeit mit nach Hause. Dagegen müssen wir uns auf das entschickende wehren. Bezüglich der Hypothek kann wohl von einer Transaktion keine Rede sein. Ich muß bemerken, daß der Vorstand in diesem Falle die Gelder der Anstalt nicht verwaltet hat, wie ein Vormund die „Mündelgelder“ verwalten soll. Bemerkenswert ist auch, daß es besonders bekümmert mich, wenn der Vorstand die Hypothek einem gemeinnützigen Institut entzieht, selbst wenn ihm dadurch Kosten entstehen, dagegen aber beträchtliche Summen an Private verleiht.

Soziales.

Das Martyrium eines Hamburger Waisenknaben in Kiel.

Anfang Mai schilderten wir an dieser Stelle nach der Darstellung der „Schleswig-Volkszeitung“ die Leidensgeschichte eines in Kiel als Lehrling untergebrachten Hamburger Waisenknaben, der durch die Mißhandlungen und Quälereien seines Lehrherrn in den Tod getrieben worden war. Das unglückliche traurige Schicksal des armen, „von Gott und aller Welt verlassen“ Jungen wird gewiß noch manchem unserer Leser in schmerzlicher Erinnerung sein.

Im April d. J. wurde durch die Schraube eines Dampfers im Kieler Hafen die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche eines etwa 16—17 Jahre alten jungen Menschen aufgefunden. Die Behörde konnte alsbald feststellen, daß es sich um den beim Drechslermeister Heyne in Kiel in der Lehre gefasenen Hermann Maack, einen Jüngling des Hamburger Waisenhauses, handelte. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß der Ertrunkene freiwillig den Tod gesucht hatte. Unser Kieler Parteigänger stellte sodann Ermittlungen an, die in der Veröffentlichung der auch von uns wiedergegebenen erschütternden Leidensgeschichte des Verstorbenen ihren Abschluß fanden. Daraus ging mit an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit hervor, daß der unglückliche Junge durch die systematischen Mißhandlungen seines Lehrherrn zu dem verzweifeltsten Schritt getrieben worden war. Kurz vor seinem Tode hatte er sich in höchster Not an seinen Prediger, den Pastor Michaelien in Kiel, der die Lehre vermittelt hatte, gewandt, aber auch dieser hatte ihm keinen Beistand gewähren können. Auch die Kieler Drechslerinnung hatte sich nicht veranlaßt gesehen, einzuschreiten, obwohl der Altgeselle des Gesellenausschusses die skandalöse Behandlung der Lehrlinge bei Heyne in einer Sitzung zur Sprache gebracht hatte; natürlich — ist doch Herr Heyne Obermeister der Innung! Nachdem dann der unglückliche Maack eines Abends im Februar wieder aufs unmenschenlichste geprügelt worden war, verstand er. Sein Sohn hätte nach ihm geklagt, wäre nicht circa 3 Monate später durch einen Zufall seine Leiche aus Tageslicht gefördert worden. Und auch dann noch wäre er ohne weiteres Kuffchen verhaftet worden, hätte sich nicht die „Schleswig-Volkszeitung“ seiner Sache angenommen.

Die Veröffentlichungen unseres Kieler Parteiblattes haben seinerzeit in Kiel allgemeine Empörung über die darin aufgedeckte Schandwirtschaft hervorgerufen. Herr Heyne kündigte an, daß er das sozialdemokratische Blatt, das ihn an den Pranger gestellt hatte, wegen Beleidigung verklagen würde. Aber es kam anders. Die Staatsanwaltschaft konnte nicht unhin, sich mit der Sache zu beschäftigen, und das Ergebnis ihrer Untersuchungen war, daß sich Drechslermeister Heyne am Freitag vor der Kieler Strafkammer wegen Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug, begangen in zahlreichen Fällen, zu verantworten hatte.

Die Anklagebehörde hatte einen umfangreichen Zeugenapparat aufgebildet. Die Beweisaufnahme, die sich bis in den späten Nachmittag hinzog, ergab ein wahrhaft grauenhaftes Bild von der Behandlung, der die jugendlichen Opfer des Angeklagten ausgesetzt waren. Danach war die Lehre beim Obermeister der Drechslerinnung für die passiv Beteiligten die reine Hölle. Den ganzen Tag über wurden die jungen Leute geschimpft und geschlagen. Die mißdeutete Form der Nüchternung waren Ohrfeigen, deren Spuren noch stundenlang zu sehen waren. Herr Heyne pflegte aber auch mit dem „ersten, besten“ Gegenstande, der ihm zur Hand war: mit Tischbeinen, Geländersprossen, Latten und dergl. zuzuhauen. Einmal schlug er einen Lehrling mit einem Latzende, in dem sich ein Nagel befand, ins Gesicht, so daß ein Verband angelegt werden mußte. Sein liebtes Nüchternungsmittel aber war ein doppelt zusammengelegter Gummischlauch. Mindestens einmal in der Woche wurde ein Lehrling blutig geschlagen. Zu diesem Zwecke pflegte Heyne die Jungen mit in den Keller zu nehmen, weil man dort „ungefähr“ war. Außerdem wurden die Jungen unmenslich abgeradelt. Bis spät in die Nacht und Sonntags bis in den Nachmittag hinein mußten sie schuften, so daß sie schließlich, wie einer von ihnen als Zeuge bezeugte, nicht mehr wußten, wo ihnen der Kopf stand. In der Nachbarschaft herrschte über das fortwährende Schimpfen und Gebete in der Heuchelchen Werkstatt die größte Entrüstung.

Der Hausknecht einer benachbarten Gastwirtschaft bekundete, daß Heyne den jungen Maack kurz vor dessen Verschwinden mit einer circa 5 Zentimeter dicken Geländersprosse geschlagen habe. Eine ganze Anzahl Drechslergesellen, von denen einer wegen der brutalen

Behandlung der Lehrlinge die Arbeit bei Heyne verlassen hatte, sagten übereinstimmend aus, daß sich die schlimmsten Mißhandlungen in der untern Werkstätte abspielten hätten. Man habe zwar nicht immer die Nüchternung direkt wahrgenommen, aber man habe trotz des in dem Arbeitsraum herrschenden Getöses das Geschrei der Jungen und das Klatschen der Schläge oben hören können. Des öfteren sei ein Lehrling nach oben gekommen, aus Mund und Nase blutend. Der Lehrling Cohn habe einmal Verletzungen im Gesicht gehabt und das eine Ohr war ihm eingerissen. Bei einer anderen Gelegenheit habe er gebittet „wie ein Schwein“. Ein Junge sagte seine Einbrüche dahin zusammen, daß ein Droschkenkutscher unbedingt wegen Tierquälerei beklagt werden würde, wenn er sein Pferd derartig behandelte, wie Heyne seine Lehrlinge. Stöße mit der geballten Faust gegen die Zähne, Ohrfeigen, daß der Kopf des Geschlagenen hin- und herflog, Schläge mit dem doppelt genommenen Gummischlauch und allen möglichen Gegenständen, Tritte mit den in Polypantoffeln stehenden Füßen, sind nach der einmütigen Aussage sämtlicher Augenzeugen die tägliche Behandlung der Lehrlinge gewesen. Am schlimmsten sei dem unglücklichen Maack mitgespielt worden.

Der Angeklagte suchte zwar diesen und einen anderen Jungen, namens Cohn, dessen Behandlung gleichfalls eine wesentliche Rolle im Anlagematerial spielte, als besonders schmutzig und faul hinzustellen, indessen konnte von sämtlichen Zeugen, die aus persönlicher Beobachtung ein Urteil über die beiden Lehrlinge abgaben, kein einziger etwas Nächstes über sie vorbringen. Der erkrankte Maack sei zwar etwas milder behandelt, aber äußerst willig gewesen. Höchst bezeichnend war die Aussage eines Zeugen, daß den Kerntsen meistens dann eine Nüchternung zuteil wurde, wenn sie, insbesondere bei der Arbeit, nicht das geringste Verschulden traf. Maack sei schließlich vollständig verängstigt geworden. Einem Zeugen gegenüber äußerte er kurz vor seinem Verschwinden, daß er es nicht länger aushalten könne und schließlich sich gezwungen sehe, einen verzweifeltsten Schritt zu tun. Dagegen haben zwei als Zeugen geladene Hamburger Waiseninspektoren bei Heyne durchaus nichts Verdächtigendes wahrnehmen können, und auch der Pastor Michaelien, bei dem eines Tages der verstorbene Maack weinend seine Zukunft gesucht hatte, ließ sich durch Heynes Versicherung, daß der Junge die Schläge verdient habe, beruhigen!

Der Staatsanwalt ging in seinem Plädoyer mit dem Angeklagten das ins Gericht und hielt ihm unter Ausdrücken der schärfsten Kritik die ganze Liste seiner Schandthaten, als durch die Beweiserhebung nachgewiesen, vor. Um so größerer Erstaunen erregte es daher, als der Anklagevertreter trotz alledem „nur“ in zwei Fällen gefährliche Mißhandlung für vorliegend erklärte und eine Geldstrafe beantragte.

Der Gerichtshof sprach den Angeklagten der einfachen Körperverletzung in zwei, der fahrlässigen in fünf Fällen, der vorläufigen Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeugen in 12 Fällen für schuldig. Die Angaben der Zeugen werden in dem Urteil als völlig glaubwürdig bezeichnet. Das Vorgehen des Heyne sei als ungeheuerer Brutalität und Ausfluß roherer Wut zu charakterisieren. Der Gerichtshof hält es dagegen nicht für erwiesen, daß Maack vorsätzlich in den Tod gegangen sei oder durch die Mißhandlungen des Heyne dazu getrieben worden sei. Mit 330 Mark Geldstrafe hielt schließlich das Gericht die im Urteil selber aufs schärfste gebrandmarkten Schandthaten für hinreichend geklärt, indem es dem Heyne seine bisherige Unbescholtenheit und seinen heftigen Charakter als mildernde Umstände zugute hielt.

Wer der Verhandlung aufmerksam gefolgt war, mußte von diesem im Strafmaß unerklärlichen Spruch weniger überrascht sein. Als in der Urgebenerklärung einer der Gesellen ansetzte, daß er es überhaupt nicht begreifen könne, wie man dazu komme, Lehrlinge zu schlagen, meinte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dehnbach, darüber könne man wohl geistiger Meinung sein, ob es bei Lehrlingen ohne Ohrfeigen abgehe oder nicht.

Wir sind nicht der Meinung, daß durch Strafen gefasene Unrecht wieder gut gemacht werden kann, aber das sei doch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: Durch das Urteil der Kieler Strafkammer ist das Martyrium und der Tod des unglücklichen Maack für das öffentliche Rechtsempfinden nicht im entferntesten gesühnt.

„Arbeiterkongress“

Vom 20. bis 22. Januar 1907 findet der zweite Deutsche Arbeiterkongress statt, und zwar in Berlin. Dazu sind eingeladen außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, alle diejenigen Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bedienten und Angestellten, die „auf dem Boden der christlichen Weltanschauung“, der „nationalen Gesinnung stehen“ und eine Fortführung der Sozialreform anstreben zu wollen behaupten.

Der Kongress ist nach der Art seiner Zusammenfassung geeignet, den rückschrittlichen Plänen der Regierung Vorparnendienste zu leisten. Sympathischer als ein sogenannter Arbeiterkongress, der diese Bahn geht, ist offene Reaktion gegen jede Sozialpolitik.

Rentenquerscherei auf Grund des sächsischen Knappschaftsgesetzes.

Der ehemalige Häuer beim Zwickauer Steinlohlenbauverein, Wötcher aus Lauterbach bei Dörsnitz i. V. erlitt im Jahre 1893 bei der Ausübung seines Berufes einen Bruch des linken Armes. Er wurde dadurch auf längere Zeit erwerbsunfähig, nahm aber dann die Arbeit wieder auf und war dann ununterbrochen bis zum 24. Februar 1904 tätig, als sich dann Kniebeschwerden einstellten und W. wieder in ärztliche Behandlung gehen mußte. Infolgedessen konnte er auch die Arbeit nicht wieder aufnehmen. W. erhob nun am 1. September 1905 beim Bergscheidgericht in Zwickau gegen die Knappschaftspensionskasse Klage und verlangte, ihm vom 15. November 1905 zunächst eine Halbinvalidentrente in Höhe von 1,90 M. pro Woche, im Falle der gänzlichen Erwerbsunfähigkeit aber eine solche von 3,80 M. wöchentlich zu gewähren. Er machte geltend, daß er, entgegen der Ansicht der Pensionskasse, die Arbeit nicht freiwillig aufgegeben habe, sondern er sei lediglich durch den Unglücksfall außer Arbeit gekommen, auch habe er nie beabsichtigt, die Arbeit gänzlich aufzugeben. Die Knappschaftskasse stellte sich dagegen auf den Standpunkt, daß W. freiwillig das Arbeitsverhältnis gelöst habe und sie deshalb auch nicht zur Rentenzahlung verpflichtet sei. Das Bergscheidgericht in Zwickau hat dann auch Wötcher mit seiner Klage abgewiesen. Auf die hiergegen erhobene Anfechtungsklage beim sächsischen Obergericht wurde die Entscheidung aufgehoben und die Knappschaftspensionskasse des Zwickauer Steinlohlenbergbaues verurteilt, dem Kläger das als Halbinvalide zukommende Invalidengeld vom 18. November 1905 an zu bezahlen, ferner auch dem Kläger eine Invalidentrente von 3,80 M. zu gewähren, da die Voraussetzungen zum Bezuge der Rente für Vollinvaliden vorliegen. Zur Begründung dieser Entscheidung führte das sächsische Obergericht aus: Die Verurteilung zum Bezuge einer Unterfüllung fällt nach § 17 des Knappschaftslohlenstatuts dann weg, wenn ein Mitglied nach vorhergegangenem Bezuge von Unterfüllung vom Kassenvorstand auf Grund eines Zeugnisses des Knappschaftsarztes für wieder arbeitsfähig erklärt worden ist und die verlangte Wiederaufnahme der Arbeit verweigert hat. Dieser § 17 ist in diesem Streitfall nicht anwendbar, da eine freiwillige Niederlegung der Arbeit von seiten des W. nicht erfolgt ist. Daraus folgt die Verpflichtung der Kasse zur Zahlung der Pension.

Wasserstand am 19. November. Elbe bei Ruffig — 1,06 Meter, bei Dresden — 1,38 Meter, bei Magdeburg + 1,06 Meter. — Ustun: bei Straßburg — 1,06 Meter. — Oder bei Rathor 1,97 Meter. — Rheingebirgung + 1,24 Meter. — Oder bei Bries + 1,63 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,53 Meter.

Gemeinschaftliche Versammlung der Stukkateure, Rauhputzer und Spanner

Freitag, den 23. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu den Vereinbarungen zwischen dem Verband der Stukkateure (Filiale Berlin) und der Sektion der Gips- und Zementbranche, Verband der Maurer (Alfordarbeit). Referent: Genosse Gaeje. 2. Diskussion. 143/15
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwarten

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 5):

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht aus den Anlässen Nachrichten des Reichsversicherungsamts (Referat- und Revisions-Angehörungen) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt.
Die Versammlungen finden jeden vierten Donnerstag im Monat statt.
Der Vorstand.

Fliesenleger und Hilfsarbeiter

Heute abend 8 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72:

Außerordentliche General-Versammlung des Ortsvereins Berlin Abt. I und II.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur 5. Konferenz 2. Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung. 3. Gewerkschaftliches. 207/5
Mitgliedsbuch legitimiert. — Es sind ganz besonders die Mitglieder der Firma Rosenfeld zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Vorstand.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin.

Mittwoch, 21. November (Bußtag), abends 7 Uhr, in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75:

Das Tal des Lebens.

Diskursiver Schmaus in vier Aufzügen von Max Dreger.
Rezitationsvortrag des Herrn Emil Walkotte.
Landsleute sowie Gäste sind willkommen. Eintritt 30 Pf.

Johannisthaler Volksgarten.

Am Bußtag frische Blut- u. Leberwurst in allbekannter Güte
wogu freundlichst einladet
Otto Senffleben.

Tegelort. Restaurant „Zum Schwan“.

Ich empfehle mein Lokal zum Bußtag Vereinen und Herrenpartien.
Die ausschließlich: frische Blut- u. Leberwurst. Selbst geschlachtet.
Nachtungslokal Rob. Jurock.

Ein schmackhaftes Mittagessen am Bußtag ist

Seelachs pro Pfund 30 Pf.
Cablian pro Pfund 35 Pf.
Schellfisch pro Pfund 40 Pf.

Hans Zillich, Fischhandlung,

Badstr. 67, Ecke Hochstraße.

Ausnahme-Offerte!

Statt 5 Mark für nur 2 Mark.
Für jeden Politiker. — Für jeden Gebildeten. — Von der Presse glänzend besprochen.

Holbachs Soziales System

über natürliche Prinzipien der Moral u. Politik m. e. Unterweisung über den Einfluß der Regierung auf die Sitten. Nach dem Original überf. von A. Humminger. 554 Seiten Hart.
Otto Hüttersleins Versand-Buchhandlung, München.
(Königsplatz u. Schulerberg) Schillerstr. 48.
Verfand geg. Nachnahme od. Vereinsendung d. Betrages (Porto extra).

Größte Puppen-Fabrik Berlins

P. R. Zierow,

Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179.
Eigene Fabrikation. Gekleidete Puppen.
Größtes Lager v. Kugelgelenkpuppen, Hülsen, Köpfen, Perücken, Puppenartikeln und allen Ersatzteilen.
Reparaturen bitte schon jetzt an meine Firma gelangen zu lassen.
Kein Laden. Auch Einzelverkauf.

5 Pf. kostet eine Tasse reine

delikate Fleischbrühe

Quaglio's Bouillonkapseln

Wo keine Verkaufsstelle, Versand franko ab Fabrik: Berlin O., 27.

Wacholder-Extrakt Marke „Medico“

ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Hausmittel mit wunderbarsten Erfolge wirkend, speziell gegen Rheumatisches, Gicht, Nervenleiden, Magenleiden, Verstopfung, den der Wechseljahre, Frauenleiden, Asthma, ist schmerzlos auf Brust u. Lunge und reinigt das Blut in der vollkommensten Weise. Vermöge seiner abtötenden, ausgleichenden Eigenschaften leistet er bei verschiedenen u. unheilbarsten, ausgleichenden Organleiden leicht u. bei Kindern u. Nervenleiden bewährte, unerschöpfliche Dienste und wirkt die Natur unterstützend, auf alle Teile des Organismus in wohlthätiger Weise ein. Niemand ist, ohne Gefahr, daran zu erkranken, auch in kleinen Dosen mit Wasser „Medico“ 75 Pf. u. 1.50 u. 2.50 zu beziehen durch
P. Anklage
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4, IV. 4751, 4752, 4753.
Wo in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältlich, muß hier frei Haus. Man verlange ausdrücklich „Medico“ und nehme keinesfalls drücklich Marke „Medico“ andere Fälschungen.

Responsible Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Simon & Co., Berlin.

Freie Volksbühne

Herbst-Fest

Sonnabend, den 24. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in der

Brauerei Friedrichshain (früher Lipps): Russischer Tondichter-Abend.

Mitwirkende:
Fr. Grete Steffens (Lieder zum Orchester) und das Mozartsaal-Orchester (60 Künstler).
Zur Aufführung gelangen unter anderem folgende Komponisten: Tschaiowsky, Rubinstein, Großmann, Glinka.
Aus dem Programm ist hervorzuheben: Overture 1812: Der Brand von Moskau. Andante cantabile aus dem Streichquartett op. 11. Ballettmusik a. d. Op. Feranors.
Festmarken nur bei sofortiger Bestellung zu haben in allen Zahlstellen a 60 Pf. inkl. Programm.
Nach dem Konzert: Festball.

Mittwoch, den 21. November (Bußtag): Berliner Theater: Neues Schauspielhaus:

Nachmittags 3 Uhr: 7/8. Abteilung: 18. Abteilung u. abends 8 Uhr: 1. Abteilung:
Sonntag, den 25. November: 2/3. Abteilung:

Ora et labora und Eine Abrechnung. Der Sturm.

19. Kunstabend im Rathaus: Goethe Beethoven Mittwoch, den 5. Dezember.
20. Kunstabend im Rathaus: Liliencron Bierbaum Freitag, den 4. Januar.

Freies Kunstheim.

Flugblätter und Antwortkarten liegen in allen Zahlstellen aus. Die Mitglieder werden ersucht, schleunigst Gebrauch davon zu machen.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Orts-Krankenkasse für Friedenau.

General-Versammlung

am Mittwoch, den 28. November 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Gesellschaftshaus“, Rheinstr. 14.

Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung (ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer). 4. Antrag des Vorstandes: Besetzung über eine den im Krankenhause untergebrachten unverschuldeten Mitgliedern bei der Entlassung aus demselben zu gewährenden Unterstützung. 5. Antrag zum § 14 des Statuts. 6. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Herrn Schölzel, Vorsitzender.
Wah. Stolze, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngießer zu Berlin.

Am Mittwoch, den 28. Nov. 1906, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn Wollschläger, Waldenstr. 21, die

General-Versammlung

statt, wozu die Vertreter für das Jahr 1906 hiermit eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung der Protokolle. 2. Erwählung eines Vorstandsmitgliedes. 3. Neuwahl von vier Vorstandsmitgliedern. 4. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 5. Verschiedenes.
Berlin, 20. November 1906.
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

Donnerstag, den 29. Novbr. 1906, abends 8 Uhr, im Wilhelmshof, hier, Ebersstr. 82, kleiner Saal 1. Treppe:
Ordnung:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl von Vorstandsmitgliedern für eine zweijährige Amtsdauer u. a. b) 2. Arbeitgeber, a) 3. Arbeitnehmer. 2. Wahl dreier Revisoren der Jahresrechnung 1906. 3. Aufhebung der Eintrittsgelder bei Erhöhung der Beiträge. 4. Unfallversicherung des Portiers. 5. Verschiedenes. 213/13
Schöneberg, den 17. November 1906.
Der Vorstand.
E. Flamm. R. Geist, Vorsitzender. Schriftführer.

75. Dresdenerstraße 75

vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater. Verkf. auch Sonntags, u. Wochentags v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds. *

A. B. Koch Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergstr. 15. Preise für nur la Marken ab Maß von 10 Jtr. an: (29102*)
Prima Ia Halbsteine (bestimmte Marken) . . . pr. Jtr. 85 Pf.
Ia Diamant (110 bis 120 Stk.) 90 Pf.
Ia Jisse u. Hsu. 95 Pf.
Ia Anthrazit Gabb. 2.20 Pf.
Roß, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Steiler je nach Quantum pr. Jtr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Belegens und größeren Abchlüssen verlangen Sie meine Spezial-Karte.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herrenmoden
Bestellungen nach Maß, tadelloser Ausführung, eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft für Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kreditkauf.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke 1, I. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Stelias

über 500 Stück (alle Pelzarten), sowie alle sonst. Pelzwaren.
Muffen, Kolliers
Nur eig. Fabrikat aus best. Material.
Streng reell.
Kein Zwischenhändler, daher sehr billig.
F. Kalman
Kürschnerstr.

Der Dänische Kapitän-Kautabak

ist vom Patentamt gesetzlich geschützt, es ist daher strafbar, andere Tabake unter dem Namen „Kapitän-Kautabak“ zu veräußern.
Man achte genau auf den in jedem Stiefel befindlichen Zettel mit der Aufschrift:
Dänischer Kapitän-Kautabak (gef. gef. 75658).
Gen.-Vertr.: C. Röcker, Berlin O., Gröner Weg 112. Umf. 7,8861.
In haben in den meisten Zigarrengeschäften.

Schreibpult „Prakticus“

Billigste u. beste Schreibunterlage, mit ausziehbarer Buchenständer, verhindert geschädigte Stellung beim Schreiben, schont die Augen. Auf jedem Tisch aufzustellen, elegant u. solide gearbeitet, hübsch lackiert.
Schönstes Weihnachts-Geschenk!
Versand franko gegen Nachnahme.
Größe I für Kinder bis 14 Jahren
Mark 5.50.
Größe II für Erwachsene
Mark 7.50.
Sögel Möbelabrik
G. m. b. H.
SÖGEL L.H. Für Kinder u. Erwachsene.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake. Spezialität: Nordhäuser Kautabak stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 2454L* Amt 4, 3014.

Zahnärztliche Klinik Bella-Allancestr. 106 I. Schmerzl. Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen, Plomben etc. werden nur die Auslagen vergütet. Geöffnet v. 9-6 Uhr. Sonntags 10-12 Uhr.

Leihhaus Berlin, Anklamerstr. 2 Charlottenburg, Friedrich-Richard-Platz 12. Große Beleihung von Gold-, Silber-, Juwelen u. Kleidungsstücken etc.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen eventuell auch auf Teilzahlung Paul Burow's Möbel-Fabrik Berlin SW., Lindenstraße 105.

Wir erhalten mit dem Ersuchen um Veröffentlichung folgende

Erklärung.

In den letzten Wochen sind die Einrichtungen und Zustände der Vorwärtsbuchdruckerei in der Öffentlichkeit Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen zwischen einem Teil des Segepersonalis und der Geschäftsleitung gewesen.

Demgegenüber halten wir uns verpflichtet, folgendes zu erklären: Die Vorwärtsbuchdruckerei ist vor vier Jahren auf Wunsch der Genossen Groß-Berlins gegründet worden. Die Gründer gingen dabei von der Absicht aus, daß die aus dem Unternehmen fließenden Gewinne sozialpolitischen Zwecken dienstbar gemacht werden sollen, wobei selbstverständlich dem im Geschäft tätigen Personal günstige, über die allgemein üblichen hinausgehende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen seien.

Nach diesem Grundsatz ist bisher gehandelt worden. Daneben besteht die Einrichtung, daß Wünsche, Forderungen und Beschwerden des Personals, wenn die Entscheidung der Geschäftsleitung nicht befriedigt, an die Firmeneinhaber und die denselben beigeordnete Rechnerkommission zur Endentscheidung gehen. Vor dieser Entscheidung haben die Beschwerdeführer oder Antragsteller Gelegenheit gehabt, ihren Standpunkt in gemeinsamer Besprechung zu vertreten. Erst dann wurde endgültig Bescheid gefaßt, und wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, so konstatieren wir, daß die Anliegen soweit irgend möglich erfüllt worden sind.

Wir können also ohne Annäherung sagen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihrer Gesamtheit in unserem Betriebe günstiger sind als in einer anderen Buchdruckerei Berlins. Um so verwunderter, ja verletzter müßten wir sein, als in den Darlegungen und Angriffen, die ein Teil des Segepersonalis gegen unseren Geschäftsführer, Genossen Richard Fischer, richtete, Vorwürfe erhoben wurden, die geeignet sind, unseren Betrieb in einem ungünstigen Licht erscheinen zu lassen.

Wir stellen fest, daß Genosse Richard Fischer bei seinen Dispositionen ausschließlich das Interesse des ihm anvertrauten Geschäftes wahrzunehmen bestrebt war und daß, wenn er nicht immer sofort den an ihm gestellten sehr zahlreichen Wünschen und Forderungen entsprach, er dies mit den ihm obliegenden Pflichten gegen das Geschäft nicht vereinbaren zu können glaubte. Daher lassen sich die gegen ihn gerichteten Vorwürfe in keiner Weise rechtfertigen, umfoweniger als die endgültig getroffenen Maßnahmen mit unserer Zustimmung erfolgten.

Wir müßten daher annehmen, daß, was das Geschäftspersonal an Wünschen, Beschwerden oder Forderungen zu erheben gehabt hatte, durch die vorangegangenen Verhandlungen und Entscheidungen für beide Teile erledigt war. Wenn nun trotzdem und wider Erwarten das Personal der Meinung war, daß es noch besondere Klagen und Beschwerden gegen unseren Geschäftsführer, Genossen Fischer, zu erheben hatte, so konnten wir beanspruchen, daß dieselben in der gewohnten Weise mit uns gemeinsam zum Austrag gebracht würden.

Statt dessen wurde vorgezogen, sie zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen zu machen, die durch die Art und Weise, wie sie gepflogen wurden, nicht nur das Geschäft, sondern auch die Parteinteressen auf das Schwerste schädigten — zur Freude unserer Gegner. Wir können hierüber nur unser tiefstes Bedauern aussprechen.

An unsere Gegner aber, welche diese öffentlichen Auseinandersetzungen für ihre unaufrichten, arbeitserfindlichen Parteizwecke auszunutzen versuchten, müßten wir die Frage richten, was geschehen würde, wenn in einem bürgerlichen Betriebe beschäftigte Arbeiter in so freier, ja rücksichtsloser Weise gegen die Leitung desselben vorgingen und sie zum Gegenstand beständiger Angriffe machten. Die eine Tatsache, daß dieses bei uns geschehen kann, beweist mehr als alle Auseinandersetzungen, welche ein Unterschied in der Stellung des Arbeiters in einem sozialdemokratischen gegenüber der in einem bürgerlichen Betriebe vorhanden ist. Nach unserer Meinung würden Arbeiter bei einem gleichen Vorgehen in einem bürgerlichen Geschäft nicht länger im Betriebe geduldet werden.

Berlin, 18. November 1906.

Die Geschäftsinhaber:

A. Bebel, Oskar Zentgraf, Paul Singer.

Die Rechner-Kommission:

Karl Alboldt, Paul Böhm, W. Giescholt, Alwin Körsten, E. Kiepmann, Franz Lucht, A. Schwahn, A. Taubmann, Karl Wollermann.

Zum neuen Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterklasse.

Der gegen die Gewerkschaften gerichtete Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gibt, wie wir schon dargelegt haben, der Polizei das Recht, einem Antrage eines Berufsvereins auf Eintragung stattzugeben, wenn der Verein sich der Aktionsfähigkeit und des Streikrechts begibt, und die Rechtsfähigkeit wieder zu nehmen, wenn der Verein gegen das Unternehmerinteresse löst. Die Motive selbst geben untreuwillig zu, daß dieselben Bedenken, die nach dem geltenden Recht gegen Eintragung der Vereine bestanden, weiter bestehen, auch wenn der Entwurf die Ausnahmestrichen nicht enthielte. In den Motiven wird in Uebereinstimmung mit den Tatsachen hervorgehoben, daß die gewerblichen Berufsvereine bis jetzt von dem Antrage auf Eintragung in das Vereinsregister insbesondere wegen zweier Nachteile zurückgehalten, die das geltende Recht mit der erlangten Rechtsfähigkeit verhält: 1. die zivilrechtliche Haftung des Vereins und 2. die Vorschriften der §§ 72 und 79 des V. G. B., nach denen dem Amtsgericht auf Verlangen jederzeit ein Verzeichnis der Vereinsmitglieder gewährt werden muß. Dann wird erklärt, daß man allerdings der von der Scharfmacherseite erhobenen Forderung nicht entsprochen habe, dem Berufsverein im Hinblick auf einen möglichen Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Rechtsstellung eine erweiterte Schadenersatzpflicht aufzulegen. Das ist eine leere Phrase. Steht nicht im Gesetze ausdrücklich, daß die Haftung des Vereins ausgeschlossen ist, so würde die den Interessen der Unternehmerklasse geneigte Rechtsprechung zweifellos das Vermögen des Vereins für haftbar erklären. Selbst die „Germania“ gibt zu, daß den „mehrfach zutage getretenen Bestrebungen gegenüber Arbeiterorganisationen zivilrechtlich für einen Schaden haftbar zu machen, der durch einen von ihnen inaugurierten Streik verursacht ist, es notwendig sein wird, in dem Gesetze das Gegenteil einer Haftung des Vermögens eines Berufsvereins für Streikschaden festzulegen, wenn anders nicht das Koalitionsrecht der Arbeiter auf das schwerste gefährdet erscheinen soll.“

Die Motive halten das andere Bedenken zur Eintragung, das sich auf die Pflicht zur Einreichung des Mitgliederverzeichnisses bezieht, für berechtigt. Der Entwurf stellt aber an Stelle der Verpflichtung zur Einreichung der Mitgliederliste an da Amtsgericht: Verpflichtungen in

§ 11, die noch weit schärfer und den Arbeitern gefährlicher sind, als es eine Einreichung beim Amtsgericht sein würde. Es verlangt der Entwurf, wie wir bereits hervorgehoben haben, daß das Verzeichnis auf Verlangen jederzeit — der Polizei vorzulegen ist. Ueberdies soll aber den Mitgliedern des Vereins jederzeit Einsicht in das Verzeichnis gewährt werden und auf ihre Kosten eine beglaubigte Abschrift des Verzeichnisses erteilt werden. Aus welchem anderen Grunde sollte sich beispielsweise ein Mitglied des Metallarbeiterverbandes das Verzeichnis der 300 000 Mitglieder erteilen lassen wollen, als aus dem, der Unternehmerhaft oder vielleicht auch der Geschäftlichkeit Spitzeldienste durch Mitteilung der Liste zu leisten? Wir wissen nicht, ob dem Zentrumsabgeordneten Giesberts, der sich für das tolle Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaften so stark ins Zeug legt, auch diese Spitzelbestimmung entgangen ist.

Selbst die zahme „Germania“ muß zugeben, daß der Gesetzentwurf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichtet ist. Sie schreibt:

Vor allem mußte erwartet werden, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter absolut intakt bleibe. Die Stellung des Gesetzentwurfes zur Frage des Koalitionsrechts der Arbeiter muß daher auch den springenden Punkt in der Beurteilung der Vorlagen bilden... es läßt sich nicht bestreiten, daß einige Bestimmungen dazu angetan sind, Fallstricke für das Koalitionsrecht der Arbeiter zu bilden. Es gilt das in erster Linie von der Bestimmung des § 15, inwieweit einem Berufsvereine die Rechtsfähigkeit auch soll entzogen werden können, wenn er eine Arbeiterausperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebes geeignet sind, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen. Diese Bestimmung ist so unklar und dehnbar, daß sie unmöglich eine Form für die Handhabung des Gesetzes abgeben kann... Diese Bestimmung ist derartig, daß sie bei einiger „Auslegungswilligkeit“ der Behörden durch die mit der Entziehung der Rechtsfähigkeit für das Vermögen des Vereins verbundenen Folgen nahezu jeden Streik von Arbeitern ausfuchlos machen kann. Mit „Wasser“ und „Beleuchtung“ hängen die Arbeiten der Banarbeiter, der Metallarbeiter, der Arbeiter in den Elektrizitätswerken usw. zusammen, vor allem aber die Kohlenförderung, und wenn die gebachte Bestimmung Gesetz würde, würde in Zukunft jeder größere Vergarbeitsstreik unmöglich sein. Auch der Begriff „gemeine Gefahr“ ist diesem Maße viel zu wenig konstant, und seine Auslegung würde zweifellos eine so willkürliche werden, daß damit schließlich jede Lohnbewegung unterbunden werden könnte. In erster Linie ist daher zu fordern, daß jene Bestimmung eine Fassung erhält, die eine rechtmäßige Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, also auch des Streikrechtes, durchaus unhindert läßt.

Mit dem Anschluß der Eisenbahnarbeiter und der Landarbeiter vom Koalitionsrecht ist die „Germania“ einverstanden! Sie erklärt:

An den durch § 15 bewirkten Ausschluß der Eisenbahnarbeiter von der Geltung des Gesetzes stoßen wir nicht, da von vornherein das Gesetz nur für „Gewerbetreibende“ und „gewerbliche Arbeiter“ im Sinne der Gewerbeordnung gedacht ist, was — nebenbei bemerkt — auch die nur zu billige Ausschließung der Landarbeiter bedingt.

Das führende Blatt der Zentrumsparthei spricht sich also ausdrücklich gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter und der Landarbeiter aus. Sie sieht hierbei im schriftlichen Gegenstand zu der Stellung, die Windthorst, Reichensperger usw., ja selbst gegen die Stellung, die vor 30 Jahren der Abgeordnete Stumm einnahm, als er ausdrücklich die Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen auch der Landarbeiter verlangte. Der Teil der Zentrumsparthei, der unter ländlichen Arbeitern verbreitet wird, spricht sich natürlich bei der Doppelwährungspolitik, die die Zentrumsparthei treibt, für das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter aus. So schreibt die „Märkische Volkszeitung“:

„Der Geist der Kengstlichkeit vor dem Scharfmachertum durchweht das ganze Gesetz. Immer und immer wieder stößt man auf Ausdrücke, aus denen die Rechtsprechung unter Umständen zahllose Schlingen für die Arbeiterklasse konstruieren kann.“

Die Vorlage heißt offiziell: „Entwurf eines Gesetzes betreffend die gewerblichen Berufsvereine“. Darin liegt die erste Quelle großer Bedenken. Man will, wie das in den Motiven ausdrücklich zugegeben wird, nur diejenigen Arbeitergruppen unter die Wohlthaten dieses Gesetzes stellen, die der Gewerbeordnung unterstehen. Die ländlichen Arbeiter, die doch auch heute mit Ausnahme von Hannover und Hessen das Recht zum Zusammenfluß, wenn auch nicht zum Streifen haben, ferner die Arbeiter des Staates und der Gemeinden sollen ausdrücklich von den Rechten ausgenommen werden, die hier in diesem Gesetze vergeben werden sollen. Die Kengstlichkeit, die sich in dieser Haltung ausdrückt, sehen wir überall in dem Entwurf wieder.“

Das führende Blatt der Zentrumsparthei, die „Germania“, steht in der Beurteilung des Gesetzentwurfes selbst hinter Scharfmacherorganisationen zurück. So schreiben z. B. die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Die Sozialdemokratie hat sofort erkannt, daß die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt ihr schwerlich neuen Machtzuwachs bringen wird. Andererseits ist es naheliegend, daß die von sozialistischem Geiste erfüllten Gewerkschaften unter den vorliegenden Umständen darauf verzichten werden, eine Berechtigung sich nutzbar zu machen, die sie zu einer Abstützung in politischen Dingen verpflichten will. Wir sind sogar im Zweifel, ob auch nur die nationalen und christlichen Arbeiterorganisationen durchweg freudigen Herzens einem Gesetz beipflichten werden, das ihnen zwar ein seit langem ersehntes Recht zuerkennt, zugleich jedoch ihrer Tätigkeit feste Schranken zieht. Für die Stellung dieser Kreise wird die genaue Uebersetzung maßgebend sein, was für sie vorteilhaft ist: die Rechtsfähigkeit mit den ihr anhängenden Kautelen zu erwerben oder auf dem bisherigen Boden unverändert stehen zu bleiben? Wie die Entscheidung fallen wird, läßt sich nicht voraussetzen; die Meinung aber sollte man abtun, daß die Arbeiterorganisationen um der Rechtsfähigkeit willen zu erheblichen Opfern bereit sein könnten. Die bisherige Praxis hat zur Genüge bewiesen, daß die finanzielle und vermögensrechtliche Entwicklung der mächtigsten Vereine durch das Fehlen der formalrechtlichen Begünstigung nicht allzusehr beeinträchtigt wird. Der Gesamtheit wäre anzurathen, die Tragweite des Gesetzentwurfes nicht zu überschätzen. Die praktischen Konsequenzen der Vorlage lassen sich zurzeit noch gar nicht übersehen.“

In der freisinnigen Presse wird die Gefährlichkeit des Gesetzentwurfes teilweise anerkannt. So schreibt die „Vossische Zeitung“: „Wer solchen dehnbaren Vorschriften, wie sie die Vorlage enthält, das Wort redet, der will mit der anderen Hand nehmen, was er mit der einen gegeben hat.“ Auch die „Frankfurter Zeitung“ gibt zu, daß der § 15 „an die selbige Zuchtsanktionsvorlage erinnert und etwas von dem Kaufschut enthält, mit dem diese Vorlage so reichlich durchsetzt war.“ Indes erklärt sich die „Frankfurter Zeitung“, die sich so gern ein sozialpolitisches Märchen umhängt, für die im Entwurf gutgeheißene Pflicht der Berufsvereine! Ihr Urteil über den gesamten Entwurf geht dahin: „Im ganzen ist es also ein Entwurf, der

weder zu großem Entzücken noch zur Entrüstung herausfordert. Mag er Gesetz werden oder nicht — man wird sich in jedem Falle trösten können.“

Die Arbeiterklasse muß auf der Hut sein, um das geplante Ausnahmengesetz zu Fall zu bringen. Die katholischen Arbeiter sehen an der Haltung der Zentrumsparthei von neuem, daß auf sie und auf die Staatsgewalt das Wort zutrifft: Für das Elend des kleinen Mannes haben sie kein Auge, er muß zusehen, wie ihm die unentbehrlichsten Waren verteuert werden durch Schutzzölle, deren Ertrag in die Taschen der Unternehmer wandert und wird durch parteiische Gesetze verhindert, mit vereinten Kräften seine gerechten Ansprüche auf erhöhten Lohn durchzusetzen. Die Zentrumsparthei hat die unentbehrlichsten Waren verteuert und sucht nunmehr Arm in Arm mit den anderen Brotvertenerern den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, durch vereinte Kräfte durch Gebrauch des Koalitionsrechtes wenigstens einen Teil des Schadens, den es den Arbeitern zugefügt hat, wieder weit zu machen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

„Die Religion der Sozialdemokratie.“ Kanzelreden von Josef Dieggen. Siebente vermehrte Auflage. Mit einem Vorwort von Eugen Dieggen.

Von der Aufnahme dieser Broschüre zeugt der Umstand, daß sich von derselben jetzt bereits die 7. Auflage notwendig gemacht hat.

Gemeinbewahlen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. O., die bei sehr schwacher Beteiligung stattfanden — von 7263 Wählern erschienen 1747 an der Urne — brachten unseren Genossen kein Mandat, aber einen Stimmenzuwachs von 56, während die bürgerlichen 122 Stimmen verloren. Unsere Genossen erhielten 584, die Bürgerlichen 1163 Stimmen.

In Altenburg haben die Genossen ein Stadtverordnetenmandat eingeholt. Die Gegner erhielten 1294, die sozialdemokratischen Kandidaten 1250 Stimmen. Gegen die Vorwahl stieg die sozialdemokratische Stimmenzahl um rund 400, die der Gegner um rund 580. Die Wahlbeteiligung betrug 71 Proz. Die Gegner hatten einen riesigen Schleppeidienst arrangiert. Leute, die sich sonst nie um eine Wahl kümmerten, wurden an die Urne gebracht. Die Sozialdemokratie kämpfte ohne Schleppe.

In Hensburg haben unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen keinen Fortschritt zu verzeichnen. Die ausschließlichen Gegner wurden wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 45 Proz.

In Elmsborn erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 292, die bürgerlichen 842 Stimmen. Gegen die Vorwahl stiegen die sozialdemokratischen Stimmen um rund 50.

In Harpen (Ruhrgebiet) wurde in der dritten Abteilung der sozialdemokratische Kandidat mit 177 Stimmen gegen 23 bürgerliche gewählt. Die Wahlbeteiligung war gering, die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 648.

Zu der Niederlage bei der Gemeinderatswahl in Gera schreibt das dortige Parteiblatt:

... eine verlorene Schlacht. Diese Tatsache ist nicht zu leugnen und kann nicht beschönigt werden. Die Zahl der gegnerischen Stimmen ist gestiegen, die der unserigen zurückgegangen. Bei 14 Kandidaten hatten im vorigen Jahre die Gegner eine durchschnittliche Stimmenzahl von 2529, diesmal 2543, wir hingegen im vorigen Jahre 2212, diesmal 2178. Die Gegner vereinigten diesmal auf ihre Kandidaten 33 057 Stimmen, wir nur 28 300. Durchschnittlich haben also die gegnerischen Kandidaten einen Vorsprung von 364 Stimmen. Es ist den Gegnern auch diesmal gelungen, das gesamte Würgerturn gegen uns mobil zu machen. Innungsaussschuß, Beamtenvereine, Krämer und Kommerzienräte bilden eine geschlossene Masse gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft; die gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und den Genossen Beiterlein im besonderen geschleuderten infamen Verdächtigungen des „Geraischen Tageblattes“ haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Zu dem gegnerischen Wahlsieg haben weiter auch die edlen Streikbrecher ihr gut Teil beigetragen und schließlich war es den Gegnern möglich, auch noch eine ganz erhebliche Stimmenzahl aufzubringen dadurch, daß für Altiengefellschaften und Stiftungen, die als juristische Person gelten, gewählt wurde. Demgegenüber steht unzweifelhaft fest, daß einige hundert Arbeiterwähler am Donnerstag ihrer Wahlpflicht nicht genügt haben. Ein Teil mag verhindert gewesen sein dadurch, daß er auswärts beschäftigt war. Diesen aber wäre es möglich gewesen, durch Vertreter ihr Wahlrecht ausüben zu lassen. Doch das erklärt den Ausfall der Wahl allein noch nicht. Es müssen tiefere Ursachen vorhanden sein. Diese herauszufinden, ist eine sehr ernste und dringende Aufgabe der nächsten Versammlung des sozialdemokratischen Vereines.“

Die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung in Ruhlfhausen i. Th. ergaben die Wahl zweier bürgerlicher Kandidaten, während zwei Sozialdemokraten mit zwei Mischmaschkandidaten in die Stichwahl kommen. Trotzdem der ganze bürgerliche Mischmasch sich zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen hatte, betrug die Mehrheit nur etwa 100 Stimmen, bei einer Beteiligung von 30 Prozent aller Wahlberechtigten.

Totenliste. In Wien starb nach längerem schmerzhaften Leiden der Genosse Emil Kralik an Herzlähmung. Er war Redakteur an der „Wiener Arbeiterzeitung“. Seit der Umwandlung des Blattes in ein Tagesblatt hat er dem Redaktionsstab angehört und abwechselnd den lokalen, den sozialpolitischen und den kommunalen Teil bearbeitet. Wer das Wiener Parteiganzblatt kennt, kennt ihn als „Habakuk“, den Sonntagsplauderer voll goldenen Humors. Kralik war ursprünglich Sege, dann Redakteur des österreichischen Buchdruckerfachblattes „Vorwärts“, das er schrieb und legte, bis er in die „Wiener Arbeiterzeitung“ eintrat. Dann aber war er noch Redakteur des Wipplattes unserer österreichischen Genossen, der „Mühldater“, die er zu großer Entwicklung und großem Ansehen führte. Kralik ist nur 43 Jahre alt geworden.

Rezhäuser-Jünger. In Augsburg sind die Buchdrucker aus dem Gewerkschaftsartikel ausgestiegen. Die allenthalben, so waren auch in Augsburg Erhebungen darüber veranstaltet, wer von den organisierten Arbeitern die Parteipresse liebt. Die Buchdrucker verwurten die Ausfüllung der Listen und traten aus dem Kartell aus. Kommentar überflüssig.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Von Parteileidenschaft verblendete Leute.

Wegen Gendarmenbeleidigung wurde Genosse Th. Müller von der Breslauer „Volksmacht“ zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. In der „Volksmacht“ war aus Deutsch-Lissa berichtet worden, daß ein Gendarm anlässlich eines Wirtschausestivals gegen verschiedene Personen in sehr rigoroser Weise vorgegangen sei. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß er eine Frau an der Brust gepackt und sie beisse gestossen hatte, daß er einen Mann am Hals gepackt hatte, so daß später die Fingerabdrücke zu sehen waren. Eine zweite Frau ist daraufhin vorzeitig von einem toten Kinde entbunden worden, und gegen den Gendarm steht auf ihre Anzeige ein Verfahren vor dem Kriegsgericht. Ein Zeuge erklärte, in Deutsch-Lissa hat man sich gewundert, daß die

„Vollmacht“ den Bericht „in so schwacher Form“ gebracht habe. Es sei viel schlimmer gewesen, als in der „Vollmacht“ zu lesen war; aber die Medailleure seien zu vorsichtig und schwächeln immer alles ab. Interessant war aus der Aussage der Frau Ebeling, daß ihre in Deutsch-Rissa von keiner Seite Rat und Hilfe gegen den Geldarm zuteil wurde; schließlich hat sich der Verein Frauenwohl in Breslau ihrer angenommen und sie auf den richtigen Weg für ihr Vergehen betreten.

Der Geldarm und seine Kollegen behaupteten völlig korrekt gehandelt und nur Angriffe abgewehrt zu haben.

Das Gericht schenkte nur den Beamten Glauben. Zwar seien die Behauptungen durch die Zeugen der Verteidigung als richtig bestätigt, aber diese Zeugen hätten sich als völlig unzuverlässig erwiesen. Diefen von Parteilichkeiten verdächtigten Leuten habe der Angeklagte aber Glauben geschenkt.

Es ist die alte Leier: der Beamte ist glaubwürdig, der Bürger, der gegen ihn zeugt, nicht. Und Sozialdemokraten sind zudem „von Parteilichkeiten verdächtig“, denen man überhaupt nichts glauben darf, wenn sie Beamte beschuldigen. So ist's recht im Deutschen Reich, dem Lande der „vollendetsten Rechtsgarantien“.

Aus Industrie und Handel.

Hohe Durchschnittslöhne und ihre Ursachen.

Gegenwärtig werden von den Montanindustriellen im gesamten deutschen Bergbau die kräftigsten Anstrengungen gemacht, um der Welt zu „beweisen“, daß die Höhe „sprunghaft“ gestiegen sind. Welchen Wert man dergleichen Aufmachungen, in denen die Lohnnachweise der Anknüpfungspunkten und Berufsgegenständen herhalten müssen, beizumessen hat, das hat schon eine Verhandlung vor der Strafkammer in Essen vor einiger Zeit bewiesen. Eine Zuschrift aus Bergmannsreisen an die „Arbeiterzeitung“ in Dortmund bietet einen neuen Beleg dafür, wie die hohen Durchschnittslöhne — gemacht werden. Der Mann schreibt:

Vor einiger Zeit war ich plötzlich gezwungen, krank zu feiern, der Arzt hatte Krankenhausbehandlung angedeutet. Ich war also genötigt, mir auf der Suche einen Krankenschein ausstellen zu lassen. Der Steiger kam meinem Wunsch nach, dann bedeutete er mir, daß ich mit dem Schein zum kaufmännischen Bureau der Zeche müsse, damit er dort den Vermerk meiner Lohnklasse erhalte. Ich ging auch hin und nahm mir mein Lohnbuch mit, damit ich nicht benachteiligt werde. Aber in dieser Beziehung hatte ich mich umsonst gefordert, ich kam besser weg wie ich hoffen konnte. Laut Lohnbuch hatte ich im letzten Monat auf 27½ Schichten 157 Mark verdient, in der Lohnliste auf dem kaufmännischen Bureau, die augenscheinlich amtlichen Meßstab dient, stand aber, ich habe in 24 Schichten 157 Mark verdient. Mein Lohn stimmte also, aber es fehlten mir 8½ Schichten. Nehulich war es mit den zwei vorhergehenden Monaten, mein Lohn stimmte jedesmal, aber immer fehlten Schichten, insgesamt in den drei Monaten elf Schichten. Die Folge war nun, daß ich auf meinem Krankenschein eine höhere Lohnklasse verzeichnet bekam und dadurch auch mehr Krankengeld erhielt, als mir eigentlich zustand. Später habe ich meine Entdeckung mit mehreren Kameraden besprochen und da stellte es sich heraus, daß ich ihnen gar nichts neues erzählte, sie mußten selbst schon von diesen Praktiken aus eigener Erfahrung. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß es sich um systematische Fälschungen handelt, die einen bestimmten Zweck haben müssen, den zu erkennen nicht allzu schwer ist. Da die Listen zur amtlichen Statistik verwendet werden, so kann es sich nur darum handeln, die Durchschnittslöhne höher erscheinen zu lassen, wie sie in Wirklichkeit sind. Denn wenn, wie in meinem Fall, in drei Monaten elf Schichten zu wenig berechnet werden, so muß der Durchschnittslohn erheblich höher erscheinen. Wenn es dann in amtlichen Lohnstatistiken heißt, der Durchschnittslohn hat 4,28 R. betragen, betrug er in Wirklichkeit vielleicht nur 3,80 oder 3,90 R. So werden die Vergleiche, so wird auch die Öffentlichkeit betrogen. Ob die Regierung von dieser zweierlei Durchführung der Zeche über die Löhne der Vergleiche Kenntnis hat? Es ist nicht anzunehmen, denn die Zechenverwaltungen üben gerade den Versuch, um auch die Regierung zu täuschen. Vielleicht wird man meine Behauptungen ablehnen, aber wahr sind sie doch. Viele Vergleiche werden es bezeugen können.“

Mendelssohn und Jzowski. „Nietich“ (14. November) meldet: „Die Auslandsreise des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten Jzowski hat ein reales Ergebnis gezeitigt. Der Panter Mendelssohn hat eingewilligt, für die Rückzahlung der Hälfte der bei ihm aufgenommenen kurzfristigen Schuldscheine die Frist zu verlängern und zwar unter Bezahlung von 6½ Prozent Zinsen für die Zeit der Fristverlängerung.“

Der Standard-Del-Truß unter Anklage. Die amerikanische Regierung hat ihre Klage gegen den Del-Truß anhängig gemacht. Es sind 70 Zentralen, die sich zu dem großen Truß vereinigen, der 90 Prozent des ganzen Geschäftes in Del in den Vereinigten Staaten unter sich hat. Durch geheime Verträge mit den Eisenbahnen wurde alle Konkurrenz aus dem Felde geschlagen. Das Eigentum des Trußes wurde von diesem als 60 Millionen Dollar wert angegeben; dagegen wurde festgestellt, daß der Truß von 1882 bis 1895 an Dividenden 512 Millionen Dollar ausgezahlt und außerdem ein großes Kapital angesammelt hat, dessen Höhe die Regierung nicht feststellen konnte. Die Jahresdividenden während der letzten neun Jahre schwankten zwischen 33 und 48 Prozent. In der Anklage werden Kodeseller und seine Verbündeten „Verschwörer“ genannt. Der Standard-Del-Truß ist der mächtigste und reichste Truß der Welt.

Deutsche Interessen in Dänisch-Westindien. Im Anschluß an die Aufklärungen über die deutsch-dänisch-westindische Schwindelotterie, über die der „Vorwärts“ in Nr. 248 kurz berichtete, brachte „Social-Demokrat“ dieser Tage zwei längere Artikel über das Interesse, das das offizielle Deutschland und deutsche Kapitalisten daran haben, daß jene Inseln nicht an Amerika verkauft werden. Der Artikel ist die Frage vorangestellt: „Ist Dänemark Schirmbreit für deutsche Interessen?“, und es scheint tatsächlich, daß die dänischen „Patrioten“ mit ihrer Agitation gegen den Verkauf der Inseln, ihrem Gerede von der wirtschaftlichen Hilfe, die den Inseln zuteil werden sollte, und schließlich mit der Lotteriegründung weniger ihrem Vaterlande und dessen Kolonien als vielmehr dessen Kapitalinteressen dienen.

Der Passagier- und Handelsverkehr nach Westindien und Mittelamerika liegt größtenteils in Händen der Hamburg-Amerikalische und der Freibahn von St. Thomas dient ihr hierbei als Basis. Würde diese dänische Insel in den Besitz der Vereinigten Staaten übergehen, so würde das zweifelslos den Interessen dieser Gesellschaft schweren Schaden bringen. Als früher, vor einer Reihe von Jahren unter den verschiedenen konservativen Ministern Dänemarks über das Schicksal der Inseln debattiert wurde, tauchte auch der Gedanke auf, sie, statt sie an Amerika zu verkaufen, Deutschland als Kaufobjekt für Nord-südwestlich anzubieten, in der Meinung, daß gewisse Streife in Deutschland stark an einer Herrschaft über die Insel, vor allem über St. Thomas, interessiert wären. Aber man mußte wohl damit rechnen, daß Amerika es schließlich billigen würde, wenn eine europäische Großmacht Neuwerbungen in Westindien machen wollte. „Hat Deutschland Dänemark über den Verkauf der Inseln Vorstellungen gemacht und ist die Ablehnung des Verkaufsvertrages eine Folge davon?“ Dies ist die zweite Frage, die unser Bruderorgan stellt. Die diplomatischen Verhandlungen mit anderen Mächten werden ja auch in Dänemark vor dem Volke geheim gehalten. Aber das Zusammenstreben gewisser Erscheinungen deutet darauf hin, daß man auch diese Frage bejahen kann, besonders wenn man das Verhältnis Wilhelms II. zu dem mächtigen Direktor Wallin der Hamburg-Amerika-Gesellschaft in Betracht zieht. Seit 1864 fanden sich Dänemark und Dänemark sehr kühl gegenüber, und es wurde auch nicht viel besser, nachdem Wilhelm II.

1888 nach seiner Thronbesteigung in Kopenhagen war. Vierzehn Jahre lang wurden dann keine Besuche zwischen den beiden Höfen getauscht. Darum erregte es auch großes Aufsehen, als plötzlich zur selben Zeit, da die Entscheidung über den Inselhandel bevorstand, offiziell erklärt wurde, daß das Verhältnis zwischen beiden Ländern recht freundschaftlich wäre. Am 22. Oktober 1903 vertwarf das Landsting den von Amerika gutgeheißenen Kaufvertrag mit 82 gegen 82 Stimmen. Am 26. Oktober reiste der Dänenkönig Friedrich zum Besuch des Berliner Hofes und von allen Seiten wurde das als eine politische Begebenheit angesehen, bestimmt eine Annäherung zwischen beiden Ländern einzuleiten. Am 2. April selbigen Jahres kam der Kaiser nach Kopenhagen und zeigte sich so außerordentlich herzlich dem König gegenüber, den er 14 Jahre lang nicht gesehen hatte. — Wenn einmal die geheime Geschichte dieser plötzlichen Annäherung klargelegt werden kann, wird man gewiß erkennen, wie Max Wallin an den Drähten gezogen hat.“ „Social-Demokrat“.

Neben dem dänischen Hof war es vor allem die dänisch-afrikanische Kompagnie, die für Ablehnung des Inselverkaufs agitierte, und diese Gesellschaft richtete, gleich nachdem sie dies erreicht hatte, eine westindische Dampferlinie ein, von der einstimmig Leute meinten, daß sie zur Förderung des Handels mit dem Mutterlande dienen sollte. Sie gründete auch ein Kontor in St. Thomas, das aber wieder aufgehoben wurde, sobald die patriotische Bewegung in Dänemark abgeklaut war. Nun werden die Geschäfte im Kontor der Hamburg-Amerika-Gesellschaft erledigt. Die westindische Linie ist offenbar nur noch eine Fikale der Hamburger Gesellschaft, die sich, nach langem Konkurrenzkampf, mit jener dänischen Gesellschaft sowie mit der norwegischen Dampfschiffahrt sowohl über den Verkehr nach Ostafrika wie auch dem Atlantischen Ozean geeinigt hat. Die dänischen „Oskafaten“ haben auch dafür gesorgt, daß einer ihrer alten Kapitäne Gouverneur auf den Inseln wurde, und dessen erste Regierungshandlung war, daß er den Repräsentanten der Hamburg-Amerika-Gesellschaft in St. Thomas zum königlichen Mitglied des Kolonialrates machte.

Wo die wirtschaftlichen Interessen so stark verbunden sind, ist es leicht begreiflich, daß sich deutsches Kapital bereit fand, eine Lotterie zu unterstützen, die Dänemark, vorläufig auf drei Jahre, einen Zuschuß zu den Inseln sichert. Dem dänischen Volke sollte natürlich weisgemacht werden, daß Ehre und Wohl des Vaterlandes die Erhaltung des Inselbesitzes erforderten.

Aus der Frauenbewegung.

Zur gest. Beachtung.

Die Adresse der Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands ist ab 20. November 1903

Dittlie Waader,

Berlin S.W., Lindenstr. 3, letzter Hof parterre. Dorthin befindet sich auch das Bureau der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Brieg. Donnerstag, 22. November bei Weniger, Werderstr. 28: Vortrag. Genossin Kimmritz: „Arbeiterchaft und Sittlichkeit“.

Pankow. Donnerstag, 22. November, 8½ Uhr, bei Großkur, Perlmorstr. 27: Vortrag. Genossin Jäger: „Die Zukunft des jungen Proletariats“.

Gerichts-Zeitung.

Rehmen Sie die Mißgabel und schlagen Sie dem Manne damit übers Kreuz!

Ein interessanter Schuymann beschäftigte am Sonnabend das Essener Schöffengericht. Der Polizeiergeant Wilhelm Steiof trat als Kläger auf, weil er „ein netter Hüter der Ordnung“ genannt war. Er und der Tischlermeister Jakob R. wohnen zusammen in einem Hause. Im Juni dieses Jahres erhielt St. eine Fuhrer Miß. er beauftragte den Fuhrer, den Miß direkt unter dem Parterresfenster des St. abzuladen. R., der das hörte, erkundigte sich nun, wie lange der Miß dem dort lagern solle. Als er von dem Polizeiergeanten ganz barisch zur Antwort erhielt: „Das geht Sie gar nichts an!“ protestierte er gegen das Abladen des Mißes vor seinem Fenster. Dieser Protest veranlaßte den Polizeiergeanten, dem Fuhrer zu sagen: „Rehmen Sie die Mißgabel und schlagen Sie dem Manne damit übers Kreuz!“ R., der nicht recht gehört zu haben glaubte, meinte darauf: „Was, Sie als Hüter der Ordnung beauftragen den Fuhrer, mich mit der Mißgabel zu schlagen?“ Statt ihn einer Antwort zu würdigen, rief der Polizeiergeant dem Fuhrer nochmals zu: „Schlagen Sie ihm mit der Mißgabel übers Kreuz!“ Wer das grüßte Maul hat, dem muß es gestopft werden! Dieser Vorfall wurde durch Zeugen betwiesen und schließlich auch von dem Polizeiergeanten Steiof zugegeben. Der Vorliegende rief ihm daraufhin zwar mehrfach, den ihm von St. wiederholt angebotenen Vergleich anzunehmen und die Kosten zu übernehmen. Statt dessen aber erklärte Steiof, er sei der Befehle, denn St. habe ihn gekränkt und beschimpft, denn er habe erklärt, er (St.) sei ein netter Hüter der Ordnung. Er wolle keinen Vergleich, sondern er ziehe das Urteil des Gerichtshofes vor. Er wurde darauf infolge der von St. erhobenen Widerklage zu 50 Mark Geldstrafe event. zehn Tagen Haft und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß eine solche Aufforderung zur Gewaltthatigkeit, und noch dazu seitens eines Polizeiergeanten, eine große Rohheit voraussetze und daß der Kläger zu der ihm zugeschriebenen Bezeichnung: „St. sei ein netter Hüter der Ordnung“, voll und ganz berechtigt gewesen sein würde. — Führt wahr — ein netter Hüter der Ordnung.

Abtreibung.

Der praktische Arzt Dr. Heinrich Goldberg hatte sich gestern in Gemeinschaft mit der Frau Maria G. wegen Verbrechen wider das leibende Leben vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Das Erkenntnis ging dahin: die Frau G. wurde wegen versuchten und vollendeten Verbrechen gegen den § 218 des Strafgesetzbuches zu sieben Monaten Gefängnis, der Angeklagte Dr. G. wegen Weisung dazu zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt.

Zum Prügelrecht der Lehrer.

Der Stadtschullehrer Groger zu Ratibor war eines Tages durch den Schüler Wilpert, den Sohn eines Sattlermeisters, in seiner Mittagsstube gestört worden. Der Knabe pfiff nämlich nahe seiner Wohnung lärmend auf einer Blechpfeife. Er unterlagte es dem Jungen, der pfiff aber lustig weiter, in dem Glauben, er habe es nicht nötig, nach dem Lehrer zu hören, dessen Schüler er zwar früher war, der aber jetzt einer anderen Klasse vorstand. Wilpert junior soll dem Lehrer auch die Junge gezeigt haben. Am anderen Tage mußte er sich in der Schule bei Groger melden und wurde von ihm streng gezüchtigt. Ein Arzt stellte verschiedene Strichen auf dem Rücken fest. Der Vater klagte gegen den Lehrer und gegen diesen wurde auch vom Schöffengericht das Hauptverfahren eröffnet. Die Regierung zu Doppeln erhob jedoch zugunsten des Lehrers den Konflikt, mit der Begründung, daß der Lehrer Groger in Ausübung seines Amtes gehandelt und seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe. Das Recht der Züchtigung habe ihm auch gegenüber einem solchen Schüler seiner Schule, der einer anderen Klasse angehörte, zugehört. — Der achte Senat des Oberverwaltungsgerichts erklärte auch den Konflikt der Regierung für begründet, so daß das Verfahren gegen den Lehrer endgültig eingestellt ist. Eine Ueberechnung der Amtsbefugnisse könne unter den obwaltenden Umständen nicht angenommen werden.

Die für das Prügelrecht der Lehrer im Gegensatz zum Reichsgericht eintretende bedauerliche Praxis des Oberverwaltungsgerichts ist dem Ansehen der Lehrer nicht förderlich, schädlich dem Interesse der Kinder.

Die geschlechtliche Aufklärung der Jugend.

Zu diesem Kapitel lieferte eine Gerichtsverhandlung in Nürnberg sehr interessantes Material. Ein 14jähriger Junge stand unter der Anklage eines Verbrechen wider die Sittlichkeit. Im Einverständnis mit einem 6 Jahre alten Mädchen ging er mit diesem in eine Ecke der Stadtmauer, um — wiederum im Einverständnis mit dem Mädchen — das angusshauen, was ihm, dank der verkehrten Erziehungsmethode, bisher als ein buntes Geheimnis und inselgeheimnis als etwas Interessantes und Anreizendes galt. Handlungen, wie sie sonst Sittlichkeitsverbrechen begehen, unternahm er an dem Mädchen nicht, er wollte lediglich seine, durch besondere, nachher noch zur Erwähnung kommende Umstände aufs höchste gespannte Neugierde befriedigen. Ein Schuymann, darauf aufmerksam geworden, überraschte die beiden, worauf sie — auch das Mädchen — davonliefen.

Vor Gericht bemühte sich nun der Vorstehende, festzustellen, ob der als Sittlichkeitsverbrecher auf der Anklagebank sitzende 14jährige Jube die notwendige Einsicht seiner strafbaren Handlung bei Begehung der Tat gehabt habe.

Mehrere Zeugen und Sachverständige wurden vernommen. Ein Kriminalwachmeister war auf Grund seiner „Polizei-wissenschaften“ zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Junge die erforderliche Erkenntnis besitzen haben müsse. Das gleiche Gutachten gab ein früherer Lehrer des Angeklagten. Zwei andere Lehrer dagegen erklärten, daß der geistig wenig begabte Knabe wohl gewußt habe, daß das, was er tue, sündhaft sei, daß er aber auf keinen Fall das Bewußtsein gehabt haben könne, dadurch auf die Anklagebank zu kommen. Die Tat sei lediglich als Hörsbubenstreich aufzufassen. Zu dem gleichen Gutachten kamen auch zwei ärztliche Sachverständige. Die Ausführungen des einen ärztlichen Sachverständigen waren ganz besonders interessant, weil er als sehr oft in Anspruch genommener Hausarzt der Familie diese und speziell den Knaben sehr genau kennt. Er sagte, die Eltern seien von jeher um ihre Kinder sehr besorgt gewesen und hätten sie sehr sorgfältig und in gutem Sinne erzoogen. Der Vater sei ein sehr solider Arbeiter, die Mutter etwas zu gut. Wenn der Junge zu Schleichigkeiten gekommen sei, dann nur durch schlechte Gesellschaft, denn in der Familie herrsche nach seiner langjährigen Beobachtung ein sehr guter Ton und über „unschöne“ Dinge werde nie ein Wort gesprochen.

Im Laufe der Verhandlung wurde auch festgestellt, daß der Junge bis zu seiner Entlassung aus der Schule über sexuelle Fragen vollständig unwissend war. In seiner Familie war über „unschöne“ Dinge niemals gesprochen worden, der Jube bekam aber im Geschäft über sexuelle Dinge von Gesellen Aufklärung und zwar in äußerst schmutziger Weise. Diese unlautere Aufklärung auf sexuellem Gebiet ist nach dem Gutachten die unmittelbare Ursache des unter Anklage stehenden Sittlichkeitsverbrechen des in die geschlechtliche Reife eintretenden Jungen.

Nach dem bekannten Schema der meisten Staatsanwälte „bewies“ der Vertreter der Anklage in „überzeugender“ Weise, daß der Knabe verurteilt werden müsse. Die wissenschaftlichen Gutachten der Sachverständigen galten ihm nichts. Er beantragte für den noch in den Kinderschuhen stehenden Angeklagten 2 Monate Gefängnis!

Nach einem längeren Plaidoyer des Verteidigers sprach das Gericht den Angeklagten auf Grund der Gutachten frei.

Dieser Prozeß zeigt wieder mit großer Deutlichkeit die ganze Verfehrtheit unseres Erziehungssystems. Anstatt daß man mit dem Kinde von frühester Jugend an über geschlechtliche Dinge ganz so unbesorgen spricht, wie man von sonstigen Naturdingen zu reden pflegt, hat man in Schule und Haus seit Jahrhunderten dem Menschen seinen ängstlichen, innerlich unwahren Schein vor allem, was mit den natürlichen Vorgängen und Erscheinungen des Geschlechtslebens zusammenhängt, eingepflanzt und eingepaukt, hat die Aufklärung der Jugend über geschlechtliche Fragen, die im Leben doch eine so große Rolle spielen, schlechten Büchern oder schlechter Gesellschaft überlassen, ohne daran zu denken, daß diese Art Aufklärung nie aus lauterer Quellen fließt, nie in wohlmeinender Absicht erfolgt, nie in einer sachlich, objektiv und beurteilensfreien Einführung in das entlegene Gebiet besteht und nie von dem sittlichen Ernst getragen wird, dessen sie unbedingt bedarf, wenn die sittliche Reinheit des Kindes trotz erfolgter Aufklärung gewahrt bleiben soll. Man denkt in unserer heutigen Gesellschaft nicht daran, daß die frühe Geheimniskrämerei notwendigerweise lästerliche Neugierde erwecken muß, wie es im vorliegenden Falle geschah, und läßt die Tatsache ganz außer Betracht, daß die Unwissenheit, die geschlechtlichen Dinge als etwas Natürliches, Harmloses zu betrachten, die Erzeugung und Neugierde für später abtumpft und den Reiz des Geheimnisvollen ein für allemal nimmt.

Die Lehre aus diesem Prozeß ist also — für alle! — die: Bemühen wir uns, der Jugend im frühesten Alter nach und nach über die hauptsächlichsten Fragen des Geschlechtslebens volle Klarheit zu verschaffen und gewöhnen wir uns vor allem selbst daran, über diese Dinge nur ernst zu denken und ernst zu sprechen. Dann wird auch Gerichten keine Gelegenheit mehr gegeben sein, über dieselben als über Vergehen, gegen die Sittlichkeit befinden zu müssen.

Versammlungen.

Die Angehörigen der Firma Hildebrand versammelten sich am Donnerstagabend im Kolberger Salon, um die gegenwärtige Lage im Betriebe zu besprechen. Die Firma hatte sich durch eine Versammlung in der Fabrik, eingeleitet und überwacht von den Reistern, die „Justizreden“ der Arbeiter in einer Resolution beschließen lassen. Man arbeitete dem Einfluß der Organisation mit aller Macht entgegen; trotzdem haben sich nicht mehr wie 28 Arbeiter abtrünnig machen lassen. Die übrigen bleiben treue Mitglieder des Verbandes und werden ebenso viele Agitatoren sein, bis sämtliche etwa 1200 Angestellte organisiert sein werden. Der Besuch war ein guter und die Beteiligung an der Diskussion eine rege. Vorläufig gilt es noch agitatorische Kleinarbeit zu verrichten, bis die Organisation stark genug ist, um mit energischen Schritten vorgehen zu können.

Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Hildebrand, sämtlich in ihren zuständigen Verbänden organisiert, protestieren mit aller Entrüstung gegen die im Betrieb selbst abgehaltene Versammlung, wofolbst ein Vertrauensvotum für die Firma künstlich konstruiert worden ist, und zwar zu dem Zweck, die öffentliche Meinung irre zu führen und die Firma Hildebrand um jeden Preis als humanitäre Arbeitgeberin hinstellen zu können. Die Versammelten sprechen ihren Organisationen nach wie vor ihr volles Vertrauen aus, wenn sie auch in jener Versammlung aus leichtbegreiflichen Gründen nicht so auftreten konnten, wie es im Interesse von Recht und Wahrheit notwendig gewesen wäre. Sie sprechen ferner den interessierten Mächtern und Leitern jener Komodie ihre tiefste Verachtung aus, da diese Herren nur ihre eigenen, servilen Interessen, nicht aber die der schlecht bezahlten und schlecht behandelten sonstigen Angestellten der Firma zum Ausdruck gebracht haben.“

Aus allen diesen Gründen versprechen die Versammelten, fest und treu zu ihren Organisationen zu halten, um so durch Einigkeit ein Nachhaken zu werden, an dem auch endlich einmal der Hebermut der Firma Hildebrand elend Schiffbruch leiden wird und muß.“

Leser- und Diskussionsklub „Südost“. Dienstagsabend 6½ Uhr im Tollsberg, Göttingerstr. 52.

Für den Inhalt der Zeitschrift übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 20. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Cyberhaus. Orpheus und Eurpyle. II. Teil. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Das Glasband. Neues Operntheater. Geschlossen.
Deutsches. Das Wintermärchen. Vorzug. Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsfeier.
Weiten. Schützenlied.
Zeitung. Das Blumenboot.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Die rote Robe.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Radiosches Theater.) Der Hochtourist.
Neues. Die Condottieri.
Komische Oper. Lakmé.
Reichshallen. Trübsal.
Yachtclubhaus. Jufarenfieber.
Reichsh. Ein Decker Gatte.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Der Hauptmann v. Köpenick.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Ein Kind des Glücks.
Bernhard Rose früher Karl Weiß. Ausgewiesen.
Trion. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Wolke. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kaffee. Die beiden Champagnol.
Folies Caprice. Serenissimo August XXVI. — Das Provinzmädel.
Vollage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stiller Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Teubenerstraße 18/19. Im wissenschaftlichen Theater: 8 Uhr: Eglis.
Hörsaal 8 Uhr. Dr. R. v. Unruh: Das Petroleum.
Sternwarte. Jussarensfieber. 57/62.
Im Theateraal. Abends 8 Uhr: Dr. F. Ristenpart: Die Zeit auf der Erde. Der Kalender.
Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Heute abend 8 Uhr (Guthschneide ungenügend):
Schützenlied.
Fritz Berner a. G.
Mittwoch 8 Uhr: Oratorium Die Schöpfung. Guthschneide ungenügend.
Neues Schauspielhaus.
Dienstag, den 20. November:
Die Hochzeitsfeier.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch geschlossen.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Donnerstag: Die Condottieri.
Freitag zum 1. Male: Kinder.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr zum 122. Male:
Ein idealer Gatte.
Mittwoch (Suhlay) geschlossen.
Donnerstag zum 123. Male. Freitag zum 124. Male: Ein idealer Gatte.
Sonnabend 9. 1. Male: Die Feinde. Eigenen (3 Akte) von Maxim Gorki.
Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Lakmé.
Mittwoch geschlossen. Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen. Freitag: Carmen. Sonnabend: Die Bohème. Sonntag abend: Lakmé. Montag: Hoffmanns Erzählungen.
Lortzing-Theater.
Belisariusstr. 7/8.
Dienstag, d. 20. November, 7 1/2 Uhr:
Undine.
Abonnement gültig.
Morgen Mittwoch geschlossen.
Donnerstag: Die Fledermaus.
Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr: Jufarenfieber.
Mittwoch geschlossen.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Jed. Abend 8 U. Gastsp. A. Philipp:
Im wilden Westen
und
Herr „Hauptmann“
v. KÖPENICK.
Sonnab. 9 1/2 Uhr. Kleine Preise.
Die Reise durch das Märchenland.
Sonntag abend Gastsp. A. Philipp:
ER und ICH.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater **Sizilien.**
Abends 8 Uhr:
Hörsaal 8 Uhr: Dr. M. v. Unruh:
Das Petroleum.
Invalidenstr. 57/62, Sternwarte.
Im Theateraal:
Abends 8 Uhr Dr. F. Ristenpart:
Die Zeit auf der Erde. Der Kalender.

Zentral-Theater.
(Cigarette). 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 31.
Abends 8 Uhr:
Ein Kind des Glücks.
Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag: Sherlock Holmes.
Freitag zum 1. Male: Desjola.
Sonnabend 4 Uhr Kindervorstellung:
Die sieben Raben.
Abends: Rote Weiber.
Sonntag nachmittag geschlossen.
Abends: Sherlock Holmes.
Montag: Rote Weiber.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute, Anfang 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 3 Akten v. Tristan Bernard
und André Godfernaud.
Comte Robert de Gondan:
Richard Alexander.
Mittwoch geschlossen. Donnerstag
und folgende Tage: Triplepatte.
Totensonntag nachmittag keine Vor-
stellung. Totensonntag abends 7 1/2 Uhr:
Frau-Frau.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Dienstag, den 20. November 1906:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 3 Akten von Hermann
Eudermann. Anfang 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Ausgewiesen.
Soziales Volksstück in vier Akten von
Karl Böttcher.
Billetvorverkauf für 8 Tage vorher
von 10-11 Uhr an der Theaterkasse.
Mittwoch geschlossen. Donnerstag u.
Freitag: Der Millionebauer. Sonn-
abend Premiere: Die neue Welt.
Sonnt.: Der Glückner v. Notre Dame.

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern
von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor
Richard Schultz.
Massary, Wolff, Bender,
Giampietro, Josephi.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Bußtag geschlossen.

Winfergarten.
Heute:
Ruth St. Denis
die berühmte
indische Tänzerin
u. das interessante
Spezialitäten-
Programm.
Bros. Permann, The 3 Urmas -
Excursions. Sisters Taper -
Angelo's. Isabella Kunstel. -
La Villa a. O.K. Sato.
Sandmalerei. Kom. Jongleur
Das Millman. Maria Vincent
Trio Dramas. Akt. von der Kibitz.
Staley's Ver- Oper in Madrid.
wandlungsakt. Ujem Hai San
D. mus. Kappand. Chinesentrup.
Im sonnigen Clotilde Florida
Spanien. Engl. Span. Theater.
Salvatore. Der Biograph
Teller. In a Land. 1. Wandaufen.
2. Die Nachwelt.
im Automob.

W. Noacks Theater.
Direktion Rob. Dill. Sprennerstr. 16.
Der Trompeter von Säckingen.
Berner Kirchofer: Dir. Robert Dill.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Mittwoch keine Vorstellung.
Donnerstag 3. letzten Male: Adèle.

Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter Allee 83.
Das vollständig neue
November-Programm.
Der Hauptmann v. Köpenick
Großer Vorverkauf.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die rote Robe.
Schauspiel in vier Akten von Eugen
Scribe. Deutsch von Anne St. Gère.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Oratorium-Aufführung:
Die Jahreszeiten.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Schiller-Theater N. (Friedr.-W. Th.).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Schwank in 3 Akten von Kurt Kraus
und Max Real.
Mittwoch geschlossen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.

Typographia
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.
Gegr. 1879. — Chormeister Alexander Weinbaum. — M. d. A.-S.-B.
Sonntag, den 25. November (Totensonntag)
im Festsaal der „Neuen Welt“, Hasenheide:
KONZERT.
Mitwirkende: Helona Hartwig (Sopran), Herzogl. Braun-
schweig. Hofopernsängerin; Alfred Wittberg (Violine); Joseph
Rytkind (Bratsche). — Anfang 8 1/2 Uhr.
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.
Eintrittskarten a 40 Pf. sind zu haben bei den aktiven Mit-
gliedern, sowie den bekannten mit Plakat belegten Zahl-
stellen des Vereins.

Zirkus Schumann
Ganz Berlin
spricht nur
noch von
Größten Tigergruppe
wilde Dressur
10 wilde Königstiger 10
und von den
5 Königen der Luft
Les 5 Alex in ihren phäno-
menalen Leistungen. Ferner
Les 5 Piroscoffis
und das Sensations-Programm.
Um 10 Uhr: Die große Ausstattungs-
Pantomime: Ein
Tag in Monte Carlo.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Josefine Dora
neueste Schlager.
Mary Irber
von den „11 Scharfeichten“ in
München.
Georg Kaiser
„Wassische“.
Damen-Jiu-Jitsu
japanischer Ringkampf.

Apollo
Theater
Nur noch 10 Tage!
Liane d'Eve. Die Original-
Ratichse-Tänzerin.
Die Seldoms. Plastische Darstell.
1 Dame, 3 Herren. Neue Bilder
und das große November-Programm.
Berlin im Omnibus
mit dem Omnibus-Trio.

Fröhels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Eines erstklassige Kleinstspielfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Tanzleistung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.
Lenore,
die Gräbesbrant.
Schauspiel mit Gef. in 3 Abteilungen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf:
Krieger & Oberbeck, Rastamaniallee 1.
Rond. Handwerker, Schönh. Allee 153.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Zirkus Busch.
Dienstag, den 20. November 1906,
abends 7 1/2 Uhr:
Rom.
Große Original-Ausstattungs-
Pantomime des Zirkus Busch in
7 Bildern.
I. Bild: Im Hause des Neikos.
II. Bild: Das Bräutigamsversteck.
(Radium-Ballett). III. Bild: Im
Sens. IV. Bild: Die großen
Kampfschiffe des Zirkus Caligula.
Vergilianne, Schwertkämpfer,
Wettkämpfer, Ringkampf zu Fuß u.
zu Pferde. Faustkämpfer. Die
Todesfahrt über die zerprengte
Brücke. V. Bild: Im Nero's Palast.
VI. Bild: Das große Opferfest im
Tempel des Saturn. Brand und
Zusammensturz des Tempels.
Wissensspiele. Bilder
aus der römischen Vergangenheit.
VII. Bild: Phantastische Allegorie
in 1000 Bildern u. Wasserpielen.
Ferner: Nur noch wenige Tage:
Monsieur Romeo's
staunenerregende Automobil-
Experimente. Ueberfahren mit
einem 70 PS. Fiat-Bogen.
(Gewicht 30 Pfd. schwer und vier
Zerlassen). Zur Verfügung gestellt
b. H. Pa. Loeb u. Co., G. m. b. H.,
Berlin. Herr Schumann, Resi-
duieren. Herr Burkhardt-Football,
Schlichter, und das große
Gala-Programm.

Folies Caprice.
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI.
Vorher: Das Provinzmädel
und Das Modell.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf an der Theaterkasse
von 10-12 Uhr u. bei Wertheim.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Der Hausfreund.
Mittwoch geschlossen.

Berliner Prater-Theater
Rastamen-Allee 7-9.
Dienstag, den 20. November 1906:
Mutterlegen.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch 8 Uhr: Am Altar.

Walhalla-
Varieté-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Das effektvolle November-Prgr.
Das schwarze
Udel-Quartett
(Original Black Troubadours).
Die fluge Rosa!
14 vorzügliche
Spezialitäten
14
Anfang 8 Uhr.
Nunmehr überall gehalten.

Kasino-Theater
Lottfingergstr. 37. Täglich 8 Uhr
Die
beiden
Champagnol.
Sonntag 4 Uhr: Die goldene Brücke.

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormen-Prgr.
Verbindung mit größter Filma-
fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Charlottenburg!
Freie Volkshühne.
Sonnabend, den 24. November,
abends 8 Uhr.
Schiller-Theater N., Schauspielf. 25:
Theater-Vorstellung.
Zur Aufführung gelangt:
Der Hochtourist.
Schwank von Kurt Kraus u. Max Real.
NB. Diese Vorstellung findet nur
für alle Mitglieder statt und
müssen die Vereinsmarken bis zum
Freitag, den 23. November, gefleht
sein. 297/7
Eine Wiederholung der Aufführung
für neu eintretende Mitglieder
und Gäste findet am 1. Dezember
statt. Hierzu sind Gaskarten in be-
schränkter Anzahl zum Preise von
50 Pf. in allen Zahlstellen zu haben.
Das Winterfest der Volks-
hühne findet am Sonntag, den
2. Dezember, im großen Saal des
„Volkshauses“ statt.
Eintrittskarten hierzu gleichfalls in
allen Zahlstellen. Der Vorstand.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Hrsse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der glänzende
November-Spielplan.
Neu: **Little Fred Neu!**
Der 16jährige Entsetzungsstänker:
Befreiung aus der Zwangsjacke!
Arsène Argolia
Gnude- und Tanden-Dressur.
Dazu: 10 Attraktionen 10
und: Eine vom Ballett. Lust-
spiel.
Familienarten, zum halben Kassen-
preise gültig, in allen Barbier-
Friseur- u. Haarangelegten gratis.
Sanssouci. Kottbuser-
Direktion W. Reimer.
Heute Dienstag:
Theater-Abend.
Zum ersten Male:
Arbeit schändet nicht.
Goldstück m. Gef. in 3 Akten
von Neffingen.
Jeden Sonntag, Montag u.
Donnerstag:
Nord. Sänger und Tanzkränzen.
Sonntags Beginn 5, Wochen 8 Uhr.
Jeden Dienstag: Theater-Abend.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Vollständig neues
PROGRAMM.
Kunstlerkonzert u. Volks-Kabarett.
Buggenhagen
Horitzplatz.
Jeden Dienstag:
Gustav Gottschalk-Gesellschafts-
Konzert. Solisten-Abend.
Neu-Tivoli
Treptow
Neue Krug-Allee 59.
Am Bußtag, den 21. Nov.:
Gr. Wurstessen.
Bogu ergeht einladet
2000! Fritz Preuß.

Der Kenner
raucht
No. 61
hochfeine
6 Pf. Cigarre
vorzüchlicher würziger Geschmack.
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.
Davon in Berlin:
Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr.
Chausseestr. 16, Ecke Invalidenstr.
Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartz-
kopffstraße.
Dresdenerstr. 5, Ecke Adalbertstr.
Friedrichstr. 171, E. Franzos. Str.
Gertraudenstr., Eck Breitestr. 20a.
Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr.
Jerusalemstr. 41, Eck Krausenst.
Kaiser Wilhelmstr. 19, Eck Münzstr.
Markgrafstr. 17, Ecke Junkerstr.
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Potsdamerstr. 57/58, Eck Bülowstr.
Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr.
Rosenthalerstr. 48, Ecke N. Schön-
hauserstraße.
Uhlandstr. 33, E. Lietzenburgerstr.
Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünst.
Wienstr. 22, Ecke Grünauerstr.
Rixdorf: Bergstr. 140.

Sozialdemokratischer Verein
für den
5. Berliner Reichstagswahlkreis.
Nachruf.
Unser langjähriges Mitglied
Georg Feuerherr
ist nach langem, schwerem Leiden
am Donnerstag, den 15. November
verstorben.
Ehre seinem Andenken!
945/19 Der Vorstand.

Sonntag abend 10 1/2 Uhr ver-
storb unser lieber Kollege und
Mitarbeiter
Fritz Weichardt.
Wir werden sein Andenken in
Ehren halten.
Das Personal der Buchdruckerei
G. Bernstein.
Die Beerdigung findet Mittwoch
(Bußtag), nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Neuen
Thomas-Nachhofes, Rixdorf,
Dormannstraße, aus statt. 484/0

Deutscher Senefelder-Bund.
Todes-Anzeige.
Am 16. November verstarb unser
Kollege und Mitglied, der Stein-
drucker
Johannes Voigt
im Alter von 40 Jahren an der
Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. November,
nachmittags um 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-
hofes, Rixdorf, Dormannstraße,
aus statt.
Die Verwaltung der Filiale I.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Straus-Rummelsburg.
Todes-Anzeige.
Am 17. November starb unser
Mitglied, Kollege
Woldemar Schlechte
(Wing Albersstr. 10.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom
Krankenhaus Prinz Albersstraße
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
70/00 Die Ortsverwaltung.

Zentralverein für alle in der Hut-
branche beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen.
Todes-Anzeige.
Am Sonnabend, den 17. d. M.,
verstarb unser Kollege
Woldemar Schlechte
Die Beerdigung findet Mitt-
woch (Bußtag), nachmittags 3 Uhr,
vom Krankenhaus Rummelsburg-
Vorhang, Prinz Albersstraße
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitte
294/00 Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin
E. H. No. 89.
Unser Mitglied, Mitbegründer
des Vereins, Herr
Karl Menger,
Reichenbergerstr. 106,
ist am 13. November im Alter
von 64 Jahren gestorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am
Dienstag nachmittag von der Leichen-
halle des Emmaus-Friedhofes in
Rixd. 199/11
Der Vorstand.

Für die Beweise aufrichtiger Teil-
nahme anlässlich des Todes meines
Tochter Erna sagen wir allen Ver-
wandten und Freunden unseren
herzlichsten Dank.
Lieber-Schönwelder.
Gustav Schmidt, Anna Schmidt
und Kinder.

Danksagung.
Für die herliche Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben
Mannes und guten Vaters
Fidelius Deufel
sagen wir allen Verwandten,
Freunden, Bekannten und Kollegen
den herzlichsten Dank. 180/9
Marie Deufel und Tochter.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 165
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
in Empfohl. viol. Aerie u. Prof. grat. u. d.
H. Dinger, Gummiswarenfabrik
Berlin NW, Friedrichstraße 81/82.

Zur Landtagswahl im dritten Berliner Landtagswahlkreise.

Wahlmänner-Stichwahlen finden heute und am Donnerstag statt und zwar wählt die III. Abteilung heute von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr, die II. Abteilung am Donnerstag, den 22. November d. J., von vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr, die I. Abteilung ebenfalls am Donnerstag, den 22. November d. J., von nachmittags 5 bis abends 7 Uhr.

Stimmen, welche für andere als die zur engeren Wahl stehenden Kandidaten abgegeben werden, sind ungültig. In unserer Sonntagnummer haben wir die Wahlbezirke bekanntgegeben, die für uns in Frage kommen. Zu diesen Bezirken kommen noch folgende hinzu:

- Urwahlbezirk 964. Swinemünderstr. 52-58 und 74-77. Wahllokal: Swinemünderstr. 77 bei Jung. II. Abteilung: Hermann Döring, Schneidermeister, Swinemünderstr. 77. Karl Kuf, Tischler, Swinemünderstr. 55. Urwahlbezirk 1200. Fennstr. 35-44. Am Nordhafen 1-8. Wahllokal: Steeger, Am Nordhafen 6. 2. Abteilung: Paul Krudi, Fennstr. 44. Paul Dahlmann, Nordhafen 8.

Im 1103. Wahlbezirk ist das Wahllokal zur Stichwahl nach Spenerstr. 5 zu Rohland verlegt.

Im 887. Urwahlbezirk befindet sich das Wahllokal Hochmeisterstraße 18 bei Kuy nicht Hochmeisterstr. 48.

Im 948. Urwahlbezirk Rügenerstr. 8 bei Schwarze.

Insofern bei den Stichwahlen sich unsere Gegner gegenüberstehen, haben wir an denselben keinerlei Interesse und unsere Genossen enthalten sich in diesem Falle ihrer Stimmabgabe.

Anderes liegt es dagegen in den Bezirken, in denen Wahlmänner unserer Partei mit den Gegnern in die Stichwahl kommen. Da ist es unter allen Umständen geboten, daß unsere Wähler von ihrem ohnehin geringen Wahlrecht Gebrauch machen. Ausdrücklich sei bemerkt, daß zu diesen Stichwahlen auch diejenigen Wähler ihr Wahlrecht ausüben können, die bei der ersten Wahl nicht gewählt haben. Die Stichwahlen erfolgen in der gleichen Form wie die ersten Erstwahlen. Die Wahl wird pünktlich geschlossen, gleichviel, ob sich noch Wähler im Wahllokale befinden, die noch nicht gewählt haben. Gehe deshalb jeder so zeitig wie möglich zur Wahl.

Außerdem ist es aber dringend geboten, daß sich zahlreiche Parteigenossen bereit finden, Wahlhilfe zu leisten. Ist auch die propagandistische Tätigkeit vor der Wahl die Hauptsache, so müssen doch heute sich genügend Genossen zur Verfügung stellen, um die säumigen Wähler an ihre Pflicht zu erinnern.

Im V. Wahlkreis bittet der Vorstand dringend die Mitglieder, welche es irgend ermöglichen können, sich heute von 10 Uhr früh an dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen. Das Bureau des Komitees befindet sich an diesem Tage bei Wirth, Auguststr. 51 und am Markt der Vorstand von jedem Genossen, der einige Stunden erübrigen kann, tätige Mithilfe.

Alle übrigen Genossen, die helfen können, wollen sich beim Genossen Fahrrow, Ravenstr. 6 einfinden. Diese Aufforderung wollen besonders die Genossen beherzigen, deren Bezirke heute nicht zur Wahl stehen.

Die Wahlbureau sind an folgenden Stellen:

- Das Zentral-Wahlbureau ist bei Karl Fahrrow, Ravenstr. 6. Amt III, 2137, aufgeschlossen. Das Bureau für die I. Abteilung ist bei Julius Bernau, Schredterstr. 23. Amt III, 33. Für die 2. Abteilung bei Heimann, Dunderstr. 79. Amt III, 5304. Für die 3. Abteilung bei Friedr. Gaul, Schönhauser Allee 57. Amt III, 3754. Für die 4. Abteilung bei Fritz Wille, Drummstr. 198. Amt III, 6325. Für die 5. Abteilung bei Fritz Bergmann, Drummstr. 79. Amt III, 2672. Für die 6. Abteilung bei Agthe, Pfugstr. 5. Amt III, 2271. Für die 7. Abteilung bei Karl Wachtstein, Salzweberstr. 16. Amt II, 2791. Für die 8. Abteilung bei J. Casar, Alt-Neubitz 119. Für die 9. Abteilung bei Fritz Jieg, Wiesenstr. 29. Amt II, 1233. Für die 10. Abteilung bei Heinrich Sauerweier, Ragstr. 16. Für die 11. Abteilung a) bei Waghgänger, Prinzen-Allee 82. Für die 11. Abteilung b) bei Hoffmann, Swinemünderstr. 47. Arbeiter! Parteigenossen! Ruht das winzige Wahlrecht, das Euch noch gelassen ist, aus. Gerade heute kommt es auf jede Stimme an. Eine Stimme kann den Ausschlag geben. Stellt Euch außerdem dem Wahlkomitee zur Verfügung und tragt somit zu einem guten Abschluß der Wahlmännerwahlen bei.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 21. November (Vahstag), eine Herrenpartie stattfindet. Abfahrt früh 7 1/2 Uhr vom Görlitzer Bahnhof bis Grünau. Treffpunkt im Wendenschloß. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosenstr. 3, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Der Arbeitersekretär Genosse E. Dittmer spricht über: „Die materialistische Geschichtsauffassung“; ferner werden in dieser Versammlung die Delegierten zur Kreisgeneralversammlung gewählt werden. — Gleichzeitig weisen wir hiermit auf die am Vahstag vom V. Bezirke arrangierte Herrenpartie nach Winkelswerder zum „alten Freund“ hin. Treffpunkt 9 Uhr vormittags bei Parisch, Sefenheimerstr. 11. Der Vorstand.

Leptow-Saumschulenberg. Am Dienstag, den 20. cr., 8 1/2 Uhr, findet in Speers Festsälen die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Emil Eichler über „Jena und Kuerstedt“. 2. Stellungnahme zur preussischen Landeskonferenz und 3. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. Genossen! Sorgt für einen guten Besuch der Versammlung. Der Vorstand.

Adenick. Heute abends 8 Uhr: Versammlung des Wahlvereins im Lokale des Genossen Karl Seidel, Grünauerstraße. Referent: Genosse F. Ewald. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Zegel. Heute Dienstag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen H. Schmidt, Schlieperstr. 64, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Vortrag des Genossen Max Schütte über: „Jena und Kuerstedt“. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Friedenau. Heute abends 1/2 9 Uhr Versammlung bei Grube, Kaiser-Allee. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl von Delegierten zur Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreiches Besuch erwartet Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Die Mitglieder des Wahlvereins unternehmen am Vahstag eine Rappartie nach Stolpe an der Nordbahn. Treffpunkt morgens 1/2 8 Uhr bei Dider, Eichenstr. 70. Rege Beteiligung erwünscht. Für diejenigen, die bis Hermsdorf fahren wollen, Treffpunkt um 10 Uhr daselbst im Forsthaus, früher Dintel. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

wird nicht mehr in der Lindenstr. 69 abgehalten, sondern Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskäfte Bellealliance, Durchgang auch Lindenstraße 101).

Um Irrtümer zu vermeiden, sei darauf aufmerksam gemacht, daß briefliche Anfragen für den juristischen Briefkasten vor wie nach an die Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, zu adressieren sind.

„Hurrabrüllanten.“

Des Dänenkönigs „Ginzug“ in Berlin soll am Montag programmgemäß vor sich gegangen sein. Wir ersehen das aus den bürgerlichen Blättern, die der Reugier ihrer Leser pflichtschuldigst darüber berichten. Sie stellen fest, daß die „Ginzugsträße“ diesmal nur einen einfachen Schmud erhalten hatte, und daß die Menge der Schaustufigen geringer als sonst bei solchen Gelegenheiten war. Aber an Leuten, die sich in der Rolle von Hurraschreibern gefielen, hat es dennoch nicht gefehlt.

Gefehlt hat auch nicht die Abordnung der städtischen Behörden Berlins, die bei Fürstenbesuchen am Brandenburger Tor anzutreten und ihre Wüdlinge zu machen hat. Wilhelm II. hatte durch seinen Oberhofmarschall den Oberbürgermeister „bitten lassen, die hohen fremden Gäste namens der städtischen Behörden von Berlin auf dem Pariser Platz mit kurzer Kurede begrüßen zu wollen“. Daraufhin hatte der Magistrat allergehorfamst beschlossen, zehn Mann aus seiner Mitte abzuordnen, und die Stadtverordnetenversammlung war vom Magistrat ersucht worden, dasselbe zu tun. Die Versammlung, d. h. ihre aus Freisinnsmännern bestehende Mehrheit, tat's auch, wie sie's bisher immer getan hat — und so traten die zehn Mann vor schriftsmäßig mit an und halfen Wüdlinge machen und Hurra schreien.

Bei dieser Hurraschreierei des Freisinn fällt uns ein, was ein freisinniger Stadtverordneter — Herr Perls, der keine Bernegroß — in der letzten Nummer seines Wochenblattes seinen paar Lesern über „sozialdemokratische“ Hurraschreierei zu erzählen weiß. Er behauptet schlankeweg: „Wie können die Herren „Genossen“ so tapfer schmäheln über das verderbte, im Knechtendienste verkommene Bürgerturn, das den Fürsten huldigt und des Männerstolzes vor Königsthronen sich nur gleich einer verkümmerten Sage erinnert! Aber man sehe sich doch einmal die Hurrabrüllanten an, die bei Berliner Paraden die Straßen besäumen und die Geheimnisse der Uniformen und die Herlichkeiten der Hofkutschen mit einer Inbrunst verfolgen, die einem ausgedienten Marsallwacht Ehre machen würde! Das sind dieselben Leute, die bei den Wahlen die Heerschaaren der Sozialdemokratie stellen.“ Das Phantasiegebilde „sozialdemokratischer Hurrabrüllanten“ ist ein Lieblingsstigma des Herrn Perls. Denselben Unsinn hat derselbe Herr Perls schon damals produziert, als er noch in der „Berliner Zeitung“, die später infolge Abonnentenschwundes zu einem Straßenblättchen zusammenschumpfte, selbstgefällig schwagen durfte. Der Mann tut, wie wenn er meinte, daß Arbeiter bei Paraden oder Fürstenbesuchen die Arbeit einstellen, um nach den „Linden“ zu laufen und Hurra zu brüllen. Rein, dazu haben nur die Leute Lust und Zeit, aus deren Reihen bei den Wahlen das Häuflein der Freisinnigen und ihrer konservativen Bundesgenossen sich rekrutiert.

Mit der ewigen Wiederholung seines blöden Schwabes will dieser Freisinnige die Aufmerksamkeit davon ablenken, daß der Freisinn immer und immer wieder das Geld der Steuerzahler hergibt, damit es in buntem Flitter vergeudet werde, immer und immer wieder die Vertreter der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit nach dem Brandenburger Tor scheidt, damit sie Dienerchen machen und Hurra schreien.

Die Stadt Berlin und die E. C. B.

Der Stadtverordnetenversammlung ist eine Magistratsvorlage über den Abschluß eines neuen Abkommens zu dem Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke vom 1. April 1869 zugegangen. In diesem Vertrage heißt es: „Die Leistungsfähigkeit der in dem gegenwärtigen Reichsbild errichteten (Primär-) Stationen darf einschließlich der für Bahnzwecke erforderlichen Elektrizität 42 500 Kilowatt nicht übersteigen. Die Berliner Elektrizitätswerke verpflichten sich, für Erweiterungen außerhalb des jetzigen Reichsbildes gelegenen Werke über eine Leistungsfähigkeit von 37 000 Kilowatt hinaus die Zustimmung des Magistrats nachzusuchen.“ Im Sommer haben die Berliner Elektrizitätswerke angezigt, daß die Anlagen bereits das Maximum des Vertrages erreicht hätten usw. Die Berliner Elektrizitätswerke haben weitere Anmeldungen auf Stromlieferungen nicht mehr angenommen. Die Verhandlungen ergaben, daß eine Befreiung der eingetragenen Schwereleistungen mit einer einfachen Abänderung der Aufhebung dieser Bestimmung nicht zu erreichen sei. Die Berliner Elektrizitätswerke erklärten nämlich, daß sie ohne teilweise Neuordnung des Vertragsverhältnisses nicht in der Lage seien, die zur Erweiterung der Werke bis zum Ablauf des Vertrages erforderlichen Mittel — rund 40 Millionen Mark — sei es durch Ausgabe neuer Aktien-Obligationen aufzubringen. Als besonders hinderlich wurde die Bestimmung hingestellt, wonach die Stadt bei Ablauf des Vertrages das Recht hat, nach ihrer Wahl entweder das Vertragsverhältnis fortzusetzen oder die Werke zum Buch- oder Tagwerte zu übernehmen oder aber das Vertragsverhältnis zu kündigen, derart, daß die Berliner Elektrizitätswerke die Abgabe von Strom unter Benutzung der städtischen Straßen einstellen, die Leitungen auf ihre Kosten entfernen und den früheren Zustand der Straßen wieder herzustellen oder daß sie die in den Straßen liegenden Kabel der Stadt umsonst überlassen müssen. Die Berliner Elektrizitätswerke wiesen nun darauf hin, daß, solange die letzte Möglichkeit bestände und sie befürchten

müßten, ihre Werke durch eine Kündigung der Stadt ohne Übernahme der Werke größtenteils entwertet zu sehen, sie außer Stande seien, das erforderliche Kapital für die Erweiterung und Neuanlagen zu beschaffen. Sie machten deshalb die Aufgabe dieser Bestimmung zur unbedingten Voraussetzung der Erweiterung und verlangten ferner eine Neuordnung des Vertragsverhältnisses nach zwei Richtungen, nämlich die Hergabe eines Teils des im Falle der Übernahme der Werke der Stadt umsonst zuzufallenden Erneuerungsfonds zur Verwendung für die Erweiterungsbauten und ferner eine Neuregelung der Berechnung der Reingewinnbeteiligung der Stadt in einem für die Aktionäre der Gesellschaft günstigeren Sinne. Der Magistrat hat diese beiden Punkte abgelehnt, dagegen beschlossen, die von den Berliner Elektrizitätswerken angestrebte Abänderung des § 31 unter Forderung gewisser Gegenleistungen zu bewilligen, weil ohne diese Abänderung die Beschaffung der Kapitalien für eine Erweiterung mindestens sehr erschwert werden würde. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Magistrat sich 1913 für die Übernahme zum Buch- oder Tagwerte entscheidet, falls sie den Vertrag nicht verlängern will. Die Berliner Elektrizitätswerke haben zugestanden: Sie übernehmen die Verpflichtung, ihre Werke so zu erweitern, daß sie jedem im Berliner Reichsbild auftretenden Bedürfnis nach Elektrizität genügen können; sie räumen ferner der Stadt das Recht ein, bei Gestaltung des Tarifs für Kraftstrom genehmigend mitzuwirken, während bisher der Tarif der freien Festsetzung der Gesellschaft unterlag. Die Berliner Elektrizitätswerke verpflichten sich ferner, der Stadt Berlin, wenn diese 1915 die Innenwerke, nicht aber das Werk Oberspree übernehmen sollte, im Bedarfsfälle zu einem gewissen niedrig bemessenen Preise Elektrizität auf eine bestimmte Zeit zu liefern; sie haben sich ferner bereit gefunden, die fortlaufende Ermäßigung des Uebernahmepreises, die bisher 10 v. H. betrug, auf 15 v. H. des Buch- oder Tagwertes zu erhöhen und haben sich schließlich der Bestimmung unterworfen, keine für die Versorgung Berlins bestimmte Station zu bauen oder bestehende zu erweitern, ohne vorher hierzu die Genehmigung des Magistrats eingeholt und erhalten zu haben. Diese Zugeständnisse hat der Magistrat als eine ausreichende Gegenleistung für die Aufgabe des städtischen Rechts — der Herstellung des ursprünglichen Zustandes — vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung — angehen und dem Abkommen mit den Berliner Elektrizitätswerken (vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung) zugestimmt. Nach dem neuen Abkommen sind reaktionelle Änderungen des alten Vertrages notwendig. Die Berliner Elektrizitätswerke haben sich anheischig gemacht, falls das Abkommen bis zum 1. Dezember 1906 genehmigt wird, die zunächst erforderlichen Erweiterungen und Neubauten so schnellst möglich vorzunehmen, daß die Inbetriebsetzung der neuen Kummelsburger Kraftstation mit einer Leistung von 12 000 Kilowatt und die Vergrößerung der Moabitler Zentrale um ebenfalls 12 000 Kilowatt (zusammen 36 000 PS.) im Spätherbst 1907 erfolgen kann. Hierzu würde erforderlich sein, daß die Berliner Elektrizitätswerke am 1. Januar 1907 mit dem Bau beginnen und die erforderlichen Lieferungsanträge, die schon vorbereitet sind, am Anfangs Dezember d. J. noch schließen können. In diesem Falle wollen die Berliner Elektrizitätswerke Anmeldungen zur Lieferung von Strom für den 1. Februar n. J. wiederum annehmen. Die Vertreter der Stadt werden durch die gegenwärtige Sachlage in eine besonders schwierige Situation gebracht. Alles das wäre vermieden worden, wenn Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit nicht dem Grundsatze huldigten, solche wichtigen Unternehmungen dem Privatkapital zur Ausbeutung zu überlassen und sich jederzeit den Anträgen der sozialdemokratischen Stadtverordneten, die Strom- und Lichterzeugung in eigene Regie zu übernehmen, angeschlossen hätten. Jetzt haben die Berliner Elektrizitätswerke das Monopol und stellen der Stadt die Bedingungen. Ob die Stadtverordnetenmehrheit im Jahre 1913 für Übernahme der Werke in eigene Regie zu haben ist, erscheint uns noch nicht so ganz sicher.

In unserer Sonntagsnotiz: „Sofbesuch und Schule“, ist von der Beteiligung des Bürgertums an den „politischen“ Festtagen, an denen es uns nicht mangelte, die Rede. Es muß heißen: patriotischen Festtagen.

Verordnung betreffend Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe. Auf Grund der §§ 105b Absatz 2, 105e und 41a der Reichsgewerbeordnung und in Gemäßheit der Ziffern 133, 134, 135 und 137 der Ausführungsanweisung zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Mai 1904 wird für den Landespolizeibezirk Berlin folgendes bestimmt:

1. Im Handelsgewerbe, jedoch mit Ausschluß der Bank-, Wechsel- und Lotteriegewerbe, dürfen, abweichend von der allgemeinen festgestellten sonntäglichen Beschäftigungszeit, Gehälfen, Lehrlinge und Arbeiter an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, nämlich am 16. und 23. Dezember 1906,

A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf von 8 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 8 Uhr nachmittags, B. in Schöneberg von 8 bis 9 1/2 Uhr vormittags und von 11 1/2 bis 8 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Der Verkauf von Bad- und Konditorwaren, von Fleisch und Wurst, der Milchhandel und der Betrieb der Vorkosthandlungen ist an den genannten beiden Sonntagen schon vor Beginn der allgemeinen Verkaufszeit, und zwar von 5 Uhr morgens an, desgleichen der Handel mit Rohreis von 6 Uhr morgens an zulässig.

Der Handel mit Brennmaterialien (Holz, Kohlen, Koks, Weisheits, Torf und Kohlenanzündern) ist an den obigen zwei Sonntagen, abweichend von der obigen Bestimmung, nur während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags gestattet.

2. Von dem allgemeinen Verbot der Beschäftigung von Gehälfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe am 25. Dezember 1906, dem ersten Weihnachtstage, werden, soweit der Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen stattfindet, ausgenommen:

a) der Handel mit Milch A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 5 bis 9 1/2 Uhr vormittags und von 11 1/2 bis 2 Uhr nachmittags;

b) der Handel mit Bad- und Konditorwaren einschließlich Konfitüren und mit Fleischwaren A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 5 bis 9 1/2 Uhr vormittags;

c) der Handel mit Kolonialwaren, mit Vorkostwaren, mit Bier und Wein, mit Tabak und Zigarren A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags;

d) der Handel mit Rohreis A. in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf während der Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 5 bis 9 1/2 Uhr vormittags;

e) die Rettungsaktionen in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf und Schöneberg während der Zeit von 4 bis 8 Uhr vormittags.

Bezüglich der Beschäftigungszeit im Handel mit Blumen am ersten Weihnachtstage ergibt demnach besondere Verordnung. Bemerklich wird, daß nach § 12 Absatz 3 der für den Stadtkreis Berlin erlassenen Verordnung über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe mit Ausnahme des Handelsgewerbes vom 21. März 1895 am ersten Weihnachtstage in dem Gewerbebetriebe der Kollereien und Bierbrauereien die Versorgung der Kundschaft mit Milch beginn, Bier während derselben Stunden gestattet ist, während der ein Handel mit diesen Produkten in offenen Verkaufsstellen zugelassen ist.

Für die Versorgung der Kundschaft mit Rohreis gelten an den

gehörten Tagen die Bestimmungen der §§ 3 bis 4 der Verordnung vom 18. Mai 1906 (Amtsblatt S. 176).

3. Am 28. Dezember, dem zweiten Weihnachtstage, gelten die allgemeinen Vorschriften über die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen.

4. Am 30. Dezember 1906 dürfen im Papierhandel Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter

A. in Berlin, Charlottenburg und Nixdorf während der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 7 Uhr nachmittags.

B. in Schöneberg während der Zeit von 7 bis 9 1/2 Uhr vormittags und von 11 1/2 bis 7 Uhr nachmittags, beschäftigt werden.

Ueber die Säuglingsfürsorgestellen,

die im Frühjahr 1906 in Berlin eingerichtet wurden, liegt nun ein erster amtlicher Bericht vor. Er erstreckt sich zunächst nur auf die Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1906 und kann nur die vier älteren Fürsorgestellen behandeln, da die fünfte ja erst im Jahre 1906 hinzugekommen ist.

Der Bericht, den die Waisenverwaltung jetzt bekannt gibt, beginnt mit der Versicherung: „Nach den übereinstimmenden Versicherungen der vier Leiter haben die Fürsorgestellen eine so beifällige Aufnahme beim Publikum gefunden, daß ihre Notwendigkeit ohne weiteres klar ist.“ Die rasche Zunahme der Besuchsziffern sei im wesentlichen durch freiwillige Beteiligung der Mütter zustande gekommen; demgegenüber spiele die Empfehlung und Ueberweisung durch Vereine und Behörden eine geringe Rolle. In den ersten acht Monaten wurde für 4296 Säuglinge in 37848 Konsultationen Rat gewährt. Die Hauptlast ruhte auf Fürsorgestelle I (Blumenstraße 78), die allein mit 2825 Säuglingen und 14547 Konsultationen beteiligt ist. Der Bericht sagt, eine weitere Belastung dieser Stelle sei kaum möglich. Rein, sie ist selbstverständlich ganz u. n. möglich. Mehr als 14 000 Konsultationen in acht Monaten mit rund 200 Arbeitstagen, das macht pro Tag über 70 Konsultationen — und inzwischen wird die Besuchsziffer noch bedeutend gestiegen sein. Man hat uns gesagt, der Leiter dieser Fürsorgestelle habe mitunter die Tür sperrt, weil er sich des Andrangs rathender Mütter nicht erwehren konnte.

Mit „Stillsprämien“ wurden in den vier Fürsorgestellen zusammen 1818 stillende Frauen unterstützt; die Unterstützung bestand teils in Geld, teils in Nahrungsmitteln. Der Bericht sagt: „Diese Form der Unterstützung hat sich als sehr segensreich erwiesen. Die sorgfältigen Erhebungen haben ergeben, daß ohne sie eine große Zahl von Müttern tatsächlich nicht in der Lage gewesen wäre, ihre Kinder zu nähren, da sie zur gesteigerten Erwerbstätigkeit genötigt gewesen wären. Es hat sich auch weiter eine günstige Folge darin gezeigt, daß die Zahl der stillenden Mütter, welche die Anstalten aufsuchen, in deutlichen Steigen begriffen ist.“ Milch und Nährmittel wurden in 6177 Fällen für kranke oder gesunde Säuglinge gewährt; das verarbeitete Quantum Milch betrug 90 150 Liter. Die Leiter der Fürsorgestellen äußern sich befriedigend über die günstigen Ergebnisse der Verabfolgung guter Milch für das Gedeihen der Pfleglinge, namentlich auch hinsichtlich des verhältnismäßig seltenen Auftretens bedenklicher Darmkrankheiten. Für kranke Kinder und bei sehr schlechten Pflegeverhältnissen habe die Verabreichung fertiger Nahrungspartien, die in den Milchbüchsen zubereitet wurden, sich sehr bewährt. Es sei aber schwer, diese Einrichtung in größerem Umfange zu benutzen; die Frage eines billigen, schnellen und sicheren Transportes könne vorläufig nicht gelöst werden.

Ueber die Erfolge, soweit sie sich in einer Abnahme der Säuglingssterblichkeit äußern könnten, will der Bericht noch nichts sagen, weil der Berichtszeitraum noch zu kurz ist und das konsultierende Publikum zu rasch wechselt. Während der Beobachtung sind 303 Kinder gestorben, etwa 8 1/2 Proz. Der Bericht fügt aber hinzu, daß mehr als die Hälfte dieser Kinder teils in schon sehr kranken Zuständen, teils schon im Sterben nach den Beratungen gebracht wurden. Das wichtigste an den vorläufigen Erfolgen ist, daß sich das Publikum in hohem Maße der hygienischen Belehrung zugänglich erwiesen hat, und daß schon in dem kurzen Zeitraum des Berichtes mit Sicherheit der Eindruck gewonnen werden konnte, daß die persönliche Beratung, verbunden mit den Eindrücken, welche der Anblick gut gepflegter Kinder anderer Mütter und insbesondere von Brustkindern liefert, eine erfolgreiche Schule für die Mehrzahl der Frauen darstellt. Der Bericht spricht die Hoffnung aus, daß die Tätigkeit der Säuglingsfürsorgestellen noch und nach auch einen zahlenmäßig nachweisbaren Erfolg bringen werde.

Dieses Ziel wird unseres Erachtens nicht erreicht werden, wenn nicht unsere Gemeindeverwaltung sehr viel reichlichere Mittel bewilligt, damit ganz Berlin mit einem dichten Netz von Säuglingsfürsorgestellen überzogen werden kann. Die jetztigen fünf Fürsorgestellen liegen so weit auseinander, daß es noch für viele Mütter geradezu unmöglich ist, sie mit ihren kranken Kindern aufzusuchen — zumal da der Betrieb auf eine einzige Tagesstunde beschränkt ist.

Gegen die Bekämpfung des unerblichen Wertzuwachses bei Grundstücken wehren sich am hartnäckigsten die Terraingesellschaften und die Interessenten derselben. Daß aber gerade diese Gesellschaften von den verschiedensten Unternehmungen und Anlagen der Stadtgemeinde in erster Linie auf einen Wertzuwachs ihrer Grundstücke rechnen, zu denen sie gar nichts beigetragen, geht ganz unzweifelhaft aus dem Geschäftsbericht der Terrain-Gesellschaft Müllerstraße-Berlin hervor. In diesem Bericht heißt es über die Aussichten der Gesellschaft:

„Ueber die Aussichten des Unternehmens teilte der Vorsitzende mit, daß die in der Ausführung befindliche Straßenbahnlinie durch die Seestraße nach dem Osten von großer Wichtigkeit für die Bewertung der Gesellschafts Terrains sei. Auch sei seiner glaubhaften Information zufolge die Zuangriffnahme der städtischen Untergrundbahn Seestraße-Kreuzberg Anfang des nächsten Jahres zu erwarten. Durch das neue Birkow-Krankenhaus werde sich ebenfalls ein außerordentlicher Wertzuwachs im Norden der Stadt entwickeln. Betreffs der Kanalisation, die die Bewohnbarkeit der Terrains im Norden gewährleistet, sei eine Einigung des Militärkabinetts mit der Stadt im Prinzip erfolgt, doch fehle seit 8 Monaten die Antwort des Kriegsministers.“

Hier wird also ganz offen ausgesprochen, daß man von den städtischen Unternehmungen und durch dieselbe eine Wertsteigerung erwartet. Und dann Jeter und Korbio, wenn die Stadt einen kleinen Teil dieses Wertzuwachses in Form einer Steuer verlangt!

Schwer verunglückt ist gestern morgen um 8 Uhr der in der Expeditionsgesellschaft „Jakobshof“ beschäftigte Arbeiter Ernst Lindemann. Er war im Begriff einen beladenen Wagen ein Stück vorzurücken, damit der Dahinterstehende zur Ladestelle kam. Dabei übersah er, daß vor dem Gefährt noch ein Wagen stand. Und nun passierte das Schreckliche, die Stange drang dem Unglücklichen in den Bauch. Man brachte ihn nach der Infirmerie in der Alexandrinenstraße und der diensthabende Arzt ließ den Unglücklichen sofort mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus bringen. Lindemann stand kurz vor seiner Hochzeit.

Lebende Flamme. Einen entsetzlichen Selbstmordversuch beging die 27jährige Frau des Kaufmanns Klammroth aus der

Chuloststr. 4. Nach einem unerwarteten häuslichen Auftritt geschickte Frau K. über ihre Kleidung Prokolum, zündete sich an, und im nächsten Augenblick stand sie in hellen Flammen. Dem Ehemann, der sofort hinzueilte, gelang es zwar, das Feuer zu erlöchen, doch hatte die Lebensmüde bereits so schwere Brandwunden am Oberkörper, am Hals und an beiden Armen erlitten, daß sie in fast hoffnungslosem Zustande in das Augusta Victoria-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Strassenbahnkarambolage — elf Personen verletzt. Am Nachmittags um 1/2 Uhr erfolgte gestern früh vor der Spandauerbrücke ein Zusammenstoß von zwei Strassenbahnzügen, bei dem elf Personen zu Schaden kamen. An der Haltestelle Neue Friedrichstraße lief der mit einem Anhänger versehene Motorwagen 1471 der Linie 37 (Dankberg-Brick). Das Ein- und Aussteigen der Fahrgäste war noch nicht beendet, als vom Hakenpark her der ebenfalls mit einem Anhänger versehene Motorwagen 1471 der Linie 47 (Niederschönhausen-Brick) in scharfem Tempo heranzufahren kam. Da der Führer nicht rechtzeitig bremste, fuhr er mit voller Wucht auf dem noch haltenden Zug auf. Der Anhänger wurde hierbei auf seinen Rotorwagen geschoben. Elf Personen meldeten sich, die teils durch Glassplitter, teils durch heftige Stöße verletzt waren und über Schmerzen klagten. Die Verletzungen schienen nur leichter Natur zu sein, denn nur ein einziger Fahrgast suchte die nächste Infirmerie auf. Die vier Wagen wiesen aber derartige Beschädigungen auf, daß sie sofort aus dem Verkehr gezogen werden mußten.

Von einem einjährigehenden Dreierkapitel erschlagen. Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat gestern nachmittags der Tischler Joseph Heller, Madairstr. 13, sein Leben eingebüßt. Er war in einer Kiskelerei in der Köpferstraße 59/57 beschäftigt und wollte gestern im Lagerkeller geeignete Bretter für ein Bauwerk ausfinden. Pöblich stürzte einer der hochgerichteten Stapel ein und er wurde unter den Brettern begraben. Als ihn seine Kollegen wieder ans Tageslicht befördern wollten, war er bereits tot. Dem Bedauernswerten war die Schädeldecke eingeschlagen worden.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin hat im vergangenen Jahre 92 190 Stellen vermittelt, gegen 30 534 im Jahre 1902 und 67 017 im Jahre 1904. Von Arbeitern lagen 137 025 Gesuche und von Arbeitgebern 128 249 gemeldete offene Stellen vor. Seit 1902 haben sich die abgegebenen Gesuche der Arbeiter mehr als verdreifacht, die gemeldeten offenen Stellen sogar fast vierfach. Die Abteilung für Dienstboten ist noch neu. Angebot und Nachfrage standen daher wohl noch im starken Widerspruch miteinander. Offen waren 2575 Stellen, Mädchen hatten sich 612 gemeldet, es konnten aber nur 432 Stellen, etwa der sechste Teil der offenen Stellen, besetzt werden. Dienstboten und Herrschaften scheinen noch viel zu wenig Kenntnis von dieser Einrichtung zu haben.

Der Vorstand der Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift: Am Sonnabendabend ist von der Schönhauser Allee, Frankfurterstraße, Weihenburgerstraße ein Paket, enthaltend ein Stempelfahnen mit Stempel der Freien Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter, zwei Mitgliedsbücher, 18—20 Marken a 40 Pf., 10—11 Marken a 80 Pf. und vier Wilslets zum Klavierbortag verloren worden.

Der ehrliche Finder wird gebeten, obiges im Restaurant S. Weier, Schönhauser Allee 33, abzugeben.

Gesperrt wird das Schöneberger Ufer zwischen Blumenhof und Genthinerstraße ausschließlich des Kreuzdamms der Magdeburgerstraße und der b. d. Hehd-Brücke behufs Umpflasterung vom 19. d. M. ab bis auf weiteres.

Arbeiterbildungsschule Berlin, Grenadierstraße 37. Der Unterricht in Naturerkenntnis beginnt am Mittwoch (Vultag), vormittags 10 1/2 Uhr. Der nächste Unterricht für Fortgeschrittene findet am Sonntag, den 25. ds. Mts., vormittags 9 1/2 Uhr, statt, und fällt dafür am Montag, den 26. ds. Mts. aus.

Der Gesangsverein „Nordwest“ veranstaltet am Vultage in den Germania-Sälen, Chausseestraße 103 sein drittes Künstlerkonzert. Das Programm ist ein außerordentlich reichhaltiges, da außer der Solistengesellschaft des Herrn Gustav Vogel, der Violinvirtuose Herr Alexander Altmann, die Oratorienfängerin Frau Hertha Weipelt u. a. mitwirken. Der Eintrittspreis ist auf 50 Pf. festgesetzt und der Beginn des Konzerts auf 6 Uhr.

Jirkus Busch hat sich ein neues Schaustück zugelegt. „Rom“ nennt sich die neue Jirkuspantomime, die am Sonnabend zum ersten Male inszeniert wurde. Sie will uns in die Zeiten des alten Rom versetzen, wo die Cäsaren ihr wahnsinniges Regiment führten, in die Zeit der durch unerhörte Grausamkeiten und ihres Wahnsinns bekannten römischen Kaiser Nero, Tiberius und Caligula.

Der Inhalt ist kurz folgender: Der als Bluthund und grauamster Christenverfolger bekannte Nero begehrt von einem römischen Patrizier durch seine „Perlenfischer“ die Tochter, in die sich aber ein Römer verliebt hatte, die aber dem letzteren verweigert wurde, weil das Mädchen Christianin war. Während Nero das hübsche Mädchen an seinen Hof schleppen läßt, um sie seinen Plänen dienstbar zu machen, versucht der Römer alle Schwierigkeiten zu überwinden, die ihn daran hindern, in den Besitz der Geliebten zu kommen. Allen Widerwärtigkeiten trotz er, alle Verrätherien und Schmarotzereien sind nicht imstande, den Sieg der Liebe, der zugleich zu einem Sieg des Christentums über den heidnischen Glauben wird, zu verhindern. Die Aufführung gibt Gelegenheit, eine Pracht und einen Glanz zu entwickeln, wie wir ihn von jeder im Jirkus Busch gewohnt sind; es sei nur auf das „Brustgelage Neros“ und das „Nachtballet“ verwiesen. Der dritte Akt „Kampfspiele“ führt uns in den Jirkus Caligulas und gibt Veranlassung, die gegenwärtige Kunst entfallen zu lassen, wogegen im sechsten Akt „Das große Opferfest im Tempel des Castor“ und im Schlußakt die Beleuchtungspracht wahre Triumphe feierte. Der Jirkus Busch hat sich mit diesem neuen Romer-Schaustück eine Jugnummer ersten Ranges geschaffen, die ihn lange hinaus ein volles Haus garantieren dürfte.

Orgelkonzert. Donnerstag, den 22. November cr. 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr (nicht Mittwoch) veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernh. Irrgang in der St. Marienkirche ein Bach-Konzert unter Mitwirkung des gemischten Chors „Harmonie“, Leitung: Herr W. Wiedemann, die Solisten Fritz Helene Wolff, Fr. Gilda Ellger, Herrn F. Kallweit, Herrn O. Reichmann und der Herren Diebich und H. Sager (Violine). Aufführung von zwei Bach-Cantaten. Der Eintritt ist frei!

Sonnabend, den 24. November cr., abends 8 Uhr, veranstaltet königlicher Musikdirektor F. Wiedemann in der Nikolaiskirche (Poststraße) ein Konzert bei freiem Eintritt zur Vorfeier des Totenfestes unter Mitwirkung von Frau Pettersen (Copro), Fraulein Rod (Alt), Herrn Engel (Bass) und dem Streichquartett der Herren Sager, Liebermann und Genossen. Es gelangen Werke von Händel, Haydn, Mendelssohn, Brahms, Madara, Berger, Wiedemann u. a. zur Aufführung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ueber „Das Recht und der Mannheimer Parteitag“ referierte Gen. Rubeil in der letzten Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Redner untersuchte die Ursachen, die das gesponnene Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft im letzten Jahre herbeigeführt haben. Einen großen Teil der Schuld trage Weibel, der vor einigen Jahren die Proklamation über „Die Neutralität der Gewerkschaften“ herausgegeben habe. Der anarcho-sozialistische Geist in den Lokalorganisationen, sowie die Frage des Rosenstreiks haben die Frage der Zusammengehörigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft akut

werden lassen. In der Resolution Weibel-Regien sei nun die Zusammengehörigkeit beider Organisationen festgelegt. Das die Lokalorganisationen anbelange, so müsse auch mit dieser Vereinbarerei abgerechnet werden. Im Laufe dieses Jahres soll durch Verhandlungen versucht werden, den Anschluß derselben an die Zentralorganisation herbeizuführen. In der Diskussion erfuhr Kollege Staruppe den Referenten, kurze Erläuterungen über Generalstreik und Massenstreik zu geben, was derselbe ablehnte, sich jedoch bereit erklärte, in einer anderen Versammlung darüber zu sprechen. Die übrigen Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten. Zum Schluß wurde gegen eine Stimme eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitagtes zufrieden erklärt und es als Pflicht gewerkschaftlich organisierter Arbeiter betrachtet, sich politisch zu organisieren. Bezüglich des Massenstreiks und der Waiseier erklärte sich die Versammlung einverstanden und erkennt an, daß im Falle eines Arbeiterstreiks der Zentralverband und der Zentralarbeiterverband eine bedeutende Rolle zu spielen berufen ist. Ferner wird von den Kollegen, welche im Verband Vertreter des Reichs, die Zugehörigkeit zur politischen Organisation verlangt.

Berein Gerier Kindergarten. Donnerstag, den 22. November findet abends 8 1/2 Uhr im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, eine Volksversammlung statt, welche der Agitation für eine bessere Erziehung des jungen Arbeiterkindes dienen soll. Schriftsteller Simon Kayenstein wird einen Vortrag über das Thema „Kindergarten und Proletariat“ halten, dem eine freie Diskussion folgen wird. Zahlreicher Besuch von Männern und Frauen wird erwartet.

Freie Volkshäuser Charlottenburg. In den beiden Vorstellungen am 24. November und 1. Dezember im Schiller-Theater N. wird ansatz „Der Kaiserjäger“ wegen Erkrankung von Witwinkenden der Schwan von Kraay und Real „Der Hochtourist“ gespielt. Die Mitgliederbeiträge müssen spätestens am 23. d. geleistet sein. — Das Winterfest des Vereins findet am Sonntag, 2. Dezember, nachmittags 6 Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3, statt. Das Programm ist für Familienbesuch eingerichtet. Von den humoristisch-künstlerischen Darbietungen seien erwähnt: Lichtbilderbeiträge aus Werken von Wilhelm Busch, Kinematograph, Auftreten eines Illusionisten, humoristische Rezitation. Von 1/2 10 Uhr an geselliges Beisammensitzen und Tanz. Karten a 80 Pfennige Kinderkarten a 10 Pfennige sind, solange Vorrat reicht, in den Jahrsstellen, bei den Bezirksführern usw. erhältlich. Bei der Güte des Boten und dem mäßigen Eintrittspreis wird reger Zuspruch erwartet. Der Ueberschuß fließt in den Dispositionsfonds des Volkshauses.

Gegen die Errichtung einer Zwangsinnung der Charlottenburger Schneidermeister erklärte sich eine öffentliche Versammlung für das Schneidergewerbe. Der Referent Weidmann legte in längerer Ausführungen die Unmöglichkeit einer Zwangsinnung für das Handwerk dar. Da auch die Heimarbeit zu den Beiträgen herangezogen werden können, so sei es Pflicht eines jeden, gegen die Gründung Front zu machen. In der Diskussion traten der Obermeister der Freien Innung, Herr Althaus und Herr Libora für die Errichtung einer Zwangsinnung ein, während alle übrigen Redner sich scharf dagegen aussprachen. In seinem Schlusswort forderte der Referent unter anderem die Anwesenden auf, sich laut Bekanntmachung bis zum 22. November beim Charlottenburger Magistrat, Zimmer 136, mündlich oder schriftlich gegen die Errichtung einer Zwangsinnung zu erklären. Zum Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Versammlung sich im Prinzip gegen die Errichtung einer Zwangsinnung erklärte.

Nixdorf.

Zw Bettel verbrannt. Einen schrecklichen Tod fand in der gestrigen Nacht der 30jährige Tischlergeselle Joseph Prossmann aus der Edmundstr. 12. Er war, wie er dies schon öfter getan habe, mit der brennenden Pfeife ins Bett gegangen und sollte seinen Weichschinn mit dem Tode büßen. Er schlief während des Rauchens ein und beim Schlafen fielen aus der Pfeife Funken heraus und setzten das Bett in Brand. Kurz darauf beobachteten Nachbarn, daß aus dem Zimmer des B. starker Rauch herausdrang. Als man die Tür gewaltsam öffnete, stand das Bett bereits in hellen Flammen. Er lag leblos auf seinem Lager. Das Feuer wurde sofort gelöscht und ein Arzt herbeigeholt, aber es war bereits zu spät. B. hatte in den Flammen den Tod gefunden.

Wilmersdorf.

Bei einem Unglücksfall zog sich in der gestrigen Nacht der 30jährige Zimmermann Max Roth aus der Wilmersdorferstraße lebensgefährliche Verletzungen zu. Er war durch die Berlinerstraße gegangen und auf dem durch den Regen schlüpfrig gewordenen Bürgersteig so unglücklich gegen die Vorderkante gestolzen, daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog. In äußerst bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte in das Krankenhaus Westend gebracht.

Lichtenberg.

Die Krankenhausbaufrage geht nun unter dem Einfluß der Stadtverordnetenfrage endlich vom Fleck. Der Minister des Innern hat die Verleihung der städtischen Verfassung unter anderem davon abhängig gemacht, daß vorher die Gemeinde eine geregelte Krankensfürsorge treffe und die Erbauung eines dem Dite entsprechenden Krankenhauses in die Wege zu leiten habe. Der Gemeindevorstand hat nun mit der Baukommission und unter Einziehung der Kommunalärzte beschloffen, von der Gemeindevertretung die Mittel zu fordern, um einen anderen Wettbewerb zur Erlangung von geeigneten Entwürfen anzuschreiben zu dürfen. — Auf dem etwa 9 1/2 Morgen großen Appoden-Gut an der Frankfurter Chaussee sollen Gebäude errichtet werden, die im Maximum 300 Betten bergen können. Gedacht sind neben den Wirtschaftsgebäuden zweistöckige Pavillons. Mit dieser Anlage, die zunächst für 120 Betten erbaut werden soll, dürfte allerdings die Gemeinde, die heute schon mehr als 61 000 Einwohner zählt und sich mit einer außerordentlichen Schnelligkeit entwickelt, nicht lange dem Bedürfnis genügen. Bedauerlicherweise steht die bürgerliche Majorität auf dem Standpunkt des „aus der Hand in den Mund leben“. Wie unsere Nachfolger in etwa 10 bis höchstens 15 Jahren dem dann zweifellos an die Gemeindeverwaltung herantretenden Bedürfnis auf Erweiterung der Einrichtung genügen sollen, diese Frage auch nur zu ventilieren, lehnen die Herren ab. Nach uns — die Sintflut!

Die diesjährigen Erbschaften zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse haben eine fast einstimmige Vereingung der Stimmen auf die Liste der freien Gewerkschaften ergeben. Auch die Arbeitsgeberliste, von derselben Kommission aufgestellt, ist glatt durchgegangen.

Weihensee.

Zu einer für den in letzter Zeit berühmt gewordenen Krankenkassenrat und Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Vape wenig einflussvollen Auseinandersetzung kam es in der letzten Gemeindevertreterversammlung. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Vorsitzenden zum Gewerbegericht. Hierbei verläumt unser Genosse Schmitz nicht, eine Art Generalabrechnung mit Dr. Vape abzuhalten. Nur seine bürgerlichen Freunde, allen voran der Tischlermeister Herr Springer, fühlten sich berufen ihn in Schutz zu nehmen. Genosse Schmitz widerlegte indes an der Hand der Vorkommnisse in letzter Zeit die bürgerlichen Schlingel. Ihn unterstützte der bürgerliche Rechtsanwalt Appeltath, dem viele Fraktionen bekannt waren; er vertrat den Standpunkt, daß dem Vize der Arbeiterkassette Rechnung getragen werden müsse, da sie der wirtschaftlich schwache Teil sei, und deshalb eine unparteiische Rechtfertigung zu verlangen habe. Er brachte seine Ausführungen in Verbindung mit dem von Dr. Vape willkürlich geführten Streite gegen den Krankenkassenrat, den nur einige Gernegroße von Arbeitergebern bligten, der aber von dem größten Teile der Einwohnerkassette beurteilt wird. Die Wehrzahl der folgenden Redner war denn auch der Meinung, daß man dem zum 1. April 1907

